



AIB

2V 7426 E

2,-DM

Februar

Nr. 2/1981

12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

El Salvador - neues Vietnam?



Westsahara: Positionsgewinne der POLISARIO
Nikaragua • Kuba • Chile • Uruguay
Iran • Afghanistan

Inhalt:

AIB-Aktuell: El Salvador – ein neues Vietnam ?	3
El Salvador	
Wolfram Bröner: Die salvadorianischen Volkskräfte im Entscheidungskampf	4 – 8
Aufschlüsse des Washingtoner „Dissent Papers“: US-Interventionstaktiken und -ziele in Mittelamerika	6
Farabundo-Marti-Front: 7 Punkte für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung	7
Erklärung der Vereinigten Revolutionären Leitung (DRU): Zur Lage der Streitkräfte El Salvadors	9
Nikaragua	
Jutta Weber: Angriffe auf die Sandinistas	10 – 11
Reiseimpressionen von Fredrik Vahle / Annemarie Salm: Nützlich für die Revolution sein!	12 – 14
Kuba	
Fritz Noll: Die Revolution ist noch stärker geworden	15 – 17
Uruguay	
Fernando Andrade: Das „Nein“ zur Verfassung der Militärs	18
Chile	
Iván Ljubetić: Das Recht des Volkes auf Rebellion	19 – 20
AIB-Register 1980	21 – 28
Westsahara	
Jürgen Ostrowsky: Positionsgewinne der Frente POLISARIO	29 – 32
XXXV. UN-Vollversammlung: Westsahara-Resolution vom 11. 11. 1980	31
Mohammad Abdel-Aziz: Wir Sahraouis sind entschlossen	33
Iran	
Eric Rouleau: Die islamische Revolution – ein Weg voller Fallen (2. Teil)	34 – 37
Afghanistan – USA	
Konrad Ege: CIA-„Rebellen“ als Heroinlieferanten	38 – 39
AAPSO	
Nuri Abdul Razzak: Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (1. Teil)	40 – 41
Krieg und Frieden	
AIB-Seminar: Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (2)	42
Rückblick: Camilo Torres – Priester und Guerillero	43
Rezensionen/Filme: Zeugnisse des afrikanischen Befreiungskampfes	44
Infodienst: Türkei-Initiative, Türkei-Solidaritätskonferenz in Bonn, AAB-Unterschriftenaktion zu Namibia, Stopp den Todesurteilen in Südafrika!, Markierungspunkte des 4. BUKO, Ausländerwoche der Freundschaft, Freundschaftsgesellschaft Westsahara – BRD	45
Kurzinformationen: Südafrika, Angola, Namibia – UNO, Uganda, Tschad – Libyen, Israel, Irak – Iran, Persischer Golf, China, Guayana	46 – 47
Kommentar: Waffenexportboom Bonns in die Dritte Welt	48



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky.

Mitarbeiter: B. Brinkmann, N. Biver, W. Ewinger, R. Hegewald, B. Karim-Lawani, M. Nehrkorn, W. Ritter, U. Rupp, G. Schmidt-Bollmann, K. Schlopsna, L. Schmitz, E. Schneider, P. Wahl, J. Weber

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

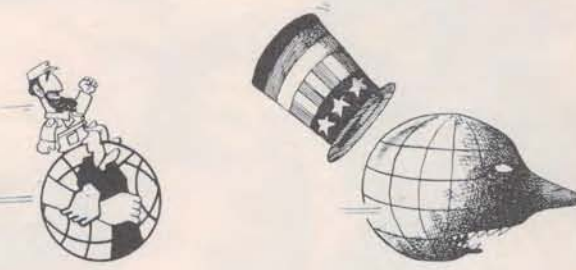
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der AIB-Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 16. 1. 1981

Anzeigen: Hammer Verlag, Die Tat, INFO-Türk, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, rote blätter



Achtung Abonnenten!

Liebe Leser! Liebe Abonnenten!

Leider sehen wir uns gezwungen, die AIB-Preise, die wir seit über zwei Jahren stabil halten konnten, der allgemeinen Kostenentwicklung, die besonders im Porto-, Papier- und Druckbereich stark zu Buche schlägt, anzupassen. Ab der April-Nr. 4/1981 kostet ein AIB-Jahresabonnement 25,- DM, ein Einzelheft 2,50 DM und ein Doppelheft 4,50 DM. Während der Preis für ein Inlandsabonnement wie bisher die Porto- und Versandgebühren enthält, kommen wir bei der Preisgestaltung für die Auslands- und namentlich die Überseeabonnements zukünftig nicht darum herum, die realen Mehrkosten anzurechnen.

Auch mit den neuen Preisen bleibt das AIB im Vergleich zu anderen politischen Zeitschriften in der Bundesrepublik so gut wie konkurrenzlos. Die Preiserhöhung ist allerdings so knapp kalkuliert, daß wir darüber hinaus dringend auf zusätzliche Spenden (Zahlkarte auf S. 28/29!) unserer Leser angewiesen sind.

Schließlich wenden wir uns an die einkommensstärkeren Leserkreise. Ihnen bieten wir an, sich zur Übernahme eines AIB-Förderabos bereitzuerklären, das statt der normalen 25,- DM dann 50,- DM oder – je nach individueller Einkommenslage – auch mehr kosten würde.

Wir appellieren an alle Freunde des AIB:
 **Helfen Sie mit das AIB im laufenden Jahr weiter zu stärken.
 Werben Sie neue Abonnenten oder Förderabonnenten für das AIB!
 Spenden Sie für das AIB!**

Besten Dank
 Ihre AIB-Redaktion

AIB-Aktuell: El Salvador – ein neues Vietnam?

„Wir werden niemals ein neues Nicaragua zulassen, auch wenn wir die schlimmsten Maßnahmen ergreifen müssen, um dies zu verhindern.“ Es steht zu erwarten, daß diese unmißverständliche Aussage Z. Brzezinski erst recht unter der Regierung Ronald Reagans Gültigkeit besitzen dürfte, mochte dieser doch schon in seinen Wahlreden „die Möglichkeit einer direkten militärischen Intervention nicht aus(zu)schließen“.

US-Interventionspläne in Mittelamerika bezeugt auch eine geheime Studie, die von 30 hochrangigen Regierungsbeamten der Carter-Administration gegen Ende des vergangenen Jahres erstellt wurde. Die Verfasser dieses „Dissent Papers“ warnten vor einem „zweiten Vietnam“, d.h. vor einer durch die USA betriebenen generellen Kriegsausweitung auf Gesamtmitteleuropa bzw. dessen Kernregionen ähnlich jener Anfang der 70er Jahre in Indochina. Die „Gefahr“, sich dabei ein ebensolches Debakel einzuhandeln, ergebe sich aus der zu erwartenden starken revolutionären Gegenwehr Nikaraguas wie der Befreiungsbewegungen El Salvadors und Guatemalas, zumal diese Gegenkräfte mit einer bedeutenden Unterstützung von außen, namentlich Mexikos und Kubas, rechnen könnten. Das „Dissent Paper“ bezeugt weiter, daß die Ausweitung des Militärinterventionismus auf Nicaragua schon im Gange ist, werde dieses doch „schon jetzt mit dem Einverständnis der USA durch bewaffnete Überfälle aus Honduras geschwächt“. Mehr noch enthüllt die Studie, daß das Pentagon gerade jenen hondurensischen Militärs, die einen Krieg gegen Nicaragua anzetteln wollen, volle Unterstützung gewährt.

Nach Le Monde Diplomatique vom Januar d.J. wurde überdies auf einem mittelamerikanischen Treffen an geheimgehaltenem Ort im November 1980 nicht nur ein abgestimmter Angriff auf das revolutionäre Nicaragua vereinbart. Von der guatemaltekischen Militärjunta soll dort auch Kostarika um Bereitstellung seines Terrains für solche antinikaraguanischen Interventionszwecke ersucht worden sein.

Noch weiter gediehen ist im Januar d.J. der von Washington dirigierte gegenrevolutionäre Interventionismus im Entscheidungskampf um El Salvador:

Zum Jahresende 1980 hatten die USA der Militärjunta Militärmaterialien im Wert von 5,9 Mio Dollar sowie neue Kampfhubschrauber und Militärberater zugesagt. Deren direkte Beteiligung an den „Strafaktionen“ der Juntatruppen bezeugen sechs auf salvadorianischem Boden gefallene US-Militärberater; darunter Thomas Brachen, Militärberater bereits im Aggressionskrieg gegen Vietnam. Ihre Gesamtzahl wurde eilends auf über 200 angehoben. Bereits einmarschiert sind von Guatemala aus im Januar d.J. 500 Somoza-Söldner. Gleichfalls Mitte Januar griffen – im Gefolge des „Friedensvertrags“ zwischen El Salvador und Honduras (siehe AIB 1/1981) – hondurensische Armeeeinheiten in die Kämpfe auf salvadorianischem Gebiet ein. Angesichts des guatemaltekischen Truppenaufmarsches an der Grenze zu El Salvador und der kriegerischen Absichtserklärungen des Lucas-Regimes steht von dieser Seite gleiches zu befürchten. Verstärkte US-Waffenlieferungen treffen seit Jahresbeginn aus Militärbasen in Panama und Venezuela ein. Mitte Januar d.J. sind in der Panamakanalzone 12 Militärflugzeuge des Typs C-141 mit Spezialtruppen gelandet.

Die US-Intervention ist längst im Gange

Es liegt auf der Hand, daß dieser Interventionismus in El Salvador die akute Gefahr eines Übergreifens des Kriegsgeschehens auf die umliegenden mittelamerikanischen Staaten oder die Karibik, voran auf Nicaragua und Kuba, in sich birgt. Letzteres deshalb, weil Nicaragua und Kuba als die revolutionären Hinterländer des mittelamerikanischen Befreiungskampfes anzusehen sind. In diesem Kontext auch erklären sich die offenen Kriegsdrohungen der Reagan-Mannschaft gegen Kuba. Die beiden Revolutionsregierungen in Managua und Havanna reagierten hierauf zur Jahreswende mit einer allgemeinen Volksmobilisierung zur aktiven Selbstverteidigung – ohne vom Prinzip der internationalistischen Solidarität mit den Völkern El Salvadors und Guatemalas abzurücken. Sandinista-Führer T. Borge hatte schon zuvor klargestellt, „daß jede Aggression gegen El Salvador von uns als Einmischung in unsere eigenen Angelegenheiten gewertet wird...“ (AIB 10/1980). Angesichts der akuten Zuspitzung in El Salvador haben die Sandinistas mit der Proklamierung des Jahres 1981 zum „Jahr der Verteidigung und Produktion“ die Verteidigungsbereitschaft an die erste Stelle gerückt. Außerdem gaben sie die Formierung einer Volksmiliz von 200.000 Kämpfern bekannt, die an der Grenze zu El Salvador und Honduras postiert werden soll.

In dem erwähnten „Dissent Paper“ wird vor einer Ausweitung des militärischen US-Engagements auf Seiten der Junta El Salvadors eben deshalb gewarnt, weil man in diesem Falle eine Ausdehnung des



kubanischen Einflusses in Mittelamerika und eine engere Anlehnung Nikaraguas an das sozialistische Lager befürchten müsse, ganz zu schweigen vom Effekt einer weiteren Radikalisierung der Oppositionsbewegungen der Region. Die Verfasser plädierten daher für eine Kompromißlösung im salvadorianischen Konflikt, d.h. für die Neubildung einer Regierung unter Beteiligung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR).

Demnach hätte die US-Regierung ihre massive Unterstützung der salvadorianischen Junta aufgeben müssen zugunsten einer „gemäßigten“ Lösungsvariante. Indessen aber hat der Mord an den sechs FDR-Führern Ende November 1980, die Verstärkung der Völkermordpraktiken seitens der Junta-Ultrarechten und die Ausschaltung des liberalen Obersten Majano dazu geführt, daß diese Variante passe ist (siehe auch nachstehenden Salvador-Beitrag). Für einen Augenblick sah es fast danach aus, als ob die Carter-Administration auf die Kompromißlinie umsteigen könnte. Der Mord an vier nordamerikanischen Nonnen Ende November 1980 hatte sie zwar zu einer vorübergehenden Sperrung einer 25-Mio-Dollar-Wirtschaftshilfe für die Junta bewogen, doch wurde dies anlässlich der Einsetzung des christdemokratischen Zivilisten Jose Napoleon Duarte zum neuen Juntapräsidenten revidiert. Mehr noch, Washington hat noch vor R. Reagans Regierungsantritt (20. Januar d.J.) die Militärhilfe für 1981 verdoppelt – auf 10 Mio Dollar.

Daß sich die Interventionsspirale in Mittelamerika und der Karibik nicht weiter entfaltet und außer Kontrolle gerät, dazu bedarf es massiven internationalen Drucks.

Die US-Administration zeigt alles in allem eine feste Entschlossenheit, tatsächlich „mit den schlimmsten Maßnahmen“ (Z. Brzezinski) den Revolutionsprozeß in El Salvador und obendrein in Nicaragua und Guatemala zurückzurollen. Sie befindet sich inmitten des Übergangs vom indirekten zum direkten, vom verdeckten zum offenen Interventionismus, der allzuleicht in eine Neuaufgabe des US-Völkermords von Indochina auszuarten droht.

Internationaler Druck muß vor allem auch von Seiten der westeuropäischen Hauptverbündeten der USA kommen. Aber wo steht Bonn? Die sozialdemokratisch dominierte Bundesregierung hat die Völkermordpolitik der Junta El Salvadors noch immer nicht verurteilt, obwohl der SPD-Politiker E. Eppler in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin am 27.12.1980 verlauten ließ, daß die Bundesregierung eine positive Haltung zur FDR einnehme. Hier wäre zu fragen, was es mit einem Bonner 22,5-Mio-DM-Kredit an die Junta auf sich hat? Nachdenklich stimmt auch, daß salvadorianische Junta-Soldaten und Nationalgardisten mit westdeutschen G3-Schnellfeuerwaffen ausgerüstet sind (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger, 14.1.1981). Bisher jedenfalls folgten keine Taten...

Indessen sollte die Bundesregierung bei ihrem NATO-Partner in Washington deutlich machen, daß sie dessen interventionistische Politik und Androhung einer Invasion aufs schärfste verurteilt. Gleichzeitig muß die Bundesregierung, wie es in der Plattform zur überregionalen El-Salvador-Demonstration am 31.1. d.J. in Frankfurt formuliert wurde, die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) als die einzig legitimen politischen Vertretungen des Volkes von El Salvador anerkennen.

Kein neues Vietnam in Mittelamerika zuzulassen heißt zur Stunde, die „schlimmsten Maßnahmen“ Washingtons gegen das salvadorianische Volk abzuwenden, heißt die Volkskräfte FDR/FMLN in El Salvador politisch und materiell zu unterstützen. Sonderkonto Prof. E. Wulff, 527 055-602 PschA Frankfurt, Stichwort: El Salvador.

Wolfram Brönner

Die salvadorianischen Volkskräfte im Entscheidungskampf



Am 10. Januar 1981 verkündeten die fünf Kommandanten der salvadorianischen Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) über Radio Liberación: „Die Stunde der Offensive für die Befreiung ist gekommen... Der Aufstand in El Salvador ist allgemein.“ Es war das Signal zum Entscheidungskampf gegen die Junta, der zur Stunde (19.1.1981) andauert.

Mit der Offensive des revolutionären Volksheeres (FMLN-Guerilleros) und der Volksmilizen gelang es zwischenzeitlich über mindestens 5 der insgesamt 14 Provinzen die weitgehende Kontrolle zu erlangen und die drei salvado-

rianischen Durchgangsstraßen zu unterbrechen. Alles in allem konnten die Volkskräfte, die nach Kommandant Carlos Torres bereits zur Jahreswende rund 25% des Landesterritoriums „politisch und militärisch kontrolliert“ hatten,¹ ihre Gegenpositionen ausbauen und das Militärregime weiter empfindlich schwächen.

Befreite Gebiete, in denen von der FMLN Volkskomitees zur Verteidigung der revolutionären Erhebung initiiert werden und den Juntatruppen der Zugang versperrt ist,² gibt es nun neben der Nordprovinz Morazan auch in Chalatenango, San Miguel, San Vicente, La Paz oder Santa Ana, also rund um die Hauptstadt San Salvador. In anderen Provinzen wie La Unión oder San Salvador, konzentrierte das Volksheer seine Angriffe auf zentrale Posten wie den Nachschubhafen La Unión oder den Flughafen Ilopango, wo zu Anfang der Offensive größere Kontingente von Junta-Kampfhubschraubern und Transportflugzeugen am Boden zerstört worden waren.



Juntatruppen beim Tagewerk: Abtransport von Jugendlichen in San Salvador

Offensive an verschiedenen Fronten

Der zum 12. Januar d.J. von der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) ausgerufenen politischen Massenstreik kam zwar wegen der unerhörten Repression nur schleppend in Gang, erreichte – nach vorläufigen Meldungen – aber am 14./15. Januar mit der Stilllegung von über 70% der Industriebetriebe und rund 60% des Verkehrs in der Hauptstadt sowie von 100% der Verkehrs- und Transportmittel in den Provinzen eine nahezu gleiche Breite und Wirkung wie der Generalstreik vom 13.-15. August 1980.³

Die salvadorianischen Volkskräfte selbst gehen davon aus, daß der herannahende Endkampf um die Macht – abgesehen von äußeren Faktoren – letztlich durch eine optimale Kombination von bewaffnetem Volksaufstand und Generalstreik zu ihren Gunsten entschieden werden dürfte. Es ist anzunehmen, daß im Fall weiterer Kampferfolge des Volksheeres den noch in Passivität verharrenden Teilen der Mittelschichten und der Arbeiterbewegung am ehesten die Angst vor der Massakrierung durch die Juntaorgane genommen werden kann.

Wie FDR-Präsident Guillermo Ungo auf einer Pressekonferenz am 15. Januar 1981 hervorhob, ist es eben für die anlaufenden Vorbereitungen einer neuen Generaloffensive gegen die Junta von zentraler Bedeutung, daß dieser Massenstreik, der erstmals auch die Unterstützung der Busunternehmer erhielt, nicht mit einem Zusammenbruch endete – trotz der neuerlichen Ermordung von Gewerkschaftsführern und des Militäreinsatzes gegen Streikende.⁴

Ebenso abwegig ist es, aus der FMLN-Räumung bereits er-

oberter Provinzhauptstädte wie Santa Ana, Chalatenango und Zacatecoluca (Provinz La Paz) auf den Zusammenbruch der Guerillarmee bzw. ihrer Offensive zu schließen. Denn der Rückzug in Teilabschnitten war taktischer Natur, verlief geordnet und unter Verlagerung der FMLN-Vorstöße auf andere Landesteile wie etwa San Vicente, womit die Absicht einer weitgehenden Aufsplitterung der Juntatruppen verbunden ist.

Dieser weitgehende Übergang des Volksheeres vom Guerillakrieg zum mehr oder weniger offenen Stellungs- und Bewegungskrieg ergab sich nicht zuletzt auch aus der Überlegung heraus, unnötige Blutopfer unter der Bevölkerung zu vermeiden: In Zacatecoluca etwa zogen sich die Revolutionsstreitkräfte am 14. Januar nach einstündigem Dauerbombardement durch die Juntaluftwaffe in die Ausgangsstellungen zurück; in der Provinz Morazan zogen sie sich aus befreiten Dörfern wieder zurück, da die Junta-Soldateska unter Einsatz von Bombern, Kampfhubschraubern und schwerer Artillerie ein Dorf nach dem anderen angriff und zerstörte.⁵



Guerrilleros der Farabundo-Martí-Front

Aus dem Dorf Torola, im nördlichen Morazan, weiß der bundesdeutsche Beobachter W. Germund zu berichten: „Von Zeit zu Zeit bombardieren Hubschrauber vermutete Schlupfwinkel der Guerilleros mit Raketen. Ein Priester: 'Es trifft aber fast immer nur die Zivilbevölkerung.'“⁶

Massenmord am eigenen Volk

Nach Schätzungen der salvadorianischen Kirche beläuft sich die Zahl der aus politischen Gründen im Jahr 1980 Ermordeten auf 9.000, zuzüglich rund 3.000 Verschwundenen, deren Tod als fast sicher anzunehmen sei. Diese Verbrennungsbilanz geht nach übereinstimmendem Urteil der salvadorianischen Kirche, der illegalisierten Menschenrechtskommission El Salvadors und der US-amerikanischen Forschungsgesellschaft Rat über Angelegenheiten der Hemisphäre (COHA) hauptsächlich auf das Konto der Nationalgarde und der ultrarechten Banden, die ihrerseits von der Regierung gedeckt bzw. instruiert würden.

Den Beweis der mörderischen Zusammenarbeit zwischen regulärer Armee und den zivilen Todeskommandos (ORDEN) hat die salvadorianische Menschenrechtskommission im Dezember 1980 auf Fotos festgehalten: Sie dokumentieren die Festnahme von drei als „Kommunisten“ verdächtigten Jugendlichen in einer Werkstatt, ihrer Übergabe an ein ziviles Kommando zum Abtransport und die Identifizierung ihrer Leichen in einem Waldgelände drei Wochen

später.

In einer „Teufelsmoor“ genannten Schlucht nahe San Salvador sind derartige Funde für den Sekretär der Menschenrechtskommission Abelardo Melendez seit Monaten zur täglichen Routine geworden: „Fast jede Nacht,“ so gibt die Illustrierte Stern seine Erfahrungen wieder, „kommen Kommandos der Zollpolizei, der Nationalgarde oder der Armee mit Jeeps oder Lastwagen hier herauf, laden Gefangene ab, töten sie mit Schüssen in Kopf und Rücken und werfen sie den Steilhang hinunter.“ Und Abelardo Melendez finde „bei seiner täglichen Rundfahrt zu den bevorzugten Mordplätzen der Sicherheitsdienste El Salvadors jedesmal zwischen 20 und 60 Tote“.⁸

Bevorzugte Mordopfer sind – wie im somozistischen Nikaragua – jugendliche Werktätige und Intellektuelle, sowie Landarbeiter und Kleinbauern. Von Anfang an hintertrieben rechte Militärs und die Landoligarchie die von der Junta dekretierten Ansätze einer Landreform, d.h. die versprochene Verteilung des – gegen Entschädigung – nationalisierten Großgrundbesitzes von mehr als 500 ha. Tausende von Landarbeitern und armen Bauern, vor allem jene, die ländlichen Kooperativen beitraten oder beitreten wollten, wurden erschossen oder erschlagen.

Die ultrarechten Militärs wollen auf diese Weise in den Reformgebieten funktionierende Bauernorganisationen, aus Furcht vor ihrer potentiellen Entwicklung zu „oppositionellen Keimzellen“, gar nicht erst aufkommen lassen. Und ihre Massakrierung der bäuerlichen Zivilbevölkerung anderer Gebiete verfolgt vorrangig den Zweck, die Dorfbewohner kollektiv auszurotten oder zu vertreiben, weil sie den Guerilleros Unterschlupf bieten oder sich an ihren Kampfaktionen gar beteiligen könnten.

Das Scheitern der reformistischen Variante

Eine von vielen solcher „Strafexpeditionen“, geschehen in La Majada (nahe La Virtud) im Grenzbereich zu Honduras, bezeugte eine geflohene junge Frau: „Unter den 200 Einwohnern meines Dorfes gab es nur ein Dutzend Überlebende. Meine ganze Familie ist massakriert worden, Mama...“ Andere Flüchtlinge dieses Grenzgebietes berichteten, daß Juntatruppen Siedlungen und Felder in Brand schossen und anhaltende Bombenangriffe flogen. Eine der Folgen sind mittlerweile 60.000 - 100.000 salvadorianische Flüchtlinge (Gesamtbevölkerung 5 Mio), die teils von der katholischen Kirche im Lande, teils in Nachbarländern notdürftig untergebracht sind.

Arturo Rivera y Damas, Erzbischof von San Salvador, hatte also guten Grund, als er am 23. November 1980 über den Kirchensender Ysax die Junta selbst des Massenmordes am eigenen Volk anklagte. Diese Haltung hat Rivera y Damas nach den Meuchelmorden an sechs FDR-Führern und vier amerikanischen Nonnen nahe San Salvador Ende November 1980 bestärkt, als er die Militärjunta der vollen Verantwortung hierfür bezichtigte. U.a. hatte der Vorsitzende des Rechtsbeistandes des Erzbistums, Roberto Cuellar, mit Fotos und Zeugenaussagen belegt, daß sich unter den maskierten Bandenmitgliedern, die die FDR-Führer aus einem Jesuitenkolleg verschleppt, gefoltert und ermordet hatten, in Zivil gekleidete Polizisten befanden.¹⁰

Spätestens mit dem Meuchelmord vom 27. November 1980 an FDR-Präsident Enrique Alvarez Cordova und den anderen Repräsentanten der Opposition war die Tür für jene Kompromißvariante zugeschlagen, welche von Teilen der Carter-Administration am 6.11.1980 in der internen Studie „Dissent Paper“ (siehe Kasten) als letztes aussichtsreiches

Aufschlüsse des Washingtoner „Dissent Paper“ US-Interventionstaktiken und -ziele in Mittelamerika



US-Botschafter White vor Ort: „Um keinen Preis eine marxistische Regierung“ zulassen

Wichtige gegenwärtige und frühere Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates der USA, des Geheimdienstes CIA, des US-Außenministeriums und des US-Verteidigungsministeriums äußern in einem im November 1980 verfaßten „Dissent Paper“¹ heftige Kritik an der Politik der USA gegenüber El Salvador und Zentralamerika insgesamt.

Bezüglich einer möglichen militärischen Invasion der USA in El Salvador betonen sie, daß die notwendigen Schritte zur Vorbereitung einer solchen Intervention bereits im letzten Jahr der Carter-Administration, dem Jahr 1980, getroffen worden sind. Sie gehen aus von der Einschätzung, daß ein direktes Eingreifen der USA zugunsten der salvadorianischen Militärjunta, die jeglicher Unterstützung durch die Bevölkerung entbehre und ihre Unfähigkeit zu Reformmaßnahmen erwiesen habe, das Ansehen und den Einfluß der USA in Mittelamerika ganz empfindlich schmälern könne. Daher raten sie nicht nur von einem offenen militärischen Eingreifen, sondern auch von der Fortsetzung der Unterstützung für das salvadorianische Regime ab. Die Autoren plädieren für eine Verhandlungslösung a la Zimbabwe, deren Ergebnis eine Neubildung der Regierung unter Beteiligung der Revolutionär-Demokratischen Front (FDR) und der Vereinigten Revolutionären Leitung (DRU) sein solle. Zum anderen kritisieren sie in ihrem Papier auch die bisherige Unterstützung des Militärregimes durch die Carter-Administration. Sie machen damit den bereits erreichten Grad des US-Interventionismus in El Salvador deutlich.

Neben der ökonomischen, moralischen, diplomatischen und logistischen Unterstützung der Junta durch Washington sowie dessen Ermunterung verbündeter lateinamerikanischer und anderer Staaten, eine ähnliche Stützungsrolle zu betreiben, sind vor allem die von den Autoren angeführten „Antisubversions“-Aktivitäten von Washingtoner Institutionen zugunsten der salvadorianischen Sicherheitskräfte aufschlußreich:

- verstärkte Ausbildung von Offizieren mittlerer und unterer Ränge der salvadorianischen Armee durch die USA;
- Verbesserung der militärischen Infrastruktur El Salvadors;
- Organisierung von Nachschub für das salvadorianische Heer in Zusammenarbeit mit Verbündeten innerhalb und außerhalb der Region;
- strategische und taktische Kommandoberatung;
- verstärkte Koordination verschiedener Kommando-Strukturen innerhalb des Heeres und anderer bewaffneter Kräfte;
- Versuche, die in El Salvador operierenden paramilitärischen Einheiten, unter ein einheitliches Oberkommando zu subsumieren;
- Aufbau bzw. Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften und paramilitärischen Organisationen Guatemalas, El Salvadors und Honduras;
- Bereitstellung von Informationen, die von US-Agenturen gesammelt wurden, für die Streitkräfte El Salvadors.

Weiterhin weisen die Verfasser des „Dissent Paper“ darauf hin, daß bereits politische und diplomatische Schritte zur Vorbereitung einer eventuellen US-Militärintervention in El Salvador getroffen

würden, daß Operationspläne für das uni- und multilaterale Eingreifen der Streitkräfte in Guatemala und El Salvador ausgearbeitet seien, daß Kosten-, Verlust- und Zeitplanungen für einen Eingriff unter verschiedenen Konfliktbedingungen vorlägen, daß vorbereitende Truppenübungen empfohlen würden und Pläne für ein Abschneiden der salvadorianischen Guerilla von kubanischer und nikaraguanischer Unterstützung ausgearbeitet werden sollten.

Der Öffentlichkeit der USA werde gegenwärtig das unzutreffende Bild vermittelt, bei der salvadorianischen Junta handle es sich um eine „gemäßigt-reformistische“ Regierung und die USA unterstützten weitreichende Reformmaßnahmen in El Salvador, um „die extremistische und kommunistische Expansion einzudämmen“. Für all diese Aktivitäten habe die Carter-Administration riesige Finanzmittel aufgewendet, die nur mit der Höhe derer von 1965 –damals intervenierte das US-Militär in der Dominikanischen Republik – vergleichbar seien.

Die Einschätzung der Carter-Administration, ein Sieg der Volksbefreiungskräfte in El Salvador verletze die strategischen Interessen der USA und sei möglicherweise noch zu verhindern, sei unzutreffend. Durch eine weitere Unterstützung der nicht mehr zu haltenden Junta stellten sich die USA bei den zentralamerikanischen Völkern nur ins Abseits und verlängerten noch den Bürgerkrieg in El Salvador, womit sie das Risiko einer weiteren Radikalisierung der salvadorianischen Oppositionsbewegung vergrößerten. Der einzig realistische Kurs bestehe vielmehr in einer Anerkennung der FDR/DRU und einem Abrücken von der bisherigen US-Politik.

Die Autoren des „Dissent Paper“ raten ferner von einer „Ausweitung des eigenen Militärengagements im bewaffneten Konflikt von El Salvador dringend ab, da jede Regionalisierung bzw. Internationalisierung der militärischen Auseinandersetzungen das aktuelle Kernziel der US-Politik in Mittelamerika“, den Einfluß des kubanisch-sowjetischen Blocks in der Region zurückzudrängen“, gefähre. In diesem Fall nämlich würde der Konflikt auf das gesamte Mittelamerika ausgeweitet, zumal Nicaragua und Kuba einem US-Angriff auf das Volk El Salvadors nicht tatenlos zusehen würden. Damit aber würden die Oppositionskräfte El Salvadors, Guatemalas usw. und Nikaraguas Sandinistas² nur noch mehr unter den „Schutzschirm“ Kubas getrieben, der Antiamerikanismus in der Region verstärkt.

Kernziel: den „Einfluß Kubas zurückdrängen“

Die bisher den Kurs der USA unterstützenden Regierungen Venezuelas, Kostarikas und m.E. auch Ekuadors könne man bei einer derartigen Zuspitzung des Konflikts in erhebliche interne Schwierigkeiten bringen, die es ungewiß erscheinen ließen, ob sie auch dann noch verlässliche Bündnispartner blieben. Außerdem würden durch ein Eingreifen der USA in El Salvador Konflikte der USA mit Mexiko und Panama heraufbeschworen bzw. würden linkssozialistische und kommunistische Kräfte in diesen Ländern durch eine solche Politik gestärkt.

Selbst von der internationalen Christdemokratie werde die bisherige Politik der USA gegenüber El Salvador nur teilweise gebilligt. Die Sozialistische Internationale hingegen unterstütze bereits offen die salvadorianische Befreiungsbewegung, weshalb eine Intervention der USA zu heftigen Konflikten mit verbündeten Staaten auch in Westeuropa führen könne. Selbst eine kürzlich durchgeführte Umfrage innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) habe ergeben, daß die Hälfte der Mitgliedsstaaten eine militärische Intervention in Zentralamerika ablehne. Lediglich 1/5 sei bereit, diese bedingungslos zu unterstützen und der Rest mache seine Unterstützung oder Ablehnung von den jeweiligen konkreten Umständen abhängig.

Die Autoren des „Dissent Paper“ versprechen sich alles in allem von einem militärischen Eingreifen der USA in El Salvador bzw. Mittelamerika keinerlei Erfolgsaussichten. Diese sehen sie nur in einer konsequenten Washingtoner Unterstützung reformbereiter und stabiler Regierungen in Zentralamerika, die normale wirtschaftliche Beziehungen zu den USA pflegen.

Anmerkungen:

- 1) Dissent Paper on El Salvador and Central America, DOS 11/6/80; to: Dissent Channel, from: ESCATF/D, Washington, November 1980
- 2) Zum CIA-Destabilisierungsplan gegen die nikaraguanische Revolution siehe: AIB 4/1980, S. 15

Mittel zur „gemäßigten“ Behebung der Krise, d.h. zur Ver-
eitelung einer bewaffneten Volksoffensive nach nikaragua-
nischem Vorbild, angesehen worden war.

Diese Variante sah den Dialog mit der FDR und ihre mög-
liche Einbeziehung in eine wirkliche reformistische neue
Regierung vor. Stattdessen wurde im Dezember 1980 mit
dem liberalen Anführer des Militärputsches vom Oktober
1979, Oberst Adolfo Arnaldo Majano, der letzte Fürspre-
cher für Verhandlungen mit der FDR aus der Junta hinaus-
befördert. Die Einsetzung des rechten Christdemokraten
Napoleon Duarte zum Staatspräsidenten kann nicht darüber
hinwegtäuschen, daß nunmehr die ultrarechten Militärs um
den Vizepräsidenten Oberst Jaime Abdul Guitierrez (Kom-
mandierender der Massaker von Morazan) und Verteidi-
gungsminister Jose Guillermo Garcia die volle Macht an sich
gerissen haben. Und dies bedeutet das Aus für jegliche so-
zialreformistische Experimente in der Juntapolitik.

Die Macht der Oligarchie kaum beschnitten

Die sog. „Reform“-Junta war 1979 mit Unterstützung der
einheimischen Bourgeoisie und der Carter-Administration
installiert worden, um einem „zweiten Nicaragua“ vorzu-
beugen. Das Junta-Konzept beinhaltete zum einen maßvolle
Reformschritte unter Einschränkung der Privilegien der
Oligarchie, da nur so einem Radikalisierungsprozeß der
unterprivilegierten Massen, und damit auch dem Einfluß der
revolutionären Linken, der soziale Nährboden entziehbar
erschien. Zum zweiten versuchte man, durch eine Kombina-
tion vager Reformversprechungen mit gezielter Repression
gegen die Linkskräfte die revolutionäre Volksbewegung zu
isolieren und zu zerschlagen. Die Liquidierung der Guerilla
stand in dieser „Befreiungsstrategie“ ganz oben an.

Zum dritten sollten am Ende der kalkulierten „Befriedung“
allgemeine Wahlen abgehalten werden, deren Termin zuletzt
auf 1982 vertagt wurde. Oberst J. Abdul Guitierrez knüpfte
in einer Rede vom 15.10.1980 die Einlösung des Wahlver-
sprechens der Junta daran, daß zuvor alle Untergrundkämp-
fer, d.h. die demokratisch-revolutionäre Opposition, die
Waffen niedergelegt und die Guerilleros sich wieder in die
Gesellschaft eingegliedert hätten.

Das Kernziel der Liquidierung der bewaffneten Volkskräfte
mißlang mit der letztjährigen Oktoberoffensive der Junta-
truppen in Morazan gründlich, trotz des vorherigen Ab-
schlusses des sog. Friedensvertrages mit Honduras (siehe
FDR-Einschätzung in AIB 1/1981, S. 6) und des gemein-
samen Vorgehens beider Armeen. Stattdessen gelang es dem
revolutionären Volksheer mit der Neujahrsoffensive 1981
die Initiative an sich zu reißen und neben rund 10.000
Guerilleros etwa 20.000 Milizionäre zu mobilisieren.¹¹

Auch das zweite Kernziel – die Sicherung einer breiten so-
zialen Basis durch eine antioligarchische Landreform, Natio-
nalisierungsmaßnahmen im Banken- und Außenhandelssek-
tor – konnte nicht verwirklicht werden. In der eingeleiteten
ersten Agrarreformphase, in der der Großgrundbesitz auf
500 ha begrenzt werden sollte, wurden nur 20% des kultivi-
erten Bodens enteignet und ganze 63.000 Bauernfamilien
formell von den Landzuteilungen des Regimes berührt. Eine
zweite Phase der Agrarreform, in der der private Bodenbesitz
auf 100 ha reduziert werden sollte, ist nie in Angriff
genommen worden.

So blieb die eigentliche Machtgrundlage der Oligarchie im
wesentlichen unangetastet. Noch heute hält sie 80% der
Kaffeeproduktion – des Hauptwirtschaftszweigs, der etwa
1/3 der Exporterlöse bringt – in ihren Händen. Eine effek-
tive Umverteilung des Bodens an die Kleinbauern scheiterte
in der Praxis vor allem am nackten Terror von privaten Ban-
den der Großgrundbesitzer und Militärs. Wo es tatsächlich

zu Verstaatlichungen kam – so auf diversen Kaffee-,
Zuckerrohr- und Baumwollplantagen – schöpfen jetzt die
Militärs die Gewinne ab. Aus besitzlosen Kleinbauern wur-
den rechtlose Tagelöhner. Und rund 70% der Bevölkerung
leben weiter im sozialen Elend.¹²

Auch die anderen Nationalisierungsschritte bewirkten keine
echte Beschneidung der Vormachtstellung der Oligarchie
und des im relativ entwickelten Industriesektor beherrschenden,
vorwiegend US-amerikanischen Fremdkapitals. Was für
sie beide das kleine El Salvador so anziehend macht, ist
seine für mittelamerikanische Verhältnisse außerordentliche
Bevölkerungsdichte bzw. Arbeitskräfteüberhang sowie die
gewerkschaftlich-politische Rechtlosigkeit des salvadoria-
nischen Land- und Industrieproletariats.

Schließlich hat die Wirtschaftskrise El Salvadors im vergan-
genen Jahr enorme Ausmaße angenommen und dürfte sich
nun bei Fortdauer der bewaffneten Volksoffensive und
Massenstreikaktionen bald dramatisch zuspitzen. Die Pro-
duktion war 1980 um 20% rückläufig, die Inflationsentwick-
lung dürfte noch erheblich über den offiziell angegebenen
25% liegen. Die Kapitalflucht betrug 1980 runde 3 Mrd
Dollar.¹³

Auch die ursprünglich juntafreundliche, starke nationale
Bourgeoisie zeigt ihren Vertrauensschwund in die Junta an.
Johny Maldonado, der Geschäftsführer des nationalen Un-
ternehmerverbandes ANEP, beklagt dies so: „Wir und unse-
re Interessen werden heute von niemandem mehr vertreten.
Selbst die Landreform dient doch nur den Generälen zur
persönlichen Bereicherung.“¹⁴ Sollte es der FDR gelingen,
die gegenüber der Militärdiktatur ablehnend eingestellten
Teile der Bourgeoisie oder relevante Teile der Armee um
den untergetauchten A. Adolfo Majano als Verbündete im
Endkampf gegen die Junta zu gewinnen, dann könnte dies
sicherlich den Sieg der Volkskräfte erleichtern.

Farabundo-Marti-Front 7 Punkte für eine Demokratisch- Revolutionäre Regierung

*In der Vorbereitungsphase für die Generaloffensive der salvadoria-
nischen Volkskräfte fanden zwischen der Nationalen Befreiungs-
front Farabundo Marti (FMLN) und den anderen Gruppierungen
der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) Gespräche zur
Formierung einer Gegenregierung unter Beteiligung aller progres-
siven Kräfte statt. Das gemeinsame FMLN-Oberkommando, die
Vereinigte Revolutionäre Leitung (DRU), legte auf einer Presse-
konferenz in San Salvador am 12. Dezember 1980 einen Pro-
grammentwurf für eine Regierungsbildung vor. Dieses FMLN-
Dokument für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung enthält
folgende 7 Punkte:*

1. Die Demokratisch-Revolutionäre Regierung (GDR) garantiert dem salvadorianischen Volk Souveränität, nationale Unabhängigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung.
2. Die GDR garantiert Freiheit, Frieden, Wohlergehen und Fortschritt, wofür sie politische, wirtschaftliche und soziale Reformen durchführen wird, die eine gerechte Verteilung des Eigentums und des Sozialproduktes, das Recht auf Bildung und Gesundheits und die wirkliche Ausübung demokratischer Rechte durch alle Bürger zum Ziel haben sollen.
3. Außenpolitisch wird die GDR eine Politik des Friedens vertreten und blockfrei bleiben.
4. Die GDR wird die demokratische Vertretung aller Kräfte sein, die aktiv am Sturz der faschistischen Diktatur beteiligt waren.
5. Die GDR wird ein neues Heer aufbauen, daß sich aus den jetzigen Volksmilizen, den Kampfgruppen in den Städten und den demokratischen Mitgliedern der derzeitigen Streitkräfte zusammensetzen wird.
6. Die GDR wird alle privaten Unternehmer unterstützen und fördern, welche zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen.
7. Die GDR wird die Glaubensfreiheit und -ausübung garantieren. (Quelle: El Pais, Madrid, 14.12.1980; nach: IDES (Informationsdienst El Salvador), Berlin(West), Nr. 20/19.12.1980, S. 1)



Konstituierungsmeeting der Demokratisch-Revolutionären Front

Die Vereinigte Revolutionäre Leitung (DRU) hat sich im November 1980 (siehe nachstehenden Aufruf) gesondert an die aufrechten Nichtfaschisten der Juntastreitkräfte (insgesamt rund 24.000 Mann) gewandt, sich angesichts der Völkermordpolitik des Regimes dem Volksheer anzuschließen. Sie blieb damit nicht allein wie die inzwischen in die Hunderte gehende Zahl an übergelaufenen Soldaten und Offizieren verdeutlicht. Es kann weiter davon ausgegangen werden, daß Oberst Majano speziell unter den jüngeren Offizierskadern über einen beträchtlichen Anhang verfügt. Unter anderem erklärten sich die übergelaufenen Militärs mit der Volksbewegung einig in der Verurteilung der fortgesetzten US-Unterstützung für die ultrarechte Junta, womit die USA lediglich die Leiden des salvadorianischen Volkes verlängern, nicht aber den Sturz des diskreditierten Regimes verhindern könnten.

Die weitreichende politische Isolierung der Junta zum Jahreswechsel 1980/81 offenbarte sich ferner darin, daß sich nicht einmal die von J. Napoleon Duarte präsidierte Christdemokratische Partei geschlossen hinter ihn stellen mochte. Als er zu einer „Großkundgebung“ in San Salvador anlässlich seiner Amtseinstellung rief, kamen statt der vorausgesagten 100.000 Sympathiedemonstranten gerade 600 zusammen.

Offenbar verängt heute die Junta-These, die Ausuferung der Gewalt ginge zurück auf die Rivalität von „Links- und Rechtsextremisten“, mit denen man selbst nichts zu schaffen habe, nicht mehr. Auch Erzbischof Rivera y Damas gab, wengleich er den bewaffneten Volksaufstand nicht bejaht, im Dezember 1980 vor der Presse ein demonstratives Votum gegen Napoleon Duarte und für die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) ab: „In El Salvador gibt es keine drei Kräfte, sondern lediglich zwei: die Regierung, die die extreme Rechte einschließt, und die Opposition, gruppiert um die FDR.“¹⁵

Die Dynamik der revolutionären Einheit

Zur einzigen politischen Alternative formierte sich die Front über einen dynamischen Vereinheitlichungsprozeß im April 1980. Damals fand sich in ihr de facto die Gesamtheit der salvadorianischen Massenorganisationen zusammen, die sich zum Jahresbeginn 1980 zu zwei politischen Strömungen, der der revolutionären Linken und der der reformistischen Parteien, zusammengefunden hatten: zum Rat der Revolutionären Koordination der Massen (CRM) und zur Demokratischen Front, welche die sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR) und die aus der Christdemokratie abgespaltene Sozialchristliche Partei (PSC) vereint hatte. Hinzu kommen verschiedene Gewerkschaftsgruppierungen, die nicht der CRM zuzurechnen sind.

Wie das nebenstehende Schaubild „Organigramm des Gegenstaates“ weiter veranschaulicht, sind die im CRM vertretenen Massenorganisationen jeweils einer politisch-militäri-

schen Avantgardeorganisation zuzurechnen. Diese revolutionär-demokratische bis marxistischen Kernorganisationen, die jeweils Guerillaverbände unterhalten, schlossen sich im Oktober 1980 zu der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zusammen. Ihr gemeinsames Oberkommando für die Guerillaeinheiten heißt Vereinigte Revolutionäre Leitung (DRU). Der Farabundo-Martí-Front hat sich Mitte Dezember 1980 eine fünfte Organisation, die Revolutionäre Partei der Werktätigen Mittelamerikas (PRTC), angeschlossen.

Die FMLN als das bewaffnete Rückgrat und die FDR als derzeit breitetes politisches Repräsentanzorgan der salvadorianischen Volkskräfte erarbeiteten im Dezember 1980/Januar 1981 eine gemeinsame Plattform für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung. Aus dem hier dokumentierten FMLN-Programmorschlag für eine solche Gegenregierung läßt sich entnehmen, daß sie über die antidiktatorische Befreiung hinaus auch einem strikten Antimperialismus und sozialrevolutionären Auftrag verpflichtet sein dürfte.

Angesichts des in El Salvador hohen Grades an demokra-



Aus: Neue Zürcher Zeitung, 4. 12. 1980

tisch-revolutionärer Aktionseinheit, an Koordination der militärischen und politischen Kampfführung der Volkskräfte einerseits und der brüchigen Machtbasis der Militärjunta andererseits, kann diese allenfalls eine militärische Intervention von außen über die nächsten Monate retten. Die USA, die in El Salvador einen Volkssieg nikanraguanischen Zuschnitts bzw. eine „marxistische Regierung um keinen Preis zulassen“ (US-Botschafter White) wollen, setzen offenbar auf „eine Art kombinierter Intervention honduranischer, guatemalteckischer und amerikanischer Truppen“.¹⁶

Im Fall einer direkten Militärintervention der Reagan-Administration könnte der Entscheidungskampf in El Salvador langwierig werden. In diesem Fall stünde den Völkern Mittelamerikas ein neues Vietnam bevor.

Anmerkungen:

- 1) ADN, Mexiko-Stadt, 2.1.1981
- 2) Nach: Radio Liberación, El Salvador, 12.1.1981 und Kölner Stadt-Anzeiger, 14.1.1981
- 3) Zum Generalstreikverlauf vom August 1980 siehe: AIB 10/1980, S. 31/32
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 16.1.1981
- 5) Ebenda, 15.1.1981 und Neue Zürcher Zeitung (NZZ) - Fernausgabe, Zürich, 11./12.1.1981
- 6) Kölner Stadt-Anzeiger, 14.1.1981
- 7) Nach: Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, Januar 1981; Vorwärts, Basel, 15.1.1981
- 8) Stern, Hamburg, 8.1.1980
- 9) LMD, Januar 1981 und ADN, 26.12.1980
- 10) Ebenda, 5. und 7.12.1980
- 11) Afrique Asie, Paris, Nr. 230/5.1.1981
- 12) Vgl. Le Monde, Paris, 19.11.1980 und NZZ-Fernausgabe, 30.11./1.12.1980
- 13) Daten nach: Berliner Rundfunk, 19.1.1981
- 14) Zit. nach: Stern, 8.1.1981
- 15) Afrique Asie, Nr. 230/5.1.1981
- 16) FAZ, 19.1.1981

Erklärung der Vereinigten Revolutionären Leitung (DRU)

Zur Lage der Streitkräfte El Salvadors

Der heldenhafte Kampf unseres Volkes und die unaufhaltbare Entwicklung des Volkskrieges wirken immer stärker auf die Verschärfung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise, die unser Land durchlebt, ein. (...)

In dieser Situation entwickelte sich die gegenwärtige Krise innerhalb des Militärs. Sie zeigt sich nicht nur bei den militärischen Mitgliedern der Junta, bei denen es zu Auseinandersetzungen um eine Militärordnung, wie sie die Christdemokraten anstreben, kommt. Es handelt sich gegenwärtig um eine Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der Streitkräfte, die dazu führt, daß sich zwei Gruppen gegenüberstellen: faschistische und nichtfaschistische Militärs.

Im Grunde zeigt uns diese Krise, daß die Oligarchie unser Volk nicht mehr wie früher beherrschen kann, und daß der Kampf um die Macht und um die Führung der Streitkräfte innerhalb der Regierung und des Militärs nichts anderes ist, als der Ausdruck der politischen Krise, die durch das Fortschreiten des Kampfes unseres Volkes erzeugt wurde. In diesem Kampf will das Volk die überlebte und blutbefleckte, seit 1932 existierende Herrschaft der Oligarchie stürzen, um eine neue Macht zu errichten, die seine wahren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen vertritt. Die Christdemokraten gehen den gleichen Weg wie die Faschisten und verbergen hinter der kläglichen Verteidigung von „Recht und Ordnung“ ihre Komplizenschaft mit den kriminellsten und reaktionärsten Teilen der Streitkräfte. Unserem Volk und der ganzen Weltmeinung wird klar: die kleine christdemokratische Führungclique unseres Landes und der Faschismus sind heute ein und dasselbe.

Die nichtfaschistischen Militärs sollen wissen, daß unser Volk eine lange Erfahrung mit Militärumstürzen hat und gelernt hat, zwischen Worten und Taten klar zu unterscheiden, und daß nur die völlige militärische und politische Niederlage der Faschisten eine wirkliche Annäherung der Streitkräfte an unser Volk ermöglichen kann.

An die aufrichtigen Militärs

Die Bewegung des 15. Oktober 1979 (Militärs, die zu diesem Zeitpunkt Diktator Romero stürzten und eine sog. „Reform“-Junta etablierten; d. Red.) ließ die Macht der Folterknechte und Mörder, die später die Schlüsselpositionen in den Streitkräften einnahmen, unangetastet. Mit Unterstützung der USA konnten sie völlig ungefährdet in den Sicherheitsdiensten weiterwirken. Obwohl nur die Revolution diesen Abschaum beseitigen, die Volksmacht errichten und dem Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen kann, sind wir der Meinung, daß jeder Kampf, der in diesem Sinne geführt wird, einen Beitrag zur Volksbewegung leisten kann.

Aber damit alle diese Beiträge Bedeutung und Wirksamkeit erlangen, müssen sie sich in allererster Linie am Volk selbst orientieren, das zu jeder Zeit der politische und militärische Schöpfer jenes Sieges sein muß, den wir alle ersehnen.

Wir wissen, daß jetzt mehr als einem aufrichtigen Soldaten klargeworden ist, daß es nicht nur die guten Absichten sind, die zählen; heute werden viele verstehen, was sie wirklich ist, die Clique der Christdemokraten um Duarte, Rey Prendes Morales Erlich u.a. Viele haben gemerkt, was die Kne-

belung und die Unterwürfigkeit der Massenmedien bedeuten und haben auch erfahren, daß der Imperialismus auf der Seite der Faschisten steht.

All dies zeigt die Richtigkeit des Kampfes unseres Volkes und des strategischen Zieles, nach dem es notwendig ist, neue Streitkräfte aufzubauen. Diese Armee entsteht und wächst schon im Schoße unseres Volkes. Und in dieser Armee des Volkes haben die patriotischen Militärs ihren Platz.

Vor allem dürfen sich die patriotischen und aufrichtigen Soldaten nicht zu Werkzeugen proimperialistischer Alternativen machen lassen, die dann auftauchen, wenn der Kampf unseres Volkes Machtlücken geschaffen hat. Das Volk muß das Zentrum der revolutionären Umwälzungen in unserem Land sein.

Jeder rechtschaffene und patriotische Soldat, der weder Handlanger der Oligarchie noch Mörder von Bauern, Arbeitern, Studenten und Lehrern sein will, hat die Pflicht, gemeinsam mit seinem Volk gegen die Faschisten zu kämpfen, indem er sich der revolutionären Bewegung anschließt.

Kein patriotischer Soldat darf auf sein Volk schießen! Kein patriotischer Soldat darf einen Revolutionär foltern! Jeder patriotische Soldat hat seinen Platz in der revolutionären Volksbewegung!

Unserem Volk sagen wir

Wiederum hat sich gezeigt, daß unser Kampf das gesamte Herrschaftssystem, und sogar seine Hauptstütze, die oligarchische Armee, erschüttert – und auch dies ist ein positives Resultat unseres Kampfes.

Unser fortwährendes politisches und militärisches Wirken muß die Krise in den Herrschaftsstrukturen noch weiter vertiefen, und es wird Krisen in der Junta, im Kabinett und in der Armee geben, und angesichts dessen wird der Imperialismus Strategien entwickeln, die unseren Sieg vereiteln sollen. Deswegen müssen wir wachsam sein, um den einzig richtigen Weg zu ergründen, auf dem wir unsere Ziele erreichen können.

In diesen Augenblicken müssen wir die Einheit aller unserer Truppen stärken – und in dieser Einheit haben die patriotischen und aufrichtigen Soldaten ihren Platz.

Das Volk muß rasch seine Kampfmittel aufbauen und stärken, die den Sieg garantieren.

Das Volk muß sich weiterhin in seine Genossenschaften, Gewerkschaften, Volksfronten, Milizen und Einheiten der nationalen Befreiungsarmee einreihen und sie dadurch stärken, denn dies sind seine eigenen Werkzeuge, die im Mittelpunkt aller Kampfformen stehen müssen, die bei der Auflehnung gegen die christdemokratische Militärdiktatur und den amerikanischen Imperialismus angewandt werden.

Es lebe die Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte!

Es lebe die Einheit der Volksstreitkräfte!

Vereint werden wir bis zum endgültigen Sieg kämpfen!

Militärpolitische Vereinigte Revolutionäre Leitung (DRU-PM)

(Quelle: Patria, Honduras, 29.11.1980)

Jutta Weber

Angriffe auf die Sandinistas

Knapp einhalb Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur kann die nikaraguanische Revolution bedeutende Erfolge vorweisen. Am hervorstechendsten sind sicherlich diejenigen, die innerhalb dieser kurzen Zeit im sozialen und kulturellen Bereich erzielt werden konnten: so der Aufbau eines funktionierenden Gesundheitswesens und die Durchführung der Alphabetisierungskampagne, um nur die wichtigsten zu nennen.¹

Ergänzt werden sie durch die aktive Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen über die zahlreichen ins Leben gerufenen sandinistischen Massenorganisationen, über die Gewerkschaften, die im November 1980 ihren ersten Nationalkongreß durchführen konnten usw. Besondere Beachtung verdienen aber auch die Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet. So konnte 1980 ein Wirtschaftswachstum von ca. 17% erreicht werden, die Arbeitslosenquote reduzierte sich – zunächst vor allem dank der vielfältigen staatlichen Maßnahmen im Infrastrukturbereich – von 37 auf 17%. Für 1981 wird erwartet, daß Nicaragua nicht mehr auf Getreideimporte (insbesondere bei Mais und Weizen) angewiesen ist, womit eine bedeutende Besserung der Versorgungslage bei Grundnahrungsmitteln zu verzeichnen wäre.² All diese Erfolge konnten insbesondere aufgrund der breiten Bündnispolitik der Sandinistas, nicht zuletzt gerade mit dem bürgerlichen Lager, erzielt werden, gilt es doch zu bedenken, daß der Privatsektor noch über rund 70% der Produktionskapazität des Landes verfügt.³ Eine weitere ökonomische Konsolidierung wird deshalb auch wesentlich von der Fortsetzung dieser Zusammenarbeit abhängig sein.

Daß die ersten Fortschritte beim nationalen Wiederaufbau unter breitester aktiver politischer Beteiligung der Massen erreicht werden konnten, ist der in- und ausländischen Konterrevolution jedoch ebenso ein Dorn im Auge wie der konsequente antiimperialistische und unabhängige Kurs, den Nicaragua in seiner Außenpolitik verfolgt. Aus diesem Grunde versucht sie immer skrupelloser, den revolutionären Prozeß mit allen Mitteln umzukehren, seine weitere Konsolidierung zu verhindern.

Bürgerlicher Boykott des Staatsrates

Momentan versuchen etwa einige Plantagenbesitzer, eine weitere ökonomische Konsolidierung durch den Boykott der Kaffee-Ernte zu verhindern. Der Landarbeiterverband hat bereits deutlich gemacht, daß er unverzüglich Gegenmaßnahmen zur Verhinderung dieses Boykotts treffen wird, um somit die Ernte sicherzustellen.

Zur bislang heftigsten politischen Attacke der inneren Konterrevolution kam es am 12. November 1980, als 11 Vertreter bürgerlicher Gruppierungen geschlossen ihre Mitarbeit im Staatsrat, dem neben der Regierungsjunta für den Nationalen Wiederaufbau wichtigsten Staatsorgan des Landes, in dem alle gesellschaftlich relevanten demokratischen Kräfte vertreten sind, aufkündigten.⁴

Drei dieser Organisationen, nämlich die Christlich-Soziale Nicaraguanische Partei (PSCN), die Konservativ-Demokra-



tische Partei (PCD) und die Demokratische Nicaraguanische Bewegung (MDN), die Partei des ehemaligen Junta-Mitgliedes A. Robelo, bekundeten inzwischen wiederholt, daß sie den Boykott des Staatsrats auch in der am 4.5.1981 beginnenden zweiten Legislaturperiode fortsetzen wollten.⁵ Hingegen scheinen sich die Vertreter des Obersten Rats der Privatunternehmer (COSEP) ebenso wie die restlichen zurückgetretenen Gruppierungen bis jetzt (Stand Ende Dezember 1980; d. Red.) noch nicht definitiv zu ihrem weiteren Verhalten geäußert zu haben. Die Sandinistische Front zur Nationalen Befreiung Nicaraguas (FSLN), das Parteienbündnis Patriotische Front des Revolutionären Nicaragua sowie die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus bemühen sich indessen, die Politik der nationalen Einheit auch weiterhin fortzusetzen und den Privatsektor mittels staatlicher Subvention und dem Verzicht auf allzu radikale Enteignungsmaßnahmen zu den erforderlichen vermehrten Investitionen anzuregen.

Eine Fortsetzung dieser Linie verlangt den Arbeitern und Campesinos, die gelegentlich auf beschleunigte Enteignungen und Umverteilungen drängen, zwar auch künftig das bisher geübte Maß an „revolutionärer Geduld“ ab, bedeutet jedoch zumindest mittelfristig den besten und wohl auch einzig gangbaren Weg, um den so heftig attackierten unabhängigen Revolutionskurs weiterführen und stabilisieren zu können.

Gerade dieses Wissen um die Dringlichkeit der nationalen Einheit und die unübersehbaren Auswirkungen der erfolgreichen nikaraguanischen Revolution auf den Einigungsprozeß der Volksbewegung in El Salvador und Guatemala sind es, die die Konterrevolution in den letzten Monaten zu ihren verstärkten Destabilisierungsversuchen verleiten. So sah sich die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus wegen zunehmender Anschläge bewaffneter Terrorbanden auf leitende Mitglieder der FSLN sowie auf Teilnehmer der nun weitgehend zum Abschluß gebrachten Alphabetisierungskampagne denn auch seit geraumer Zeit zum verschärften Vorgehen gegenüber derartigen Provokationen gezwungen. Bereits Ende September 1980 hatte zum Beispiel eine Sepa-

ratistenbewegung im Gebiet um den Atlantikhafen Bluefields, die den Anschluß dieser Region an Großbritannien forderte, versucht, die Bevölkerung gegen kubanische Ärzte und Lehrer aufzuwiegeln und einen Generalstreik zu initiieren. Der neben etwa 30 weiteren Personen im Zusammenhang dieses „Aufstands“ festgenommene H. Sabery Weseley Harrison hat inzwischen gestanden, maßgeblich an einem Subversionsplan beteiligt gewesen zu sein, der darauf abzielte, mit Hilfe einer 130 Mann starken bewaffneten Bande die gesamte Führungsmannschaft der FSLN zu entführen und zu ermorden.⁶

Ein weiterer – ebenfalls inzwischen inhaftierter – führender Kopf dieses Putschplans war der ehemalige Oberst der somozistischen Nationalgarde B. Larios. Er, der 1978 nach einem gescheiterten Putschversuch gegen Somoza nach Kostarika emigriert war, sich der FSLN angeschlossen hatte und bis zum Dezember 1979 Verteidigungsminister war, ist mittlerweile führendes Mitglied der mit CIA-Unterstützung gegründeten und gemeinsam mit Somoza-Söldnern operierenden konterrevolutionären Organisation Demokratische Bewaffnete Kraft.

Wie aus dem Innenministerium verlautet, soll auch der am 17.11.1980 bei einer Schießerei mit den Sicherheitskräften – vermutlich sogar von einem seiner konterrevolutionären Freunde, der die eigene dubiose Rolle verdunkeln wollte – getötete J. Salazar, ehemaliger COSEP-Vertreter im Staatsrat, zudem Vorsitzender der Grundbesitzer-Organisation und Intimfreund A. Robelos, an den Konspirationsabsichten mitgewirkt haben.⁷ Festgenommen wurden in diesem Zusammenhang auch J. Salazars Bruder Alejandro sowie der Präsident der Reiserzeuger-Vereinigung J.M. Hannon.

Enttarrte Putschpläne gegen die Sandinistas

Angesichts dieser inzwischen enthüllten und vereitelten Putschpläne wirkt es nahezu lächerlich, wenn die Konservativen ihren Boykott des Staatsrats mit verschärften Maßnahmen der Regierung gegenüber der Konterrevolution begründen. Im Zusammenhang ihres Austritts nannten sie desweiteren Handgreiflichkeiten zwischen Mitgliedern des Sandinistischen Jugendverbandes und der rechtsgerichteten MDN sowie das Verbot einer MDN-Veranstaltung.

Auch diese Argumente lassen sich ohne große Schwierigkeit entkräften. Zu den erwähnten Handgreiflichkeiten war es gekommen, nachdem einige MDN-Mitglieder eine Fahne der FSLN verbrannt hatten und versuchten, eine Großveranstaltung zum Gedenken an Carlos Fonseca Amador, Mitbegründer der FSLN, zu stören. Das Verbot der MDN-Veranstaltung erfolgte, weil die Regierung erfahren hatte, daß auf dieser Kundgebung Konterrevolutionäre auftreten sollten und dies im Zusammenhang mit am selben Tag tatsächlich erfolgten massiven Grenzübergreifen ehemaliger Somoza-Söldner von Honduras aus stehe.⁸

Wesentlich überzeugender als die Verlautbarungen der Konservativen zu ihren Boykottgründen klingt die Erklärung von Kommandante C. Nunez Tellez, seit der organisatorischen und personellen Umstrukturierung der sandinistischen Führung im September 1980 Staatsratsvorsitzender, zu den vermehrten Aktivitäten der Konterrevolution: Er sprach davon, daß sich die innere Reaktion wohl durch den Wahlsieg des designierten US-Präsidenten R. Reagan hierzu ermuntert fühle.⁹ R. Reagan gehörte bezeichnenderweise zu den vehementesten Gegnern des im November 1980 von den USA gebilligten Kredits über 75 Mio Dollar und es bleibt mehr als zweifelhaft, ob diese Hilfe an Nicaragua unter seiner Administration tatsächlich fließen wird.

Das Zusammenspiel der in- und ausländischen Konterrevolution wird auch durch die Tatsache deutlich, daß in jünger

ster Zeit unter Duldung der honduranischen Regierung vermehrte Grenzprovokationen der ca. 5.000 ehemaligen Somoza-Söldner von Honduras aus stattfinden. Bisher unbestätigten Meldungen zufolge sollen in Guatemala mit US-Unterstützung sogar 20.000 Mann für derartige Aktionen ausgebildet werden.¹⁰

Die verstärkten Aktivitäten der USA und ihres Geheimdienstes CIA in El Salvador und den umliegenden Ländern (siehe AIB-Aktuell) weisen zudem auf eine erhöhte Koordination der Armeen und paramilitärischer Organisationen in den Mitgliedsländern des Mittelamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA), insbesondere in Guatemala und Honduras, hin, die das Ziel einer von dort ausgehenden Militärintervention in El Salvador verfolgen.

Nicaragua – verteidigungsbereit

Angesichts der offensichtlichen Rückkehr der USA zu einer Politik des Kalten Krieges und des Interventionismus sowie angesichts der Wahlkampfaussagen R. Reagans und seiner Berater zu den Entwicklungen in El Salvador¹¹ wächst jedoch auch die Gefahr einer direkten Militärintervention der USA in Mittelamerika. Dies trifft insbesondere zu, wenn sich der Reagan-Administration ein direktes militärisches Eingreifen als einzig verbleibender Weg darstellen sollte, einen Sieg der Revolution in El Salvador aufzuhalten. In diesem Fall könnte aus solchen Drohungen schnell Realität werden.

Gerade weil sich die Nicaraguaner dessen bewußt sind, daß ein militärischer Eingriff der USA nicht auf El Salvador begrenzt bleiben dürfte, daß damit sowohl die revolutionären Kräfte in El Salvador und Guatemala zurückgeworfen als auch die Konterrevolution in Nicaragua selbst geschürt werden würden, haben sie wie Sandinistaführer T. Borge klargestellt, „daß jede Aggression gegen El Salvador von uns als Einmischung in unsere eigenen Angelegenheiten gewertet werden“¹² würde.

Bereits im November 1980 haben das Volk Nicaraguas und die sandinistischen Massenorganisationen deshalb mit einer großen Demonstration in Managua deutlich gemacht, daß sie bereit sind, die nikaraguanische Revolution mit allen Mitteln gegen ihre Feinde zu verteidigen. Zur Jahreswende erklärte die FSLN-Führung in einem Kommuniqué, angesichts der Bedrohung des Friedens in Mittelamerika und des Aufbaus des neuen Nicaragua durch reaktionäre Kreise der USA sei die Mobilisierung des Volkes für die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften – neben der aktiven Teilnahme am ökonomischen Wiederaufbau – vordringlich. Das Jahr 1981 wird daher für Nicaragua das „Jahr der Verteidigung und der Produktion“ sein.¹³

Anmerkungen:

- 1) Eine recht brauchbare Bilanz der ersten Erfolge der nikaraguanischen Revolution findet sich in: *ila-info*, Nr. 41/Dezember 1980, S. 7ff.
- 2) Vgl. *Latin America Weekly Report (LAWR)*, London, Nr. 80-48/5.12.1980
- 3) Ebenda
- 4) Siehe AIB 1/1981
- 5) *LAWR*, Nr. 80-49/12.1.1980
- 6) *LAWR*, Nr. 80-41/17.10.1980
- 7) *LAWR*, Nr. 80-46/21.11.1980; zur Rolle J. Salazars auch: *Latinamerika-Nachrichten*, 8. Jg. Nr. 88, Dezember 1980, S. 16ff. und *Vorwärts (Schweiz)*, 4.12.1980
- 8) Vgl. *Neue Zeit*, Berlin/DDR, Nr. 48/November 1980, S. 12f. und *LAWR*, Nr. 80-46, vom 21.11.1980
- 9) Nach: *Nicaragua Nachrichten*, Wuppertal, Nr. 11/November 1980, S. 3/4
- 10) Vgl. *LAWR*, Nr. 80-46/21.11.1980
- 11) Siehe AIB 1/1981, S. 5
- 12) Siehe AIB 10/1980, S. 35
- 13) Nach: *Vorwärts*, Basel, 8.1.1981



Den Nationalpalast in Managua zieren Bilder der Guerrillaführer Sandino (L.) und C. Fonseca Amador, des Sandinista-Gründers; Millionärinnen

Reiseimpressionen von Fredrik Vahle/Annemarie Salm Nützlich für die Revolution sein!

Fredrik Vahle, bundesdeutscher Liedermacher, und die Diplom-Psychologin Annemarie Salm bereisten kürzlich das neue Nicaragua und schrieben für das AIB ihre Eindrücke auf. Es wurde ein Stimmungsbild über die Aufbauanstrengungen, Probleme und Sichtweisen im nikaraguanischen Volk. Ein gesonderter Bericht über Erfahrungen der Alphabetisierung soll folgen.

Am Flughafen Managuas, der jetzt nach Augusto Cesar Sandino, dem General der freien Menschen (nikaraguanischer Guerillaführer 1933 ermordet; d. Red.), benannt ist, empfängt uns ein großes Schild, von weither sichtbar: „Willkommen im freien Nicaragua!“ Nachdem wir den Zoll passiert haben, wo sehr genau nach Waffen kontrolliert wird, werden wir begrüßt und willkommen geheißen – von einer Gruppe junger Leute, die uns und einige andere Reisende zur Zentrale von „Pueblohotel“, die Unterkünfte in Familien vermittelt, im Innern der Stadt bringen. Der Weg geht kilometerweit vorbei an zerstörten Fabriken – Somoza ließ den Industriegürtel Managuas noch ganz zum Schluß bombardieren, als seine Niederlage schon feststand.

Wir wählen eine Unterkunft im Zentrum Managuas – oder was wir dafür halten. Denn seit dem Erdbeben von 1972 gibt es kein richtiges Zentrum mehr – und ein Taxi bringt uns an die Adresse: Renee de Santos, vom Hospital „El Retiro“ einen Block zum See und 30 m nach Sonnenaufgang. Es gibt noch nicht überall Straßennamen in Managua, nur solche Wegbeschreibungen, die man auch als Adresse auf Briefe schreibt.

Das Haus liegt ganz in der Nähe der Lagune Tiscapa, an der Somozas berühmter „Bunker“ stand, von dem noch die Ruinen zu sehen sind. Dort wurden politische Gefangene in Zellen neben Raubtierkäfige gesperrt und von der Guardia (Nationalgarde; d. Red.) des Diktators gefoltert.

Das Taxi hält vor einem schönen, flachen Haus mit gepflegtem Vorgarten und üppigen Tropenpflanzen. Auf einem in

Metall gearbeiteten Schild lesen wir, daß hier ein Rechtsanwalt wohnt. Wir klingeln. Ein Dienstmädchen öffnet und bittet uns, im Vorraum Platz zu nehmen, bis die Senora kommt. Uns ist etwas merkwürdig zumute: Wo sind wir hier hingeraten?

Renee de Santos ist eine etwa 40jährige Frau mit der Gestalt und der Lebhaftigkeit eines jungen Mädchens. Ihr Mann wurde als Handelsbeauftragter der neuen Regierung nach England geschickt, und so lebt sie mit drei Kindern und Angelita, dem Dienstmädchen, und deren Familie alleine im Haus. D.h. zur Zeit sind auch die beiden jüngsten Kinder, 13 und 15 Jahre alt, außer Haus: sie leben für fünf Monate bei Bauern in den Bergen, um ihnen im Rahmen der Alphabetisierungskampagne Lesen und Schreiben beizubringen.

Den „ganzen Tag unterwegs mit ihrer Revolution“

Aber auch die 18jährige Tochter sieht man nur selten. Sie ist bei der Miliz und „den ganzen Tag unterwegs mit ihrer Revolution“, wie Renee scherzhaft sagt. Morgens früh um 6.00 geht sie zu ihren militärischen Übungen, Körpertraining, tagsüber arbeitet sie in verschiedenen Aktivitäten und abends alphabetisiert sie in einem Randbezirk von Managua. Nachts hört man sie manchmal noch auf der Schreibmaschine klappern. In ihren Jeans-Latzhosen sieht sie genauso aus wie viele junge Mädchen bei uns.

Häufig kommen Besucher ins Haus. Ein Rechtsanwalt und Besitzer einer Kaffeeplantage schockiert uns eine halbe Stunde nach unserer Ankunft mit der Einladung auf seine Finca, damit wir sehen könnten, „wie er seine Sklaven peitscht“. Und er erzählt Stories über führende Sandinistas, in denen sie als halbe Russen dargestellt werden. Renee und er geraten in eine heftige Auseinandersetzung darüber, was mit den gefangenen Nationalgardisten zu geschehen hat. Sie plädiert für sehr harte Strafen.

Als er fort ist, erzählt sie, daß er sehr reich ist, aber sein



Im Erdbebengebiet Managuas entstehen Parkanlagen

Geld noch nicht ins Ausland geschafft hat, sondern abwartet, wie sich die politische Situation für ihn entwickelt.

Wir lernen eine stille junge Frau kennen, die schwanger ist. Sie ist „combatiente“, d.h. sie hat am bewaffneten Aufstand teilgenommen. Ganz undramatisch erzählt sie von Kämpfen, und wie sie sich von Managua durch die Berge nach Masaya zurückgezogen haben, weil ihnen die Munition ausgegangen war, und wie sie nur mit großem Glück von der Nationalgarde unbemerkt blieben. Sie redet, als seien diese Erlebnisse schon ganz weit weg. Das Kind in ihrem Bauch ist ihr jetzt wohl wichtiger als die Kämpfe vor einem Jahr.

Oft wird es in dem Haus plötzlich sehr lebendig. Junge Leute sind gekommen, halbe Kinder, mit grünen Uniformen und Gewehren, Freunde und Freundinnen der Tochter, die auch bei der Miliz sind. Eine junge Frau in Uniform hat ein wenige Wochen altes Baby und verläßt alle zwei Stunden ihren Dienst, um zu Hause ihr Kind zu stillen.

Seit dem Sieg der Sandinistas wird hier in Managua gearbeitet. Ruinen werden abgetragen, zum Teil in mühevoller Kleinarbeit, um Eisenteile und alles noch Brauchbare herauszusuchen und wieder verwenden zu können. Dazwischen entstand bereits kurz nach der Revolution schon ein Teil von dem, was für das gesamte Erdbebengebiet geplant ist: Ein Park mit Sport- und Spielplätzen. Die dort gepflanzten Bäume sind noch klein und werden von Holzgittern beschützt. Ein Brunnen, Treppen, der Boden sorgfältig mit bunten Steinen verlegt.

Volleyball-Plätze, Sitzgruppen unter Dächern, Klettergerüste für Kinder, ein großes Wandgemälde an einer fensterlosen Wand. Wenn wir die Leute bei der Arbeit fotografieren, lachen sie uns zu.

Bei Spaziergängen durch die Stadt werden wir immer wieder angesprochen, und gleich geht es um Politik. Die Fragen, die uns gestellt werden, begegnen uns auch auf unserer weiteren Reise häufig: Wie gefällt Euch unser revolutionärer Prozeß? Wie ist es in den beiden deutschen Staaten, wo ist es besser? Macht die SPD eine sozialistische Politik? Und, wenn wir sagen, daß wir auch in Kuba waren: Wie leben die Leute dort? Sind sie zufrieden? Undsoweiter.

Der Vergleich zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern ist dabei von zentraler Bedeutung. Die Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg Nikaraguas sind noch nicht abgeschlossen, wenn auch die Sandinistische Front zur Befreiung Nikaraguas (FSLN) eindeutiger Vorstellungen davon vorgelegt hat als die Leute, mit denen wir auf der Straße gesprochen haben. Wir bekommen alle Vorbehalte und Befürchtungen gegenüber einer sozialistischen Entwicklung zu hören, die wir auch bei uns kennen: Von der Mei-

nung freies Unternehmertum sei die unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft bis hin zur Einschätzung der sozialistischen Staaten als revisionistisch. Wenn wir fragen, was sich seit dem Sturz Somozas geändert hat, kommt meist als erste Antwort: „Das hier ist weg“ – und dabei wird mit einer Handbewegung das Zusammendrücken der Gurgel angedeutet. Die Angst ist weg. Und: Die Reichtümer des Landes sollen jetzt dem Volk zugute kommen; alle können lesen und schreiben lernen; die vernachlässigten unzugänglichen Randgebiete werden in die Entwicklung des Landes einbezogen.

Die materielle Situation hat sich in dem einen Jahr noch nicht dramatisch verbessert. Die Armut kann in dem zerstörten, ausgeplünderten Land nicht so schnell beseitigt werden. Immerhin ist von den unmittelbaren Folgen des Krieges für die Nahrungsmittelversorgung nichts mehr zu spüren.

Aber noch ist Kinderarbeit ebenso wie in den Nachbarländern notwendig, um zum Lebensunterhalt vieler Familien beizutragen. Es gibt noch immer die kleinen Zeitungsverkäufer, Schuhputzer, Chiclets(Kaugummi)-Verkäufer, und die Scharen von Kindern, die an den Bushaltestellen Säfte in Plastiktüten, Backwaren und warmes Essen in Bananenblättern anbieten. Wir haben auch noch erlebt, wie Kinder in Restaurants kommen und sich die Essensreste von den Tellen holen.

Pedro, ein 12jähriger Zeitungsverkäufer, den wir täglich an der gleichen Straßenecke in Managua treffen, verkauft seine Zeitungen in der stolzen Überzeugung, damit etwas für die Revolution zu tun, so sagt er uns. Er hat viele Geschwister und keinen Vater. Auch seine Brüder und seine Mutter verkaufen Zeitungen und Chiclets. Wenn Pedro groß ist, möchte er Arzt oder Lehrer werden.

Keine Angst mehr im Volk

Das Sozialministerium hat zusammen mit dem Lehrerverband und der sandinistischen Kinderorganisation ein Projekt durchgeführt, das arbeitenden Kindern die Möglichkeit bietet, zu spielen und ihre Kreativität zu entfalten. Man geht nicht davon aus, daß Kinderarbeit in allernächster Zeit beseitigt werden kann, sondern versucht, sie für die Übergangszeit so gut wie möglich zu fördern, um ihre negativen Folgen gering zu halten.

Wir begegneten aber nicht nur arbeitenden Kindern. Später in Esteli, lernten wir Kinder kennen, die als Kundschafter und Kurier während des Aufstandes mitgekämpft hatten. Wir sahen Kinderscharen bei Kundgebungen in der ersten Reihe auf dem Boden vor der Tribüne sitzen, die Reden geduldig anhörend, und bei Sprechchören die Losungen am lautesten mitrufend. Nicht zuletzt wurde die Alphabetisierungskampagne zum großen Teil von Kindern und Jugendlichen durchgeführt, wie zum Beispiel von der dreizehnjährigen Tochter unserer Gastgeberin.

Am Rande einer Kundgebung am Platz vor der Kathedrale, werden wir von einigen Jugendlichen angesprochen. Wir sind zunächst mißtrauisch, aber wie fast immer bei unseren Gängen durch die Stadt erweist sich das Interesse an uns rein politisch.

Im Nu sehen wir uns leidenschaftlicher Agitation ausgesetzt. Einer der Jungen meint, alle Gringos seien Imperialisten. Er wird heftig von den anderen zurechtgewiesen. Man rechnet uns vor, wie früher die Baumwolle aus Nikaragua in die USA exportiert wurde, die Jeans aus dieser Baumwolle wieder importiert und hier zu hohen Preisen verkauft wurden. Und, daß Nikaragua ein reiches Land ist, wenn seine Schätze dem Volk zugute kommen; in den unerschlossenen Gebieten zur Atlantikküste hin sind z.B. noch große Vorkommen von Edelmetallen, vor allem Gold und Silber, abzubauen.

Die Frage, ob Kuba ein Beispiel für Nicaragua ist, wird diskutiert, und ob, wenn ja, das bedeutet, daß man in Nicaragua alles genauso wie in Kuba macht. Die wichtigsten gegenwärtigen Aufgaben werden uns dargelegt und begründet: die Alphabetisierung, die Erhöhung der Produktion.

Und die Kämpfe anderer Völker Lateinamerikas kommen zur Sprache, insbesondere in El Salvador: „Si Nicaragua vencio, El Salvador vencera!“ (Wenn Nicaragua gesiegt hat, wird El Salvador auch siegen!) ist die Losung, die immer wieder zu hören ist. Die Jungen fügen hinzu: Wenn die USA in El Salvador intervenieren, werden wir dorthin gehen und den Kampf der Befreiungsbewegung unterstützen, und es wird ein zweites Vietnam geben.

Die Einheit Lateinamerikas wird beschworen: „Eine Sprache, eine Religion, eine Geschichte“, und daß ein vereinigtes Lateinamerika stark genug wäre, sich dem US-Imperialismus zu widersetzen.

Schließlich wird unser Gespräch von einem schwarzen Schriftsteller unterbrochen. Er kommt aus Bluefields an der Atlantikküste und trägt Gedichte in dem karibischen Englisch vor, das dort gesprochen wird. Zuvor hatte er eine Lesung im Kultusministerium gehabt. Er übersetzt die Gedichte ins Spanische und die Jungen hören ihm ernsthaft zu. Anscheinend findet es keiner lächerlich oder merkwürdig, daß nachts auf der Straße Gedichte rezitiert werden, mit dem Pathos zudem, wie das hier üblich ist. In Nicaragua ist Dichten eine Volkskunst, eine akzeptierte Form, sich auszudrücken, und nicht eine Beschäftigung, die für hehre Geister reserviert ist. Seit der Revolution wird auch das Dichten besonders gefördert.

Wir erinnern uns an Gespräche: Das, wer jetzt in der Revolution aktiv ist, sein letztes gibt und keine Zeit zum Ausruhen hat; von der Schwierigkeit, die revolutionäre Begeisterung im mühevollen Alltag aufrecht zu erhalten; von den unendlich vielen Problemen, z.B. durch den Mangel an Fachkräften. Von der ganzen Hinterlassenschaft der Diktatur im Bewußtsein der Menschen, die sich z.B. in passiver Haltung äußert: Mal sehen, was die Revolution uns bringt. Und von den Mühen der ständigen Auseinandersetzung mit dieser Erbschaft.

An einem Sonntagnachmittag machten wir uns auf, um uns einen Vulkan aus der Nähe anzusehen. Schließlich sind Vulkane so charakteristisch für Nicaragua, daß wir uns den

Blick in den offenen Krater des Vulkans „Santiago“, etwa 20 km von Managua entfernt in einem Naturpark, nicht entgehen lassen wollten. Wir stiegen in einen der kleinen Busse in Richtung Masaya.

Kaum sitzen wir, muß ich zum fünfzigsten Mal die Frage beantworten, wie uns Nicaragua und der revolutionäre Prozeß gefallen. Allmählich ist uns klar, daß man keine tief sinnigen Antworten erwartet, sondern daß es reicht, einfach „gut“ zu sagen. Damit ist ein grundsätzliches Einverständnis hergestellt und man kann weiterreden.

Wir stehen am Kraterand und beobachten die grünen Papageien, die krächzend ihre Runden durch die aufsteigenden Dämpfe ziehen. Der aktive Krater trägt den Namen „Höllenschlund“; aus ihm quillt Rauch, fliegen gelegentlich auch Lavabrocken. Für die indianischen Vorfahren hatte der „Höllenschlund“ eine religiöse Bedeutung: Die Indianer glaubten, daß tief im Krater eine Gottheit lebte. Menschen wurden als Opfer für diese Gottheit in den Krater geworfen. Wir hören von einigen Leuten, die neben uns am Kraterand stehen, daß Somoza einen Offizier der Nationalgarde von einem Hubschrauber aus in den Krater werfen ließ – der Offizier hatte mit den Sandinistas sympathisiert. Durch die besonders grausame Strafe sollte ein Exempel statuiert werden.

Die Revolution – „gut“ wie der Vulkan

Auf dem Rückweg werden wir ein Stück von einem jungen Paar im Auto mitgenommen. „Wie gefällt Euch unser Vulkan?“ fragt uns der Mann. „Gut“, antworten wir. „Und unser revolutionärer Prozeß?“ „Auch gut.“ Der Mann lacht: „Wie der Vulkan!“ Und dann meint er: „Warum seid Ihr denn jetzt schon nach Nicaragua gekommen, jetzt ist doch noch nicht viel zu sehen. So in fünf Jahren solltet Ihr das Land sehen, dann haben wir es schön hier – wenn man uns in Ruhe läßt.“

Auf der Ladefläche eines Lastwagens fahren wir zurück nach Managua. Außer uns sitzen hier noch zwei Frauen mit kleinen Kindern. Die Frauen üben die Hymne der Sandinistas. Sie korrigieren sich gegenseitig, bekommen aber den Text nicht vollständig zusammen. Die Hymne ist an einigen Stellen sehr schwer zu singen, und die Frauen lachen, wenn sie schiefe Töne hervorbringen. Bei der Zeile „Wir kämpfen gegen den Yankee, den Feind der Menschlichkeit“ schauen sie uns forschend von der Seite an: Ob wir uns wohl angesprochen fühlen? Wenn beschriftete Stellwände am Straßenrand auftauchen, beginnen sie zu buchstabieren: „Sandi-no hoy, Sandino ayer, Sandino s-i-em-pre“ und freuen sich über jedes entzifferte Wort.

Im Haus von Renee lernen wir ihren 15jährigen Sohn kennen. Er ist für zwei Tage aus den Bergen gekommen, wo er alphabetisiert, weil er sich irgendeine Krankheit geholt hat und in Managua medizinisch untersucht werden soll. Munter erzählt er mit seiner leicht brüchigen Stimme vom Leben mit den Bauern, mit „seiner Familie“. Wie freundlich er dort aufgenommen wurde und wie froh die Bauern sind, lesen und schreiben zu lernen.

Er betreut zwei Gruppen, insgesamt sind es 12 Männer und Frauen verschiedenen Alters. Voller Verwunderung erzählt er, daß seine Leute Rechnen können, ohne schriftliche Zahlen zu kennen und selbst schwierige Rechenoperationen mühelos im Kopf durchführen.

Es gefällt dem Jungen überhaupt nicht, daß er in zwei Monaten mit Mutter und Schwester zum Vater nach England umziehen soll. Er würde lieber hierbleiben und für die Revolution arbeiten. Aber, so meint er, wenn er gut Englisch lernt, so könne er auch damit sehr nützlich für die Revolution sein.



Kinderfest im Sozialministerium

Fritz Noll

Die Revolution ist noch stärker geworden

Der 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) tagte vom 17.-20. Dezember 1980 in Havanna.

Fritz Noll, Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, war Gast des Parteitages und faßt seine Kubafahrung für das AIB in zwei Beiträgen zusammen.

Die Anwesenheit von 147 Delegationen aus Afrika, Asien, Lateinamerika, aus dem Nahen Osten, aus allen sozialistischen Staaten und aus Westeuropa gaben dem 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) den Charakter einer weltweiten Konferenz des revolutionären antiimperialistischen Kampfes. Zugleich unterstrich die große internationale Beteiligung in Havanna das hohe Ansehen, das die kubanische Revolution in der ganzen Welt genießt.

Und für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik war es beeindruckend zu erleben, in welchem hohem Maße die Einheit zwischen Volk und Partei auf Kuba besteht. Das schien, nach den Ereignissen im April 1980 (siehe AIB 6/1980, S. 28-29; d. Red.), die sich um die Botschaft Perus in Havanna abspielten, für westeuropäische Beobachter in Frage gestellt zu sein. Dieser Parteitag bewies, wie groß die politisch-moralische Einheit zwischen Volk und Partei auf Kuba ist. Doch darüber wird noch zu sprechen sein.

Der dritte Aspekt dieses Parteitages, der auch Gegenstand dieses ersten Berichts sein soll, das ist die Bilanz und der Ausblick der planmäßigen sozialistischen Aufbauarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen des Landes. Der Parteitag gab Auskunft, wo Kuba heute steht, und wo morgen die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards hin geht.

Wirtschaftlich dem Erreichbaren verpflichtet

Die Planziele des 1. Parteitages von 1975 sahen eine Wachstumsrate von 6% vor. Erreicht wurden 4%. Für dieses Nichterreichen der Planziele müssen mehrere Gründe angeführt werden.

Zunächst muß festgestellt werden, daß das wichtigste Exportprodukt Kubas der Zucker ist und auch bleiben wird. Aber gerade in den vergangenen fünf Jahren trat auf dem Weltmarkt ein Verfall des Zuckerpreises ein. Zugleich aber stiegen die Importkosten auf dem kapitalistischen Weltmarkt, es stiegen die Frachtkosten, es stiegen die Zinssätze. Hinzu kam, daß im Jahre 1979 die Zuckerrohrernte durch den Rostpilz erheblich beeinträchtigt wurde, daß 1979 die Tabakernte zu 90% dem Blauschimmel zum Opfer fiel und daß in zwei Ostprovinzen des Landes die Schweinepest ausbrach. Berücksichtigt man diese Umstände, so ist die real erzielte Wachstumsrate von 4% dennoch beachtlich.

Die Arbeitsproduktivität stieg im Verlaufe des ersten Fünfjahresplans um 3,5%. Bleibt auch die Zuckerproduktion ein entscheidender Schwerpunkt der Wirtschaft des Landes, so entwickelte sich im Verlaufe der vergangenen fünf Jahre die Industrialisierung erheblich. Die Industriekapazität stieg um 10%. So wurde die Nickel-, Blei- und Kobaltgewinnung in Moa ausgeweitet, ein Walzwerk in Betrieb genommen, die

Produktion der Leichtindustrie um 23% erhöht, die Fischereindustrie stieg um 29%. Das Verkehrswesen, die Hafenvirtschaft, die Schifffahrt und der Fischfang wurden ausgeweitet.

Neben der weiteren Industrialisierung der Zuckerrohrproduktion — 45% der Ernte werden heute schon vollmechanisiert eingefahren —, wurde der Ausbau anderer landwirtschaftlicher Kulturen vorangetrieben. Das betrifft Zitrusfrüchte, Kaffee, Gemüse, Reis, Kartoffeln und die Fleischproduktion.

Der Parteitag der PCC schätzte die Bilanz der vergangenen fünf Jahre positiv ein, aber Fidel Castro sagte auch: „Die Partei muß sich dem Erreichbaren verpflichtet fühlen, nicht dem Unerreichbaren.“

Denn nicht nur objektive Faktoren waren für das Nichterreichen der vollen Planziele von 1975 verantwortlich, auch subjektive Faktoren wirkten mit. Noch fehlte es am genügenden Verständnis für den Plan. Noch griffen nicht überall die materiellen Stimuli im erforderlichen Maße. Auch muß die Disziplin in der Produktion verbessert werden und noch ist nicht in allen Betrieben die wirtschaftliche Rechnungsführung eingeführt.

Mißt man jedoch die Entwicklung Kubas an anderen Ländern Mittelamerikas; bedenkt man, daß Kuba jetzt fast zwei Jahrzehnte unter den Bedingungen der US-Blockade existiert; zieht man in Betracht, daß das kubanische Volk ständig von physischer Vernichtung bedroht ist und entsprechende Maßnahmen zur Sicherung des Landes und der Revolution treffen muß — dann sind die Ergebnisse der Planwirtschaft sehr bedeutungsvoll.

Über die herausragenden Leistungen der kubanischen Revolution auf den Gebieten der Bildung, der kulturellen Entwicklung, des Gesundheitswesens, des Sports ist schon viel geschrieben worden, und die Öffentlichkeit unseres Landes weiß im groben darüber Bescheid.

Nimmt man nur die durchschnittliche Lebenserwartung des Kubaners, die jetzt bei 73 Jahren liegt, so ist dieses Volk längst auf dem Standard der höchstentwickelten Industrienationen und meilenweit anderen Entwicklungsländern voran. Dennoch, die äußeren und inneren Bedingungen gewähren dem Kubaner ein Leben, das man bescheiden nennen kann, ein Leben ohne Überfluß, aber ein Leben in Würde, überzeugt von den eigenen Idealen.

Die noch immer bestehende Rationierung einiger Lebensmittel und Konsumgüter ist im Verlauf der letzten Jahre weiter abgebaut worden, so daß jetzt nur noch Fleisch, Tabak, Rum und Textilien rationiert sind. Gleichzeitig aber ist der sog. zweite Markt eingerichtet worden, der sowohl als freier Bauernmarkt als auch als staatlicher Handel zu verstehen ist, auf dem bislang noch rationierte Güter zu überhöhten Preisen frei erworben werden können. Um es gleich vorweg zu sagen: Für die nächsten fünf Jahre hat man sich das Ziel gestellt, sowohl die Rationierung als auch den zweiten Markt, der eine vorübergehende Erscheinung ist, ganz abzuschaffen.

Von 100 Haushalten sind 74 mit einem Fernseher ausgerüstet, 38 haben einen Kühlschrank, 34 eine Waschmaschine

und 100 ein Radio. Im Verlaufe des vergangenen Fünfjahresplanes wurde eine Lohnreform mit gezielter Verbesserung der unteren Lohngruppen eingeführt. Gleichzeitig wurde das System des Leistungslohns ausgebaut und eine Reform der Einzelhandelspreise durchgeführt.

Der 2. PCC-Parteitag in Havanna beschloß die Verbesserung des Dienstleistungsangebots, die Einführung eines nationalen Renten- und Versicherungssystems, die Errichtung eines staatlichen Amtes für Statistik und Information auf nationaler und regionaler Ebene, ein staatliches Finanzamt, ein nationales Sparkassensystem, ein zentrales Rechenzentrum, die Durchführung einer Volks- und Wohnungszählung.

Die 1976 verabschiedete Verfassung (Wortlaut in AIB 8/1977, S. 15-18; d. Red.), wonach Kuba in 14 Provinzen mit 169 Kreisen aufgeteilt wurde, in der die Poder Popular, die gewählten Volksvertreter, wirken, hat sich für die wirtschaftliche und gesellschaftliche, aber auch demokratische Entwicklung des Landes sehr positiv ausgewirkt. Dennoch, auch das hat der Parteitag festgestellt, gilt es, bei der Regionalplanung der Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Verder kommende Fünfjahrplan, der vom Parteitag in seinen Konturen diskutiert wurde und der jetzt von der Nationalversammlung verabschiedet werden wird, sieht eine Wachstumsrate von jährlich 5% vor.

Dabei ist es ein Grundgedanke des Plans, die Abhängigkeit vom kapitalistischen Markt zu verringern und gleichzeitig das Volumen der traditionellen Produkte für den Export zu erhöhen und zu erweitern. Das betrifft insbesondere die Veredelung von landwirtschaftlichen Produkten wie Zitruskonserven, Rum, Zigarren. Aber auch die Exporte auf dem metallurgischen Sektor, insbesondere von Nickel und Kobalt, sollen erhöht werden. In Zusammenarbeit mit dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sollen für den Binnenmarkt in diesem Zeitraum rund 900 neue Produkte eingeführt werden.

Einen wichtigen Faktor in der kubanischen Wirtschaftsplanung nimmt die Energiewirtschaft ein. Neben dem ersten Atomkraftwerk, das sich noch im Bau befindet, orientiert sich Kuba weiterhin auf die Suche nach Erdölvorkommen

vor den Küsten des Landes und entwickelt Alternativenergien; dabei hat die Solarenergie Vorrang.

Wie bekannt, wird Kuba seit vielen Jahren von der Sowjetunion mit Erdöl versorgt. Dieses Öl muß mit Frachtern über den Atlantik geschafft werden und verursacht somit hohe Frachtkosten. Wenige Tage vor dem Parteitag kam es zu einem wichtigen Abkommen zwischen Kuba, Mexiko und der Sowjetunion. Danach wird Mexiko künftig einen Teil des sowjetischen Öls direkt an Kuba liefern und dafür die Sowjetunion westeuropäische Ölimportländer wie Spanien mit den mexikanischen Mengen versorgen. Es liegt auf der Hand, daß alle beteiligten Seiten an diesem Abkommen Vorteile haben. Die einzigen, denen dieser Vertrag wie Schmierseife schmeckt, dürften die USA sein.

Unter den vielen Kennziffern für den kommenden Plan seien nur einige Eckwerte genannt. So werden 200.000 neue Wohnungen und 250 neue Schulen gebaut. Die Zuckerproduktion soll um 20-25% erhöht werden. Die Zahl der Zuckerfabriken soll um 13% erhöht werden. 3.500 km neue Straßen werden gebaut. Der Selbstwählverkehr für das nationale Telefonnetz wird eingeführt. Der private Verbrauch soll jährlich um 4% steigen.

33 neue Staudämme und Pumpwerke werden angelegt, 30 neue Hochseeschiffe in Dienst genommen. Das Ziel der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft ist es, den europäischen sozialistischen Standard zu erreichen. Die Methoden dazu für die Volkswirtschaft sind die sozialistische Rationalisierung, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die engste Kooperation mit den Staaten des RGW.

„Die das freie Kuba für Kaugummi eintauschten“

Interessant ist auch die Entwicklung in der Kleinbauernschaft. Der Kleinbauernverband zählt zur Zeit 191.000 Mitglieder. Er hat sich das Ziel gestellt, die Kleinbauern in Genossenschaften zu vereinigen. Zur Zeit existieren 1.117 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs) mit 26.000 Genossenschaftsbauern. Sie bewirtschaften 11,4% der Bodenfläche.

Ziel der Revolution auf dem Lande ist es, die vorhandenen LPGs – sie sind im Durchschnitt zu klein – zu vergrößern und weitgehend alle Kleinbauern in Genossenschaften zusammenzuschließen.

Die kubanische Revolution sieht sich seit mehr als 20 Jahren durch den Yankee-Imperialismus herausgefordert. Das belegen nicht nur die rund 120 Mordanschläge gegen Fidel Castro durch den CIA, nicht nur die Aggression der USA, 3 Monate nach dem Amtsantritt J.F. Kennedys in der Schweinebucht, nicht nur die Blockade seit zwei Jahrzehnten, auch ideologisch wirken die USA über ihre Sender in Miami auf Kuba ein.

Die USA preisen sich als das Paradies des Individualismus, und Castro sagt an dieser Stelle: „Das Paradies der Prostitution, des Drogenhandels und der Schwerstkriminalität“, die USA, wehrten sich gegen eine legale Ausreise von Kubanern nach den USA und verherrlichten zugleich die illegale Flucht. Auf der anderen Seite war es das Prinzip der kubanischen Revolution, den Sozialismus, wie Castro sagt: „mit freien Männern und Frauen aufzubauen“. Millionen Kubaner blieben im Lande, trotz Diffamierung, trotz der ständigen Drohung, physisch vernichtet zu werden, trotz bescheidenen Lebensstandards, aber überzeugt davon, als freies Volk den neuen Weg zu gehen.

„Natürlich gab es in unserem Volk Überreste der Vergangenheit, Menschen ohne Klassenbindung, Menschen ohne patriotische Bindung, die den Einflüsterungen der Imperialisten erlagen“ (Fidel Castro). Doch im Gegensatz zu den frühen Tagen der kubanischen Revolution, als es den USA



gelang, große Teile der kubanischen Intelligenz abzuwerben, zur Flucht zu veranlassen, „konnten sie diesmal nicht die Spezialisten abwerben, sondern bekamen den Abschaum unserer Gesellschaft“. „Wir haben einen großen Sieg des Volkes erlebt und die Kraft der Revolution gestärkt“, sagte Fidel Castro zu den Auswanderern vom April des vergangenen Jahres.

Und in der Tat, wer heute Kuba bereist, erlebt eine in sich geschlossene, den Zielen der Revolution und der Entwicklung des Landes zutiefst verpflichtete Einheit zwischen Volk und Führung. Die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), die jetzt 5.312.000 Mitglieder zählen, stärkten sich nach den Aprilereignissen um eine halbe Million. In den Tagen des April 1980 gingen allein in Havanna Nacht für Nacht mindestens 30.000 Mitglieder der CDR auf die Straßen, bewachten die öffentlichen Einrichtungen, demonstrierten für die Ziele der Revolution.

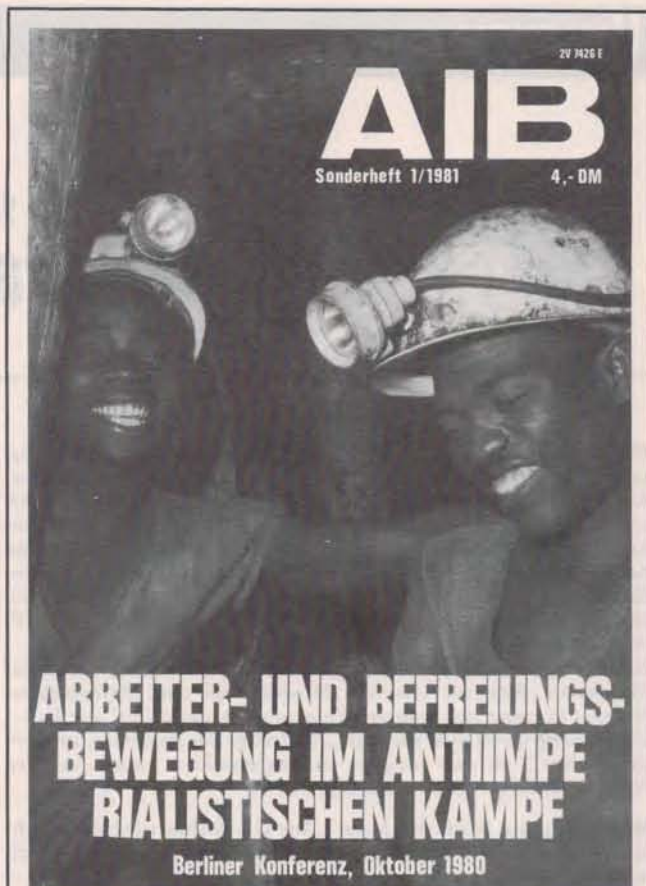
Auf meine Frage, warum denn die jetzt in den USA schon zutiefst enttäuschten Exilkubaner nicht zurück kommen dürfen, weil sie doch sehr glaubhafte Zeugen des „Paradieses des Individualismus“ seien, antwortete mir Jaime Chrombet, 1. Sekretär der PCC in der Provinz Pinar del Rio: „Eine Bilanz über die Kubaner im Ausland ist uns jetzt noch nicht möglich, aber vor allem ist sie unserem Volk nicht zuzumuten. Denn jeder Kubaner fühlt sich in seiner persönlichen Würde zutiefst verletzt von jenen, die unser Land verraten haben, die unsere Revolution beschmutzt haben, die unseren Internationalismus verletzten, die das freie Kuba für Kaugummis eintauschten. Die in ein Land gingen, das unsere Brüder in El Salvador ausrottet, die in ein Land gingen, das die Völker Lateinamerikas aussaugt und unterdrückt. Die zum Feind überliefen, der unserem Volk mit der Vernichtung droht. Nein, wir können das heute unserem Volk nicht zumuten.“

Natürlich wurde auf diesem Parteitag in der Rede von Fidel Castro auch deutlich, daß es vor den April-Ereignissen in der ideologischen Arbeit Schwächen gegeben hatte. Daß kleinbürgerliche Haltungen an den Tag gelegt wurden. Daß manche den Auseinandersetzungen auswichen und sich in Bequemlichkeiten flüchteten. Darum ist es oberstes Prinzip der Partei, so der Parteitag, die Selbstzufriedenheit zu bekämpfen, Fehler, die auftreten können, offen vor dem Volk auszusprechen, den Opportunismus zu bekämpfen, gegen jegliche Erscheinungen von Korruption und Privilegien, seien sie noch so minimal, unduldsam aufzutreten.

Eine „Gräte im Rachen der Yankees bleiben!“

Und wer die Kundgebung auf dem Platz der Revolution in Havanna, auf der sich rund 1,3 Mio Menschen versammelten, miterlebte, der weiß, daß sich die PCC nicht von den Massen entfernt hat, sondern eins mit ihnen ist. Auf dieser Kundgebung sagte Fidel Castro: „Aus den USA hören wir, daß man bereit ist, die Blockade gegen uns abubrechen, wenn wir unsere Verbindung mit der Sowjetunion aufgeben würden.“ Aus 1,3 Mio Kehlen kam der Schrei: „No!“ Und Castro fuhr fort: „Wir sagen dem Herrn Reagan, das kubanische Volk hält diese Blockade noch hundert Jahre aus, aber über unsere Prinzipien verhandeln wir nicht.“

Die PCC rechnet fest mit einer Invasion der USA auf Kuba oder in einem anderen lateinamerikanischen Land. Sie ist darauf eingestellt, wie alle Völker dieser Hemisphäre. Ausdrück war der Beschluß des Parteitages zur Aufstellung einer territorialen Miliz, die das ganze Volk umfaßt: „Jeder Kubaner, der seine Erde Meter für Meter verteidigen will, wird ein Gewehr, eine Granate oder eine Mine besitzen. Unser Vaterland wird eine Gräte im Rachen des Yankee-Imperialismus bleiben.“



AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz

Arbeiter- und Befreiungs- bewegung im antiimperialistischen Kampf

Materialien einer Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz vom 20. bis 24. Oktober 1980 in Berlin

Exklusiv für die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht das AIB in seinem Anfang Februar erscheinenden Sonderheft 1/1981 die wichtigsten Reden, Diskussionsbeiträge und Ergebnisse der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz, die vom 20. bis 24. Oktober 1980 unter dem Motto „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt“ in Berlin tagte.

In Auswertung dieser bislang breitesten Konferenz ihrer Art bietet das Sonderheft

- einen nahezu vollständigen Überblick über den fortgeschrittensten Teil der nationalen Befreiungsbewegung, die Standpunkte von Befreiungsorganisationen, revolutionärdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas;
- die Positionen bedeutender Politiker der revolutionären Arbeiterbewegung kapitalistischer und sozialistischer Länder zu den Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes heute;
- Analysen international anerkannter Experten zur Rolle der internationalen Konzerne, zur aktuellen weltpolitischen Krisenentwicklung und zum Charakter der Beziehungen des kapitalistischen und sozialistischen Lagers zur Dritten Welt.

Einzelpreis (ca. 70 Seiten) 4,- DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Bestellabschnitt S. 32

Sonderheft 1/1981 ist nicht im normalen Abonnement enthalten!

Fernando Andrade

Das „Nein“ zur Verfassung der Militärs

Mit dem am 30. November 1980 zur Abstimmung gestellten Verfassungsprojekt wollte die uruguayische Generalität den von ihr beherrschten Nationalen Sicherheitsrat auf Dauer als höchstes Machtorgan institutionalisieren, die Kandidatur nur eines, vom Militär bestimmten Präsidentschaftskandidaten für 1981/82 bestätigen und das Verbot aller unliebsamen Parteien absegnen lassen. Stattdessen handelte sie sich bei 54% Nein- und 39% Ja-Stimmen eine spektakuläre Abfuhr durch das uruguayische Volk ein, deren Hintergründe F. Andrade ausleuchtet.

Dessen ungeachtet erklärten die Militärbefehlshaber und ihr ziviles Feigenblatt Präsident Aparicio Mendez nach dem Referendums-Debakel in einem gemeinsamen Kommuniqué, das „Nein“ der Volksabstimmung werte man nicht als „Niederlage der Regierung, sondern des Volkes“, da dies lediglich den angestrebten „institutionellen Normalisierungsprozeß“ hinausögere...

Man kennt das Wort von Marx: „Die Geschichte wiederholt sich, aber als Komödie“. Was würde er zu einer Komödie sagen, die eine andere wiederholt?

Auf jeden Fall haben die Militärschefs von Uruguay, indem sie am 30.11.1980 eine Volksabstimmung über eine Verfassung – erarbeitet von Staboffizieren einer Armee, die sich die widerwärtige Mission gegeben hat, das eigene Volk zu unterdrücken – organisierten, die schaurige Wahlkomödie wiederholt, die der Diktator Pinochet vor einigen Monaten in Chile durchführte (siehe Beitrag von I. Ljubetic; d. Red.).

Mit Ausnahme einer Handvoll Lakaien des Regimes, haben alle politischen Kräfte Uruguays das Projekt dieser „von der Regierung ohne Beteiligung des Volkes erarbeiteten“ Verfassung mit aller Bestimmtheit verurteilt. Es gab bei der Vorbereitung keinerlei Diskussion, der Text der Verfassung wurde erst 30 Tage vor dem Referendum veröffentlicht.

Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die es in Uruguay gibt, seitdem das Land nicht mehr zu den wichtigsten Exporteuren von Fleisch und Wolle gehört und seitdem die Rechten an der Macht sind (1973; d. Red.), die unfähig sind, die Modernisierung der Produktivkräfte voranzutreiben, die nur daran interessiert sind ihre Privilegien beizubehalten, und an archaischen Formen der Landwirtschaft festhalten, haben katastrophale soziale Auswirkungen.



Volksabstimmung in Montevideo

Zur grausamen Unterdrückung, die die Regierung von Montevideo zum Meister der systematischen Folter und des Staatsterrorismus in diesem Teil der Welt macht, kommt die Arbeitslosigkeit und das totale Fehlen einer Zukunftsperspektive für die arbeitende Bevölkerung hinzu. Die erdrückende kulturelle Atmosphäre, die dem Land durch das Militärregime aufgezwungen wurde, zwang viele Uruguayer ins Exil (rund 300.000 bei einer Gesamtbevölkerung von 2,8 Mio; d. Red.). Es ist schwierig, genaue Zahlen festzustellen, sicher ist jedoch, daß Uruguay mittlerweile ein Land der Emigration ist.

Die Zahl der politischen Gefangenen, die derzeit in Uruguay festgesetzt werden (seit 1973 waren rund 7.000 Demokraten eingekerkert; d. Red.), lassen erkennen, unter welchen Bedingungen das Regime die Volksabstimmung vorbereitete. Laut Amnesty International schmachten zwischen 2.500 und 2.800 Personen aus politischen Gründen in den Gefängnissen, d.h. 1 Einwohner von 1.000. Inspiriert von den Nazis gaben die uruguayischen Militärs dem größten ihrer Gefängnisse den Namen „Libertad“ (Freiheit). Was soll unter diesen Bedingungen der Aufruf zur Wahl?

Ganz offensichtlich sind die Ziele der uruguayischen Diktatur die gleichen wie die der chilenischen: der offene Terror ist zwar auf kurze Sicht wirksam, er kann jedoch keinem Regime eine historische Perspektive sichern. In Montevideo übt die Konterrevolution wie in Santiago nunmehr seit 7 Jahren die absolute Macht aus, ohne eine echte soziale Basis zu haben, heute noch weniger als gestern. Im Gegenteil, die Ablehnung der Diktaturen vereint praktisch alle politischen Kräfte der beiden Länder.

Wenn man die Ergebnisse der letzten Wahlen in Uruguay von 1971 als Vergleich nimmt, so stellt man fest, daß die beiden großen traditionellen Parteien, die „Blancos“ und „Colorados“, zusammen 75% der Stimmen erhielten, während die Frente Amplio, ein Wahlbündnis der Linken, 20% erreichte.

„Handelt es sich heute um eine Volksabstimmung oder um ein Ultimatum?“ fragt sich der Rechtsanwalt Hector Rios, einer der Sprecher für das „Nein“ zur Verfassung der Diktatur. Er ergänzt, daß die Wahlregeln, wie das Regime sie versteht, sich auf folgendes beschränken: „Wenn das ‚Ja‘ eine Mehrheit erhält, wird sich die Situation nicht ändern. Bei einer Mehrheit für ‚Nein‘ wird die Opposition vernichtet.“

In der Tat war die Volksabstimmung schon im Wesen gefälscht, wie einige Sprecher des Militärregimes sich offen auszusprechen erlaubten: „Falls die ‚Nein‘-Stimmen die Mehrheit davortragen sollten, würde das bedeuten, daß das Volk mit der jetzigen Situation zufrieden ist.“ Kurz, der dem Wähler aufgezwungene Wahlentscheid beschränkte sich darauf, entweder einer Verfassung zuzustimmen, die der Militärdiktatur eine legale Fassade gäbe, oder eine Militärdiktatur ohne verfassungsmäßige Fassade zu behalten.

Das Regime gab Millionen von Dollars aus zur Unterstützung des „Ja“, trotzdem ergab die Volksabstimmung vom 30.11.1980 ca. 60% Nein-Stimmen. Niemand war über den Sinn dieser Wahl zu täuschen: Trotz der seit 7 1/2 Jahren ausgeübten Militärdiktatur, die für „Friedhofsruhe“ im Lande gesorgt hatte und die nur die Stimmen der Henker zuließ, sagten die Wähler „Nein“ zur Generals-Clique, die das Land unterdrückt, ohne sich von der Aussicht auf eine „politische Instabilität“, die den Weg freimacht für eine erneute Steigerung des staatlichen Terrorismus, einschüchtern zu lassen.

Weniger erfolgreich als Pinochet, der die Früchte seiner Wahlmaske einstreichen konnte, fanden sich die uruguayischen Generale, die dem Volk eine falsche Alternative aufzwingen wollten, in einem echten Dilemma: entweder man sagt dem Volk: „Ihr wollt uns nicht, wir bleiben aber trotzdem“, oder man tritt ab.

Die Kräfte des demokratischen Widerstandes in Uruguay (zu ihrer gemeinsamen Orientierung siehe AIB 9/1980, S. 14-16; d. Red.), die einen überzeugenden Beweis ihrer Verankerung im Volk erbracht haben, können ihren Kampf für die politische Freiheit nun mit neuem Elan fortsetzen.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 228/8.12.1980)

Iván Ljubetić

Das Recht des Volkes auf Rebellion

Am 11. März 1980 sollen drei neue Attentate Pinochets gegen das chilenische Volk vollzogen werden. An diesem Tag tritt die sog. Verfassung der „Freiheit“ in Kraft, Pinochet wird sich selbst als „verfassungsmäßigen Präsidenten“ verkündigen und als solcher in das Regierungsgebäude La Moneda einziehen, d.h. in das Haus, in dem bis zum 11. September 1973 Salvador Allende regierte und in dem er den Heldentod starb, als Pinochet es durch Bomben zerstören ließ.

Mit diesen drei Maßnahmen will Pinochet eine kosmetische Operation abschließen, die seiner faschistischen Diktatur den Anschein einer „verfassungsmäßigen Demokratie“ geben soll. Gleichzeitig soll dadurch in Vergessenheit geraten, wie diese Verfassung „angenommen“ und wie er zum Präsidenten „gewählt“ wurde.

Plebiszit vom September 1980 – eine Farce

Die Verfassung wurde durch die Plebiszitfarce vom 11. September 1980 „angenommen“. Dieser Betrug wurde von der Mehrheit des chilenischen Volkes abgelehnt. In dem Monat, der zwischen der Ankündigung und der Durchführung der Farce lag, fanden Tausende kleinerer und großer Aktionen gegen sie statt.

Die wichtigste war die Massendemonstration am 27. August 1980 in Santiago, an der über 100.000 Menschen teilnahmen. Sie bewies nicht nur die enorme Mobilisierung und Kampfbereitschaft der Massen, sondern auch die Einheit der demokratischen Kräfte. Symbolisch dafür war die Tatsache, daß der ehemalige Präsident Chiles, der Christdemokrat Eduardo Frei, mit der Losung der Unidad Popular begrüßt wurde: El pueblo unido jamás sera vencido (Das geeinte Volk wird niemals besiegt)!

Eine der Hunderte von Erklärungen gegen den Abstimmungsbruch war die am 12. September 1980 von Andres Zaldivar, dem Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei unterzeichnete, in der er feststellte: „Das Plebiszit ist ein Akt extremer Gewalt und ein Affront gegen das ganze Volk gewesen.“

Auf der ganzen Welt wurde von den unterschiedlichsten Kräften das Plebiszit abgelehnt. Im Dezember 1980 verurteilte die XXXV. Vollversammlung der UNO einmal mehr die faschistische Diktatur mit 95 gegen 8 Stimmen bei 36 Enthaltungen. Unter den Gründen für diese Verurteilung Pinochets, die zum achten Mal erfolgte, wird auch das Plebiszit genannt und dazu bemerkt: „Die fehlende Beteiligung des Volkes an der Vorbereitung des Verfassungsprojektes und die Einschränkung, die wegen des Ausnahmezustandes die Versammlungs-, Organisations-, Ausdrucks- und Informationsfreiheit erfuhr, lassen nicht zu, daß das Ergebnis als echter Willensausdruck des chilenischen Volkes aufgefaßt wird.“

In der zweiten Hälfte des Jahres 1980 hat sich – vor und

nach der Plebiszitfarce – der Terror wieder verstärkt. Mindestens acht Menschen wurden von den Sicherheitsdiensten ermordet, hunderte verhaftet und über 70 verbannt; mehrere Gewerkschaftsführer wurden eingekerkert; dem Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei, Andres Zaldivar, der für eine mehrwöchige Reise das Land verlassen hatte, wurde die Rückkehr verboten.

Die faschistische Verfassung ist ein Versuch, den Terror und die volksfeindliche Wirtschaftspolitik der Chicago-Boys zu institutionalisieren.

In der Verfassung heißt es ausdrücklich, daß ab dem 11. März 1981 für acht Jahre Pinochet „verfassungsmäßiger“ Präsident sein soll (Bestimmung 14) und daß die von Pinochet ernannte Junta für die darauffolgenden acht Jahre einen Präsidenten ernennt, der durch ein Plebiszit wie das vom 11. September 1980 ratifiziert wird (Bestimmung 27). Die Repression gegen das Volk, die bisher von den faschistischen Machthabern als durch den Ausnahmezustand bedingt bezeichnet wurde, wird in Zukunft zu einem in der Verfassung verankerten Normalzustand, der die Bürger der Willkür Pinochets ausliefert. Die Bestimmung 24 erteilt dem Diktator das Recht, Verhaftungen, Einschränkungen der Versammlungs- und Informationsfreiheit, Verbannungen, Ausweisungen aus dem Land und Einreiseverbote zu bestimmen, wobei gegen alle diese Maßnahmen keinerlei Berufung eingelegt werden kann.

Das bedeutet, daß es, so lange Pinochet an der Macht und seine faschistische Verfassung in Kraft bleibt, in Chile keinerlei Demokratie und keine Achtung der Menschenrechte geben wird.

Angesichts dieser Tatsachen bleibt nur eine Schlußfolgerung: Die Lage kann sich nur dann ändern, wenn das Regime abgeschafft wird, das sich selbst das Recht zu absoluter Willkür und Machtmißbrauch erteilt und so zu einer mon-

ASK-Aufruf zu Chile-Aktivitäten

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat die gesamte Chile-Solidaritätsbewegung aufgerufen, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die geplante Lieferung von zwei U-Booten an das Pinochet-Regime (siehe auch unseren Kommentar, S. 44) zu verhindern. Massenhaft sollen dazu Protestpostkarten, Briefe und Telegramme an die Bundesregierung geschickt werden.

Vom ASK können zu diesem Zweck folgende Materialien bezogen werden: Protestpostkarten, Standardflugblätter, Unterschriftenlisten, ein Plakat und eine Informationsbroschüre zum U-Boot-Geschäft.

Für den 11. März d.J. ruft das ASK im Rahmen eines weltweiten Solidaritätstages zu lokalen Solidaritätsaktivitäten (Info-Stände, Film- und Diaabende, Aktionen vor Institutionen des Regimes und deutschen Unternehmen, die mit Chile zusammenarbeiten, Spendensammlungen) anlässlich des Inkrafttretens der faschistischen Verfassung in Chile auf.

Adresse: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel.: 0611/ 234659

strösen Tyrannei wird, gegen die alle Kampfformen legitim und notwendig sind.

Im dritten Absatz der Präambel der Internationalen Menschenrechtserklärung wird betont, es sei „wesentlich, daß die Menschenrechte durch ein rechtsstaatliches Regime geschützt werden, damit der Mensch nicht zum äußersten Mittel der Rebellion gegen die Tyrannei und die Unterdrückung gezwungen werde“.

In Chile herrscht keine Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte werden – wie kürzlich 95 Mitgliedsländer der UNO feststellten – systematisch verletzt. Somit sieht sich das chilenische Volk zum „äußersten Mittel der Rebellion gegen die Tyrannei und die Unterdrückung gezwungen“.

Diesbezüglich erklärte Luis Corvalan, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles in einer am 16. November 1980 in Stockholm gehaltenen Rede: „Das Recht auf Rebellion ist, sozusagen, ein heiliges Recht. Es ist keine Erfindung der Kommunisten. Es wurde schon vor zwei Jahrhunderten in die Unabhängigkeitserklärung der USA aufgenommen. Es wird von der Enzyklika Populorum Progressio gegenüber der Tyrannei anerkannt.“

Er fügte hinzu, daß sich die Kommunistische Partei für die „Einheit und den Kampf der Massen und für die Anwendung der verschiedensten Kampfformen, auch der revolutionären Gewalt, die bewußt und verantwortungsvoll angewendet wird“, um die Diktatur zu stürzen, ausspricht. Er betonte: „Wir schätzen diejenigen Aktionen, die die Sache des Volkes begünstigen.“ Dazu zählte er „mehrere der Aktionen, die am 3. November (1980) durchgeführt wurden, aus Anlaß des 10. Jahrestages des Beginns der von Salvador Allende angeführten Regierung“. Es handelte sich dabei um

Bombenangriffe gegen das faschistische Sprachrohr El Mercurio, das Gerichtsgebäude usw. L. Corvalan unterstrich: „Wir bekräftigen somit, daß unsere Linie weiterhin die Linie des Kampfes und der Einheit der Arbeiterklasse und aller Antifaschisten ist, der Stärkung der Unidad Popular und der Verstärkung dieser mit der Christdemokratie und der gesamten Opposition.“

An einer anderen Stelle seiner Rede erklärte der Generalsekretär der KP Chiles: „Ebenso wie wir nicht von vornherein die Möglichkeit eines friedlichen Auswegs ausschließen, dürfte auch kein Demokrat prinzipiell gegen die Gewalt sein, besonders diejenigen nicht, die zu einer Zeit die schlimmste – die einzige, die unannehmbar ist – die Gewalt gegen das Volk, unterstützt haben.“ L. Corvalan bezog sich dabei auf die Christdemokratische Partei, deren rechter Flügel und die Mehrheit ihrer Mitglieder die Aktionen gegen die Volksregierung Allendes unterstützten und nach dem Putsch fast zwei Jahre lang mit der faschistischen Diktatur kollaborierten.

Es ist wichtig zu bemerken, daß diese Linie der Einheit und des Kampfes unter Anwendung aller Kampfformen von allen Parteien der Unidad Popular geteilt wird.

Für die internationale Solidarität stellt sich die große Aufgabe, von jetzt an kleinere und große Aktionen durchzuführen mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über die Bedeutung der für den 11. März 1981 geplanten neuen kosmetischen Operation Pinochets aufzuklären. Schon jetzt, besonders aber an jenem Tag, müssen die demokratischen Kräfte auf der ganzen Welt mit allen Mitteln ihrer Ablehnung der Mächenschaften Pinochets, der sich als „verfassungsmäßiger“ Präsident Chiles verkleiden will, Ausdruck verleihen.

ERNESTO CARDENAL

Friedenspreisträger
des Deutschen
Buchhandels 1980



„Die Dichtung Ernesto Cardenals ist ein Gang durch die Geschichte seines Kontinents, Erinnerung an Leiden und Hoffnung der Völker und wortgewaltige Mahnung zur Liebe als dem einzigen Element der Veränderung. Sein Werk ist gegründet auf die Hoffnung an die noch nicht entfaltenen Möglichkeiten eines Menschen. Cardenal hat die Kraft eines Poeten, dessen Welterfahrung Wort wird. Er schreibt eine sinnhafte, anschauliche Dichtung, reich an Realität, keinem Dogma verpflichtet und christlich im Sinne einer Humanität, in der gesellschaftliches Engagement und Individualismus einander nicht ausschließen. Als Dichter und Priester ist er Teil der Gesellschaft der Zukunft, die – nach seinen eigenen Worten – im Keim schon überall auf der Erde existiert.“

**Peter
Hammer
Verlag**

Postfach 200415
5600 Wuppertal 2

Bitte fordern Sie unser
Gesamtverzeichnis an.

Seine Bücher im Peter Hammer Verlag

Das Evangelium der Bauern von Solentiname.

Gesamtausgabe. 680 Seiten. Leinen. DM 36,80

Die Stunde Null.

Von der Heiligkeit der Revolution/Gebet für Marilyn Monroe/Für die Indianer Amerikas/ Das Buch von der Liebe. Taschenbuchausgabe. 400 Seiten. DM 14,80 (2. Auflage)

Nationallied für Nicaragua. Drei Gedichte. Unveränderte Neuauflage; früherer Titel „Orakel über Managua“. 88 Seiten. Broschiert. DM 12,-

Psalmen.

48 Seiten. Großformat. DM 6,80 (10. Auflage)

In Kuba

Bericht von einer Reise. Mit einem Nachwort von Johann Baptist Metz.

Taschenbuchausgabe. 400 Seiten. DM 16,80

Ufer zum Frieden. Ein Meditationsbuch mit Fotos von Conrad Contzen. 64 Seiten.

Großformat. DM 19,80 (3. Auflage)

Musik, die zum Himmel steigt.

Primitive religiöse Poesie. 112 Seiten. Broschiert. DM 12,80

Unser Land mit den Menschen, die wir lieben.

Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua.

64 Seiten. Großformat. DM 19,80

Jürgen Ostrowsky

Positionsgewinne der Frente POLISARIO

Um das militärische Fiasko seiner Truppen im Kampf gegen die Westsahara-Befreiungsfront POLISARIO plausibel machen zu können, sah sich Marokkos König Hassan II. zu einer gewagten Behauptung veranlaßt: „Söldnerbanden aus Algerien, Kuba und Vietnam“ stünden seinen Truppen gegenüber, ein Sahara-Problem selber gebe es überhaupt nicht. Auch nicht mit der POLISARIO sympathisierende Beobachter verweisen auf den Unsinn einer solchen Behauptung: In jenem Wüstengebiet, auf dem von der POLISARIO am 28. Februar 1976 als Antwort auf die Okkupation durch Marokko die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) proklamiert wurde, wären jedwede Ortsfremde – und seien es die legendären Guerillakämpfer, auf die Hassan II. sich bezog – denselben Problemen ausgeliefert wie die ebenfalls fremden Marokkaner selbst. Die aufsehenerregenden Erfolge der POLISARIO-Guerilleros, der Volksbefreiungsarmee der Sahara (ALPS), sind so jedenfalls nicht erklärbar.

Weder Staatsvolk noch funktionierende Selbstverwaltung?

Fünf Jahre nach Gründung der DARS stellt sich deren Lage auf den verschiedenen Ebenen durchweg günstig dar. Neben dem Kampf auf der militärischen sowie der diplomatischen Ebene spielt das Problem der Institutionalisierung und Konsolidierung der DARS die Hauptrolle.

In einer spitzfindigen Erörterung auf der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Juli 1980 in Freetown, der Hauptstadt Sierra Leones, hatte die marokkanische Delegation dem Antrag der DARS auf Aufnahme in die Organisation die Berechtigung bestritten mit dem Hinweis darauf, die DARS verfüge weder über ein Staatsvolk, noch über ein Territorium oder eine Staatsgewalt.

Die Einlassung verfehlte ihren Zweck. Eine Mehrheit der afrikanischen Regierungen schloß sich der Überlegung an, sowohl ein Volk, eben das der Sahraouis, als auch eine formale Regierung wie ein Territorium seien sehr wohl vorhanden. Gerade dieses Territorium aber sei von Marokko kolonial besetzt und unterdrückt und hierin liege der Kern des Problems, von dem Hassan II. mit seinen Darlegungen ablenken wolle.

In der Frage des Territoriums kann die DARS bzw. POLISARIO allerdings auch auf die Tatsache verweisen, daß große Teile der Westsahara von ihr befreit worden sind und ihrer Kontrolle unterstehen, wo sie den Widerstand der noch dort ansässigen Bevölkerung organisiert. Die Mehrheit der Sahraoui-Bevölkerung lebt freilich seit der Besetzung ihres Landes durch Marokko 1975 in mehreren Flüchtlingslagern in der Nähe der südwestalgerischen Stadt Tindouf, wenige Kilometer von der Grenze zur Westsahara entfernt.

Die ständige Versorgung dieser über 110.000 Menschen mit dem Nötigsten bereitet trotz umfangreicher Hilfe vor allem Algeriens und internationaler Hilfsorganisationen die größten Schwierigkeiten. Die Lösung des Problems wäre undenkbar ohne das Bestehen einer funktionierenden Selbstverwal-



tung. Gestützt auf die Erfahrungen der modernen revolutionären Befreiungsbewegungen entwickelte die POLISARIO ein volksdemokratisches System der Verwaltung von unten her. Die besondere Leistung besteht darin, daß ihr dies gelang mit einer Bevölkerung, die überwiegend auf der Stufe der Stammesgesellschaft und überdies nomadisierend gelebt hatte.

Die Flüchtlinge sind auf drei große Lagerbezirke verteilt, die sog. Wilayas, die entsprechend den drei einzigen größeren Ortschaften der Westsahara El Aïoun, Smara und Dakhla heißen. Unterhalb dieser Ebene bestehen sog. Dairas, ihrerseits nach den weiteren Orten im Heimatland benannt. Auf beiden Ebenen existieren jeweils Kinderkrippen, Schulen, Kleinkliniken sowie mehrere, von den Bewohnern gewählte Volkskomitees. Diese sind zuständig für die Bereiche Erziehung, Gesundheit, Ernährung, Rechtsprechung und Handwerk. Produziert wird innerhalb der Lager nur in geringem Umfang, Nahrungsmittel usw. kommen von außen. Sie werden nach möglichst egalitären Maßstäben zugeteilt und

sind kostenlos wie die Dienstleistungen: Erziehung usw. Folglich gibt es auch keine Marktbeziehungen; lediglich die Produkte des Kleinhandwerks werden unter Regie der zuständigen Komitees auf Tauschbasis vertrieben.

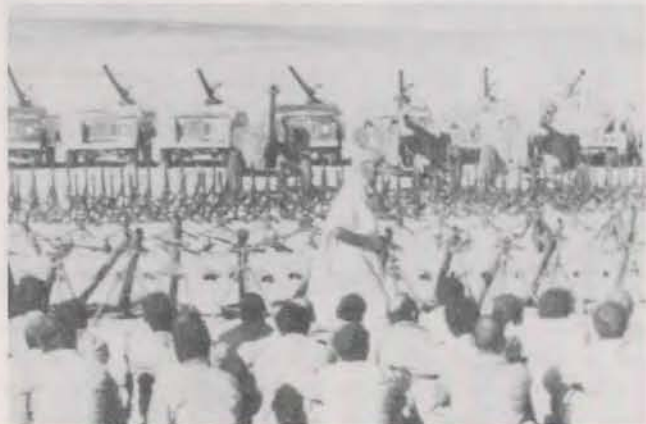
Beachtlich sind die Leistungen auf dem Gesundheits- und Erziehungssektor. So gering die Möglichkeiten an Ausstattung und ausgebildetem Personal sind, so ist es immerhin gelungen, gute hygienisch-sanitäre Verhältnisse und eine allgemein zugängliche Krankenversorgung zu schaffen. Von den ausgebildeten Ärzten sind eine Anzahl kubanische Freiwillige.

Drei große Schulzentren sind in den drei Wilayas im Ausbau, benannt nach historischen Daten des Befreiungskampfes. Allein die Schule des 9. Juni (nach dem Tag, an dem 1976 der erste Generalsekretär der POLISARIO, Moustapha Sayed El-Ouali, gefallen war) beherbergt seit Aufnahme des Unterrichts 1979 über 1.500 Schüler. Parallel zur Ausbildung der Kinder und Jugendlichen finden Alphabetisierungskurse für die Erwachsenen statt.

Daß diese Errungenschaften der Entwicklung der Volksmacht – die sich überdies in den regelmäßig stattfindenden Volkskongressen der gewählten Delegierten ausdrückt – einen entscheidenden Rückhalt für den Kampf darstellen, bestätigen auch die Erfahrungen der POLISARIO.

Den Widerstand zumindest in den okkupierten Städten der Westsahara zu brechen, ist seit 1975 das Ziel der marokkanischen Repressionspolitik. Eine Liste der Hilfsorganisation Roter Halbmond (das islamische „Gegenstück“ zum Roten Kreuz) der Sahara zählt rund 100 meist 1976 Verhaftete auf, über deren Verbleib nichts bekannt ist. Vor wenigen Wochen inhaftierten die marokkanischen Besatzer vor allem unter den Arbeitern der Phosphatminen von Bou Craa eine Anzahl Personen.

Das Schlüsselwort des Kampfes auf der diplomatischen Ebene lautet „Friedensdynamik“. Damit wird ausgedrückt, daß insbesondere seit dem Verzicht Mauretaniens auf das von ihm annektierte Gebietsstück der Westsahara (vgl. AIB 10/1979) die internationale Anerkennung der DARS bzw.



Von der POLISARIO erbeutete Waffen und marokkanische Kriegsgefangene

POLISARIO rasch zugenommen und den Druck auf Marokko verstärkt hat, eine Lösung unter Anerkennung der berechtigten Ansprüche des Volkes der Sahraoui zuzulassen. 1980 entwickelte sich dieser Prozeß weiter:

- Im arabischen Lager standen bis dahin nur Algerien und die Volksdemokratische Republik Jemen sowie Libyen auf der Seite der POLISARIO; inzwischen hat Syrien die Anerkennung vollzogen; die rückhaltlose Unterstützung Marokkos durch Saudi Arabien und Jordanien hat wegen der positiven Haltung Hassans II. zum Camp-David-Kuhhandel nachgelassen. Dafür allerdings offerierte Präsident Sadat von Ägypten dem Herrscher in Rabat Truppen (ebenso wie Anfang Januar d.J. auch dem expansionistischen Somalia).



- Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wurden Annäherungsversuche an die POLISARIO unternommen. Ende 1979 führte der EG-Kommissar Cheysson in Algier Gespräche mit POLISARIO-Vertretern; in den Niederlanden und Belgien sowie in Schweden und Finnland werden Überlegungen über völkerrechtliche Möglichkeiten einer Teilanerkennung der DARS angestellt. Selbst Frankreich hat seine offene Unterstützung Marokkos diplomatisch reduziert – mit Rücksicht auf sein Ansehen bei den afrikanischen Staaten.

- Die größten Fortschritte erzielte die POLISARIO innerhalb der OAU. Auf der Konferenz von Freetown stimmte eine Mehrheit von 26 Staaten für die Aufnahme der DARS als 51. Mitglied. Lediglich der Drohung Marokkos und seiner Verbündeten (Elfenbeinküste, Ägypten, Senegal, Tunesien, Sudan und Somalia) die Organisation zu verlassen verdankte Hassan II. einen Aufschub der endgültigen Entscheidung. Die Anerkennungswelle zugunsten der DARS vermochte auch dieses Manöver nicht zu stoppen. Im November 1980 waren es bereits 44 Staaten gewesen (siehe Kasten); nimmt man die sozialistischen Länder Europas und die Mongolei hinzu, die diesen Schritt bislang aus diplomatisch-taktischen

Stand der DARS-Anerkennung

Staaten, die bis November 1980 die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) diplomatisch anerkannt haben:

Afrika:

Äthiopien, Algerien, Angola, Benin, Botswana, Burundi, Ghana, Guinea-Bissau, Kapverden, Kongo, Lesotho, Libyen, Madagaskar, Mali, Mocambique, Ruanda, Sambia, Sao Tome – Principe, Seychellen, Sierra Leone, Swaziland, Tansania, Togo, Tschad, Uganda, Zimbabwe

Asien:

Iran, (Süd-)Jemen, Kampuchea, Laos, Nordkorea, Syrien, Vietnam

Lateinamerika:

Dominica, Grenada, Guyana, Jamaika, Kostarika, Kuba, Mexiko,

Nikaragua, Panama, St. Lucia
(Quelle: Sahara-Info, Informationsblatt der Gesellschaft der Freunde des sahraouischen Volkes, Nr. 1/ November 1980)

XXXV. UN-Vollversammlung

Westsahara-Resolution vom 11.11.1980

Die Vollversammlung, nachdem sie die Frage der Westsahara eingehend studiert hat, in Erinnerung an das unveräußerliche Recht der Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, gemäß den in der Charta der Vereinten Nationen und ihrer Resolution 1514 (XV) vom 14.12.1960 enthaltenen Prinzipien, die die Bewilligung der Unabhängigkeit für die kolonisierten Länder und Völker betreffen, in Erinnerung an ihre die Frage der Westsahara betreffende Resolution 34/37 vom 21.11.1979, nach Untersuchung des betreffenden Kapitels des Berichts des Sonderkomitees, das beauftragt war, die Situation unter dem Aspekt der Anwendung der Erklärung über die Bewilligung der Unabhängigkeit für die kolonisierten Länder und Völker zu studieren, nach Anhörung der die Frage der Westsahara betreffenden Erklärungen, insbesondere die des Vertreters des Frente Popular Para La Liberación de Saguia El Hamra Y de Rio de Oro (F. POLISARIO), im Bewußtsein der tiefen Sorge der Vereinten Nationen, der Organisation für Afrikanische Einheit und der nichtpaktgebundenen Staaten für die Entkolonisierung der Westsahara, ebenfalls im Bewußtsein der großen Besorgnis der Organisation der Vereinten Nationen, der Organisation für Afrikanische Einheit und der nichtpaktgebundenen Staaten angesichts der Verschärfung der Lage in der Westsahara wegen der fortdauernden Besetzung dieses Territoriums durch Marokko durch Inkennntnisnahme der die Frage der Westsahara betreffenden Entscheidung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU auf ihrer 17. ordentlichen Sitzung vom 1.-4. Juli 1980 in Freetown, in Erinnerung an ihre Resolution 34/21 vom 9.11.1979, die Zusammenarbeit zwischen der UNO und der OAU betreffend, 1. betont erneut das unveräußerliche Recht des sahrauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, gemäß der Charta der Vereinten Nationen, der Charta der OAU und gemäß den Zielen der Resolution 1514 (15) der Vollversammlung, sowie die Legitimität des von ihr geführten Kampfes für die Ausübung dieses Rechts, wie vorgesehen von den entsprechenden Resolutionen der UNO und der OAU; 2. bedauert zutiefst, daß ihre Resolution 34/37 vom 21.11.1979, die die Wege und Mittel zu einer gerechten und endgültigen politischen Lösung der Westsaharafrage enthält, nicht angewendet werden konnte;

3. erklärt erneut ihre Besorgnis angesichts der Verschärfung der Situation bedingt durch die fortdauernde Besetzung der Westsahara durch Marokko und durch die Ausdehnung dieser Besetzung auf den Teil der Westsahara, der Gegenstand eines Friedensabkommens am 5.8.1979 zwischen Mauretanien und der Frente POLISARIO gewesen ist; 4. betont erneut, daß die Lösung der Westsaharafrage in der Ausübung seiner unveräußerlichen Rechte, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, durch das Volk dieses Territoriums besteht; 5. nimmt zur Kenntnis die Entscheidung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU während ihrer 17. ordentlichen Sitzung, vom 1.-4.7.1980 zur Frage der Westsahara; 6. nimmt ebenfalls zur Kenntnis die Schlußfolgerungen der 5. Sitzung des ad-hoc-Ausschusses der OAU in Freetown vom 9.-11.9.1980; 7. begrüßt die von der OAU und ihrem ad-hoc-Ausschuß gemachten Anstrengungen sowie die Bereitschaft der Beteiligten und Interessierten, eine gerechte und endgültige Lösung der Westsaharafrage zu fördern; 8. lädt deshalb die UNO ein, eng mit der OAU zusammenzuarbeiten, um dem sahrauischen Volk zu erlauben, sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auszuüben entsprechend den Resolutionen der UNO und der OAU; 9. wiederholt den in seiner Resolution 34/37 enthaltenen Aufruf mit dem sie dringend Marokko ersucht, an der Friedensdynamik teilzunehmen und der Besetzung des Territoriums der Westsahara ein Ende zu machen; 10. bittet daher dringend Marokko und die Frente POLISARIO die Vertreterin des Volkes der Westsahara, in direkte Verhandlungen einzutreten, um zu einer endgültigen Regelung der Westsaharafrage zu gelangen; 11. bittet den mit der Untersuchung der Situation betreffs der Anwendung der Erklärung über die Bewilligung der Unabhängigkeit für die kolonisierten Länder und Völker beauftragten Sonderausschuß als eine vordringliche Frage weiterhin die Situation in der Westsahara zu untersuchen und diesbezüglich der Vollversammlung während ihrer XXXVI. Sitzung zu berichten; 12. bittet den Generalsekretär der OAU darum, den Generalsekretär der UNO zu informieren über die Fortschritte in der Anwendung der Entscheidungen der OAU, was die Westsahara betrifft; 13. lädt den Generalsekretär ein, die Situation in der Westsahara genau zu verfolgen, mit dem Ziel der Anwendung dieser Resolution und der Vollversammlung während ihrer XXXVI. Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

(Quelle: Material der Informationsstelle Freie Sahara, Bonn, Dezember 1980)

Gründen unterließen, so hat 1/3 der UNO-Mitglieder die DARS völkerrechtlich akzeptiert. Die POLISARIO verfüge über „die Trümpfe der arabischen Länder, der afrikanischen Länder und der sozialistischen Länder“, erklärte ein POLISARIO-Sprecher im Herbst 1979. „Unsere gesamte Strategie wird es jetzt sein, diese Trümpfe voll auszunutzen.“¹

Mit Erfolg. Neben weiteren internationalen Gremien – so die Interparlamentarische Union (Berlin/DDR im September) und im gleichen Monat in Sofia der Weltfriedensrat – forderte am 11. November 1980 die UN-Vollversammlung die Anerkennung der Rechte des Sahraoui-Volkes sowie die Aufnahme „direkter Verhandlungen“ Marokkos mit der POLISARIO (siehe Resolutionstext). Damit entsprach die UNO exakt der von der POLISARIO gestellten Forderung nach bilateralen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien (die BRD enthielt sich übrigens „neutral“ der Stimme).

Hassans II. neuestes Manöver, um dieser Forderung zu begegnen, besteht darin, eine Referendums-Lösung zu propagieren – als gäbe es nicht das demonstrative „Referendum“ der Flucht der Bevölkerungsmehrheit und des aktiven Widerstandes.

Die Absicht ist klar: Marokko sucht auf diese Weise Zeit zu gewinnen für Manöver, um ein solches eventuelles Referendum günstiger ausfallen zu lassen und zudem eine Aosario genannte Marionettenorganisation ins Spiel zu bringen. Die Parallele zur Politik Südafrikas in Namibia ist unübersehbar. In diesem Zusammenhang ist die Haltung der Carter-Administration aufschlußreich. Im Herbst 1979 genehmigte J. Carter erneut Lieferungen modernster Waffen an Marokko. Die dafür gegebene Begründung: Marokko solle durch die Erfahrung, daß es auch mit weiteren Waffen diesen Krieg nicht gewinnen könne – wie Studien des CIA und anderer Geheimdienste prognostizierten – zu der Einsicht gelangen, eine Verhandlungslösung sei vorzuziehen.

Die Abenteurlichkeit dieses hinterstinnigen Kalküls brachte Andrew Young, der frühere US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, bei einem Besuch in offizieller Mission in Algier und Tindouf zum Ausdruck. A. Young, selbst Gegner von Waffenlieferungen an Marokko, faßte seine Eindrücke so zusammen: Obwohl er versucht habe, den Standpunkt des US-Außenministeriums darzulegen, „kann ich nicht sehr überzeugend gewesen sein, weil ich selbst nicht von ihm überzeugt bin“.²

Mohammad Abdel-Aziz

Wir Sahraouis sind entschlossen...



(...) FRAGE: Was halten Sie von dem Vorhaben des marokkanischen Königs, das Jahr 1980 zum Jahr des Friedens zu machen?

M. ABDEL-AZIZ: Der König von Marokko weist den Frieden zurück. Das Jahr 1980 ist nicht das Jahr des Friedens, sondern vielmehr das Jahr von Ouarkziz, Akka, Ras-El-Khanfra und anderen Operationen, in deren Verlauf Hassan II. Tausende marokkanischer Soldaten in einen grausamen und unnützen Tod geschickt hat, in einem verlorenen Aggressionskrieg. Der König von Marokko wollte seine Armee und sein Volk täuschen, die ungeduldig werden und sich weigern in diesem Krieg zu sterben, dessen sämtliche Lasten und Opfer sie auf sich nehmen. (...)

Wer verhindert es, die von der Vollversammlung der UNO verlangten Verhandlungen aufzunehmen? Es ist offenbar, daß dieser Frieden, von dem er sprach, nichts als ein Manöver ist, das darauf abzielt, den Entscheidungen der internationalen Instanzen Hindernisse in den Weg zu legen ebenso wie den Bestrebungen des Volkes und der Armee Marokkos, die heute wünschen, von der Friedensdynamik zu profitieren, die durch die Einigung zwischen Mauretanien und der Sahara in Gang gesetzt wurde. (...)

Zu Verhandlungen mit Marokko bereit

FRAGE: Besitzt die POLISARIO heute eine eigene Strategie für die Perspektive eventueller Verhandlungen mit Marokko? Mir anderen Worten, gibt es eine Lösungsmöglichkeit, die „den König rettet“?

M. ABDEL-AZIZ: Wir sind bereit mit Marokko zu verhandeln, um eine friedliche Lösung für den Konflikt zwischen den beiden Ländern zu finden. Wir sind auch bereit mit Marokko zu verhandeln, damit die beiden Völker, das marokkanische und das sahraouische, ihre Anstrengungen auf den nationalen Aufbau ihrer beiden Länder und nicht auf den Krieg richten.

Unser grundlegendes Ziel bleibt es, die Souveränität unseres Volkes und die territoriale Integrität der DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara; d. Red.) zu verteidigen. Und wenn wir es aufgrund der Starrsinnigkeit des Königs von Marokko nicht auf dem Verhandlungswege schaffen, werden wir es mit anderen Mitteln erzwingen.

Was den zweiten Teil Ihrer Frage betrifft, erinnere ich daran, daß unser Kampf ein nationaler Befreiungskampf ist, den wir vor sieben Jahren gegen die spanischen Kolonialisten begonnen haben. Er hat die Befreiung unseres Landes zum Ziel. Er ist weder dazu da Regimes zu stürzen noch sie zu retten...

Daß das Regime Ould Daddah (von Mauretanien; d. Red.) stürzte, lag daran, daß es sich gegen die Interessen des mauretanischen Volkes und die berechtigten Bestrebungen des sahraouischen Volkes stellte, das sich verteidigen mußte. Und wenn der König von Marokko selbst — nach zwei

Staatsstreichversuchen 1971 und 1972 — seine Armee abschoben wollte, indem er sie in einen Aggressionskrieg gegen unser Land warf, um seinen Thron zu retten, der von innen her bedroht ist, dann ist unser Volk, das sich legitimerweise verteidigt, in keiner Weise für die Situation verantwortlich, in der sich eben dieser König heute befindet.

D.h. es gibt tatsächlich eine Beilegungsmöglichkeit. Das ist die Rückkehr zur Legalität wie sie von den internationalen Gremien definiert worden ist. Und diesbezüglich erinnere ich daran, daß der Weg vorgeschrieben ist, daß er von Marokko verlangt, sich aus unserem Land zurückzuziehen, und daß er von der Frente POLISARIO und von Marokko verlangt in Friedensverhandlungen einzutreten.

FRAGE: Was bedeutet für Sie die Ankündigung der Europareise Hassans II.?

M. ABDEL-AZIZ: Was auch immer der gewählte Vorwand sein mag, Hassan II. wird nicht durch Auslandsreisen die Mittel finden, sein Land aus einer verheerenden militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage herauszuführen. Was Marokko heute nötig hat, sind nicht Waffen oder Finanzmittel für einen verlorenen Krieg. Es ist vielmehr der Frieden. Denn, wie sie wissen, ist Marokko erschöpft.

Wegen des Krieges sind alle bedeutenderen Entwicklungsprojekte aufgegeben worden. Seine Auslandsverschuldung hört nicht auf zu steigen. Zahlreiche staatliche Gesellschaften und Unternehmungen stehen vor dem Konkurs. Die Arbeitslosigkeit steht an ihrem Höhepunkt. Der Staat vermag nicht einmal mehr seine Angestellten zu bezahlen. Das gesamte wirtschaftliche Potential ist durch die Kriegspolitik zerstört.

So wie die Lage in Marokko ist, kann es nicht vor dem Zusammenbruch bewahrt werden außer durch die Beendigung dieses Krieges. Wozu können die Waffenspritzen und die Gelder, die König Hassan II. in seinen Koffern zurückbringt, dienen, wenn es zu nichts anderem ist als die Leiden des marokkanischen Volkes und der Armee noch mehr zu verlängern? (...)

Jedwede militärische oder sonstige Hilfe für Marokko kann nichts als den Konflikt verschärfen und unvorhersehbare Konsequenzen für den Frieden und die Sicherheit in dieser Region der Welt haben. Denn der Konflikt zwischen der DARS und dem Königreich Marokko spielt sich in der sehr sensiblen Region ab, welche diese Zone zwischen Mittelmeer und Atlantik darstellt. Aus diesem Grunde stellen der Rückzug der marokkanischen Streitkräfte aus unserem Land und das Ende des Krieges eine zwingende Notwendigkeit für alle dar.

FRAGE: Was bringt 1981 für die POLISARIO?

M. ABDEL-AZIZ: Unser Volk, seine Regierung und seine Armee gehen in das neue Jahr mit noch mehr Entschlossenheit den Kampf bis zum endgültigen Sieg zu führen, für die Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit und für den Frieden.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 229/ 22.12.1980, S. 11-12)

Eric Rouleau Die islamische Revolution – ein Weg voller Fallen (2. Teil)



Demonstration vor der am 4. November 1979 besetzten US-Botschaft in Teheran

Nach der Erhebung gegen das Schah-Regime und der Errichtung der islamischen Republik unter der Ägide einer Provisorischen Regierung eröffnete die Abdankung Bazargans die dritte Phase der Revolution, die Imam Khomeini am Morgen nach der Geiselnahme (also am 5. November 1979; d. Red.) als die „zweite Revolution“ qualifizierte. Der Patriarch von Qom nahm offensichtlich an, daß sein treuer Premierminister seine Nützlichkeit verloren hatte: die Armee war führungslos, da von den islamischen Komitees gesäubert worden, und sie stellte keine Gefahr mehr für die Republik dar; die Großbourgeoisie, die die wirtschaftliche Macht in ihren Händen hielt, war durch verschiedene Maßnahmen von ihrem Platz vertrieben worden, unter anderem durch die massiven Nationalisierungen. Blieben nur noch die Vertreter der Mittelschichten (und die Mittel- und Kleinbourgeoisie; d. Red.) zu neutralisieren, die gemäßigten Nationalisten, die man in den Volksgerichten als „verwestlichte Liberale“ bezeichnete, die bereit seien, „mit dem Imperialismus zusammenzugehen“.

Die Aufgabe, diesen neuen Feind zu vertreiben, wurde den islamischen Studenten anvertraut. Sie waren doppelt populär im Land: Sie hatten die Macht Amerika herausgefordert – eine Rolle, die durch die Darstellung in den Massenmedien und durch die Bedeutung, die ihnen die Regierung der USA zumaß, verstärkt wurde – und sie stellten sich

überdies als das Gewissen und das Instrument der revolutionären Bewegung dar. Sie waren schon damals in der Lage, unter der diskreten Aufsicht Imam Khomeinis, die Ausschaltung eines Gegners der islamischen Herrschaft nach dem anderen zu betreiben.

Dank der mehr oder weniger wichtigen Dokumente, die dadurch beeindruckten, daß sie aus den Geheimarchiven der amerikanischen Botschaft in Teheran stammten, gelang es den islamischen Studenten, etliche Politiker und Parteien, die im Kontext der iranischen Revolution als prowestlich eingestuft wurden, zu diskreditieren.

Botschaftsbesetzung – „zweite Revolution“

Amir Entezam, nacheinander Vizepremier und Botschafter in Stockholm unter der Regierung Bazargan, wurde als „Agent der CIA“ festgenommen. Hassan Nazih, früherer Direktor der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft (NIOC) und Rahmatollah Mognadam-Maraghi, Chef der kleinen Radikalen Partei, die den Aufstand von Täbris, der Hauptstadt Aserbeidschans, im Dezember 1979 unterstützt, wenn nicht sogar angestiftet hatten, wurden des gleichen Vergehens angeklagt und flüchteten ins Ausland.

Der Ayatollah Chariat-Madari, ein rechter Liberaler, in dessen Namen der Aufstand von Aserbeidschan ausbrach, war

mit dem Auftauchen „kompromittierender Dokumente“ zum Schweigen gebracht worden. Die Republikanische Partei des Moslemischen Volkes, geführt von seinem Sohn, mußte sich nach der Exekution bzw. Festnahme Dutzender ihrer Mitglieder auflösen.

Mehrere gewählte Abgeordnete mußten ihre Parlamentsmandate abgeben, nachdem in der amerikanischen Botschaft Dokumente gefunden worden waren, die erlaubten, sie „geheimer Verbindungen zum Feind“ zu beschuldigen. Männer wie Khosrow Qachgai, Oberhaupt des mächtigen Stammes gleichen Namens, und der Admiral Madani, ein Gemäßigter, der bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 1980 mehr als 2 Mio Stimmen erhalten hatte, wurden auf diese Weise von der politischen Bühne entfernt.

Die Liste der Opfer der islamischen Studenten zeugt von ihrer grundlegenden Bedeutung innerhalb der „zweiten Revolution“ und folglich vom verfrühten Charakter der Anstrengungen, die sowohl Präsident Carter als auch Präsident Bani-Sadr unternahmen, um der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran ein Ende zu bereiten.

Innenpolitisch wird die Geisellaffäre (Besetzung der US-Botschaft vom 4.11.1979; d. Red.) bald zur Haupttrennungslinie zwischen Linken und Rechten: Alle diejenigen, die die islamischen Studenten unterstützten, waren auf der richtigen Seite, d.h. der des Antiimperialismus und der Revolution, alle anderen waren auf der falschen Seite und konnten als prowestliche Konterrevolutionäre abgestempelt werden. Es gab von da an nur wenige, die es wagten, sich öffentlich gegen die Botschaftsbesetzung auszusprechen. (...)

Die gemäßigten Parteien und Persönlichkeiten haben größtenteils Schweigen bewahrt oder haben eine so zweideutige Haltung eingenommen, daß man sie nicht anklagen konnte, die USA zu verteidigen. Nur M. Bani-Sadr hatte den Mut – oder beging die Unvorsichtigkeit – seit dem 6. November 1979 zu erklären und es bei jeder Gelegenheit zu wiederholen, daß er aus Gründen der islamischen Moral und um der Interessen der Revolution Willen die Geiselnahme nicht billige.

Präsident Bani-Sadres Versöhnertum...

Paradoxerweise hat M. Bani-Sadr einen Weg eingeschlagen, der sehr dem Weg ähnelt, auf dem M. Bazargan gescheitert ist, jener Bazargan, den er heftig bekämpfte, als dieser Vorsitzender der Provisorischen Regierung war. Er hat so seinen Gegnern eine Angriffsfläche geboten, insbesondere der Islamischen Republikanischen Partei, mit Ayatollah Beheshti an der Spitze, die ihn sehr schnell in das unehrenhafte Lager der „Liberalen“ eingeordnet haben.

Sie warfen ihm selbstverständlich seine versöhnlerische Haltung gegenüber den USA vor, aber auch seine „Illusionen“ über die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Iran auf der einen und (West-)Europa und Japan auf der anderen Seite. Selbst die Beharrlichkeit, mit der er die sowjetische Intervention in Afghanistan verurteilte, wurde als verdächtig angesehen, obwohl sie eigentlich dem Dogma des militanten Klerus „weder Ost noch West“ entsprach. Versuchte er nicht auf diese Weise nur, eine unumgängliche Normalisierung mit dem Westen zu rechtfertigen, um besser die Bedrohung aus dem Osten beschwören zu können?

In der Innenpolitik erwies sich M. Bani-Sadr ebenso wie M. Bazargan als ein Mann der Ordnung. Am Tage nach seiner Wahl zum Präsidenten, am 25. Januar 1980, kündigte er an, daß er die islamischen Komitees und die „Wächter der Revolution“ (die Milizen der Republik) auflösen würde, sobald er die Streitkräfte, die Gendarmerie und die Polizei reorganisiert habe.

Zwei Wochen später ließ er M. Minachi, den Minister für

nationale Angelegenheiten, frei, der auf Antrag der islamischen Studenten als „Agent des CIA“ festgenommen worden war. In der folgenden Zeit versuchte er wiederholt, aber erfolglos, gemäßigte Persönlichkeiten wie den Admiral Ahmad Madani (Bani-Sadres Präsidentschaftskonkurrent, der über 14% der Stimmen bei der Januarwahl 1980 erreichte; d. Red.) und den Chef der quachgaischen Stämme, M. Khosrow Quachgai, zu beschützen. M. Bani-Sadr, ein prinzipieller Gegner der Gewalt, erklärte am vergangenen 27. Juli (1980; d. Red.): „Denunziationen, Verleumdungen, Folter, Gewalttätigkeiten, Massaker, Gefängnisse sind nur Ausdruck einer stalinistischen Gesellschaft.“

Als gläubiger Moslem, der aber – wie M. Bazargan auch – durch die französische Kultur geprägt ist, hat M. Bani-Sadr ein lockeres Verhältnis zum schiitischen Klerus. In der Versammlung der Experten hat er Freunde und Feinde überrascht, als er sich heftig gegen die ausgedehnten Machtbefugnisse, die man dem Faguih (religiöser Schirmherr des Staates, der Imam Khomeini) gewähren wollte, aussprach. Trotz seiner Dementis wurde er später angeklagt, sich bei der Abstimmung über den Verfassungsartikel, der die – im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf schon eingeschränkten – Kompetenzen des Faguih festlegte, enthalten zu haben.

...und Machtkampf gegen die Partei Beheschtis

Wie dem auch gewesen sein mag, M. Bani-Sadr hat sich klar für eine Gewaltenteilung ausgesprochen, für die Nichteinmischung des Klerus in Staatsangelegenheiten. Er ging so weit, über die „Richelieus und Mazarins, die die politische Szene im Iran bevölkern“, zu spotten.

Am Tage nach seiner Wahl ins Präsidentenamt der Republik erklärte er uns, daß er „seinen Sieg dem Volke verdanke“, bevor er hinzufügte, daß er „dem niederen Klerus für seine Unterstützung“ danke. Der hohe Klerus ist für ihn der, der die Islamische Republikanische Partei (IRP) des Ayatollah Beheshti unterstützt, welchen er seit seinem Aufstieg ins höchste Staatsamt für politisch „tot“ erklärte.

M. Bani-Sadres Optimismus war zu dieser Zeit nicht unbegründet. Ayatollah Beheshti hatte drei Rückschläge von Gewicht erlitten: Er wollte zu den Präsidentschaftswahlen kandidieren, aber Imam Khomeini hatte entschieden, daß kein religiöser Führer sich für dieses Amt bewerben dürfe. Dann förderte er die Kandidatur von Jaleddin Farsi, doch dieser wurde wegen seiner afghanischen Herkunft nicht zugelassen. Schließlich unterstützte er den Kandidaten Hassan Habibi, der nur 10% der Stimmen gegenüber 70% für M. Bani-Sadr erhielt.

Letzterer glaubte letzten Januar (1980; d. Red.) also, endgültig die Partie gewonnen zu haben. Er ersuchte Imam Khomeini um die Erlaubnis, eine zweite Provisorische Re-



Gegenspieler Staatspräsident Bani-Sadr (l.) und IRP-Vertreter Ministerpräsident Rajai



Islamische Revolutionsmiliz Pasdaran in der Ausbildung

gierung zu bilden, die dann bis zur Wahl des Parlaments in Funktion bleiben sollte. Eine solche Maßnahme hätte es ihm ermöglicht, den Revolutionsrat – der mehrheitlich aus Freunden Beheschtis bestand – von den Hebeln der Regierungsgewalt fernzuhalten und die politischen und ökonomischen Reformen seiner Wahl durchzuführen. Aber Imam Khomeini weigerte sich seinem Antrag zu entsprechen, und M. Bani-Sadr mußte sich mit dem mageren „Privileg“ zufriedengeben, die Sitzungen des Revolutionsrates, der von seinem Hauptfeind Beheshti beherrscht wurde, leiten zu dürfen.

Der Führer der IRP nützte dies aus, um so oft wie möglich Initiativen des Präsidenten zum Scheitern zu bringen und die Grundlagen für seine eigene Macht zu schaffen. Er ließ seiner Partei die Mehrheit der Parlamentssitze zukommen (im März 1980) und ließ sich zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes ernennen. Nachdem er Rechtsprechung und Gesetzgebung unter seine Kontrolle gebracht hatte, strebte er danach die Exekutive zu erobern, indem er forderte, daß der Kandidat für den Sitz des Präsidenten des Revolutionsrates die Bürgerschaft seiner Partei benötige, was dazu geführt hätte, den Präsidenten der Republik auf eine bloße Repräsentationsfigur zu reduzieren.

Präsident M. Bani-Sadr leistete beharrlich Widerstand. Er focht die Ergebnisse der Parlamentswahlen (vom März und Mai 1980, bei denen die IRP über 50% der Sitze errang, etwa das Dreifache der Gruppe um Bani-Sadr; d. Red.) an, aber Imam Khomeini beurteilte sie als „gerecht“. Er widersetzte sich neuen, von der IRP geforderten Säuberungen in der Verwaltung und den verschiedenen Teilen der Ordnungskräfte, aber der Appell des Imam Khomeini für eine „Kulturrevolution“, die den Staat von „Konterrevolutionären und verwestlichten Liberalen“ befreien sollte, zwang ihn zum Einlenken.

Auf jeden Fall war die Radikalisierung der Islamischen Republik unabwendbar geworden nach der amerikanischen Expedition von Tabas am vergangenen 25. April (1980; d. Red.), da sie die Passivität und – so behauptet man – Komplizenschaft eines Teils der Streitkräfte deutlich gemacht hatte. Während der sechs auf die Operation von Tabas folgenden Wochen wurden sieben verschiedene Komplotte aufgedeckt, mehrere hundert Offiziere verhaftet und zig hingerichtet.

Die Bedrohungen, die über der Islamischen Republik in diesem Herbst (1980; d. Red.) schwebten, waren ebensowenig imaginär wie die allgemeine Verschlechterung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation.

Als Journalist hörte man bei zufälligen Begegnungen nur Klagen, die von Bürgern aller Kategorien vorgebracht wurden, von den wohlhabenden wie den armen, der Stadt- wie der Landbevölkerung. Die neue Agrarreform, die im vorigen Winter (1979; d. Red.) erlassen worden war, war in vielen

Gegenden des Landes noch immer nicht verwirklicht worden. Die Investitionen des Staates sind im Vergleich zum Jahr vor der Revolution in der Landwirtschaft um 20% und in der Industrie um 50% zurückgegangen. Der Zufuhr von Kapital, von Ersatzteilen (Folge des westlichen Embargos) und von ausgebildeten Fachkräften beraubt, sind die Industriebetriebe des staatlichen Sektors im Durchschnitt nur zu weniger als der Hälfte ihrer Kapazität ausgelastet und die meisten haben erhebliche Defizite zu verbuchen.

Die genaue Zahl der Arbeitslosen, die je nach Quelle auf 2 bis 4 Mio bei einer aktiven Bevölkerung von 11,5 Mio geschätzt wird, kennt man nicht. Der Staat zahlt eine dürftige Unterhaltsbeihilfe an 800.000 von ihnen, die anderen schlagen sich irgendwie durch oder leben von der Unterstützung ihrer Verwandten. Die Inflationsrate, offiziell auf 25-30% geschätzt, hätte somit die Höhe überschritten, die seinerzeit den Mittelstand gegen den Schah aufgebracht hatte: mehr als 50% für den „Warenkorb“ der „bürgerlichen“ Hausfrau. Die Mieten, die nach dem Sturz des Schah erheblich gesunken waren, sind heute in Teheran fast so hoch wie 1977/78. Einige Lebensmittel – frisches Gemüse, Mehl, Fleisch, Obst – sind erheblich im Preis gestiegen.

Der Mittelstand leidet aufgrund seiner Konsumgewohnheiten mehr als andere unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten. Die Angestellten wie die Staatsbeamten (1,4 Mio, einschließlich der Angehörigen der Streitkräfte) haben erlebt, wie ihre Kaufkraft nicht nur durch die Inflation sondern auch dadurch erheblich angegriffen wird, daß die oberen Gehälter um die Hälfte gekürzt wurden, daß die Überstunden abgeschafft wurden ebenso wie diverse Privilegien in Naturalien – alles Maßnahmen, die aus Gründen der Gerechtigkeit und der Sparsamkeit getroffen wurden.

Der Staatshaushalt ist in der Tat seit der Einschränkung des Ölexports defizitär. Die Einnahmen der Regierung, die dieses Jahr offiziell auf 21 Mrd Dollar geschätzt wurden, reichen noch nicht einmal aus, um die Beamten zu entlohnen. Weil der Staat nicht mehr Erdölprodukte verkaufen konnte, mußte er oft zu Anleihen greifen, oder seine Reserven angegreifen, die sich auf ungefähr 7 Mrd Dollar reduziert haben, seitdem die amerikanischen Banken die iranischen Guthaben eingefroren haben (ungefähr 8 Mrd Dollar).

Die wirtschaftliche Situation hatte sich nach dem Sturz der Regierung Bazargan also deutlich verschlechtert, trotz der sogleich vom Imam Khomeini an die Regierung erteilte Auflage, „den Wohlstand der Mostazefin (Armen) sicherzustellen“. Der Imam hatte geglaubt richtig zu handeln, indem er keine neue Regierung ernannte, um so dem Revolutionsrat und den hohen Würdenträgern des Klerus, die sein Vertrauen genossen, freie Hand zu lassen.

Mostazefin stehen zur islamischen Bewegung

Es wurden also überall Mullahs ernannt, in den Streitkräften, in der Polizei, in der Verwaltung, in den großen Industriebetrieben und in fast allen Ministerien, um die weltlichen Verantwortlichen zu überwachen. Dadurch wuchs die Anarchie und, wie es uns eine hochgestellte Persönlichkeit versicherte, niemand „gehorchte niemandem mehr“.

Die Staatsverwaltung war praktisch gelähmt durch die gewollte oder ungewollte Trägheit der Beamten, von denen viele zweifellos das Regime zu untergraben suchten. Die Streiks in den Industriebetrieben und im öffentlichen Dienst häuften sich. Die Wasser- und Stromsperrern verstimmten täglich die Einwohner Teherans und anderer Städte.

Die Pasdaran (islamische Milizen), die verschiedenen Entscheidungsinstanzen unterstellt waren, handelten meist auf eigene Faust. Einige Armeeeinheiten weigerten sich, gegen die aufständischen Kurden zu kämpfen. Während des

Sommers (1980; d. Red.) befand sich der Staat in einem fortgeschrittenen Stadium der Auflösung, während man eine Reihe von militärischen Komplotten mit Verbindungen zu politischen Kreisen aufdeckte. Das Schwerwiegendste ist, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung sich gegen den gesamten Klerus zu wenden drohte, den sie als den Verantwortlichen für die Verschlechterung der Situation ansah.

Von daher versteht man die Erklärungen des Imam Khomeini besser, der am 21. Juli 1980 sagte: „Keiner der jetzigen Minister ist revolutionär (...) und wenn die nächste Regierung der jetzigen ähnelt, dann können wir um unsere Republik trauern, denn wir werden besiegt sein.“ Man versteht auch die Bedeutung der massiven Säuberungen, der Verhaftungen, der kollektiven Hinrichtungen, der Angriffe auf Räumlichkeiten von linken wie rechten politischen Parteien, gegen jene, die aus dem Zusammenbruch der Republik hätten Nutzen ziehen können.

Die gemäßigten Nationalisten, Hauptzielscheibe der im Juli ausgelösten „Kulturrevolution“, wurden als die Gefährlichsten angesehen. In der Tat erstreckt sich ihr Einflußbereich auf die wirtschaftlichen Zentren, auf die staatliche Verwal-



Ayatollah Beheshti, Führer der IRP

tung, auf die Armee, auf die Universitäten, deren Führungskräfte, die traditionell aus dem Mittelstand stammen, „westlich“ sind und der klerikalen Herrschaft und sozial-ökonomischen Umwälzungen feindlich gegenüberstehen.

Dieser Einfluß, der im Land selbst diffus ist, wird polarisiert durch oppositionelle Gruppen in der Emigration, von denen einige im Irak Zuflucht gefunden haben. Die zwei täglichen Radiosendungen, von denen die eine im Namen des Generals Oveissi, die andere im Namen von Shapour Bakhtiar von einem „geheimen“ Sender auf irakischem Territorium ausgestrahlt werden, werden von der Bevölkerung viel gehört. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß diese beiden Persönlichkeiten u.a. regelmäßige Verbindungen unterhalten zu Volksstämmen, zu zivilen und militärischen Gruppierungen im Iran, die unter Bedingungen, die für sie noch günstiger wären, den Sturz des Regimes herbeiführen könnten.

Dies trifft nicht auf die Linke zu (um die Volksmojahedin, Volksfedayin und die Tudeh-Partei; d. Red.) zumindest nicht in nächster Zukunft, trotz der bemerkenswerten Fortschritte, die sie in den letzten Monaten verzeichnen konnte. Im Gegensatz zur Rechten ist ihre soziale Basis relativ eingeschränkt. Die islamische Bewegung, verkörpert durch den Imam Khomeini, hat – bis das Gegenteil bewiesen ist – die Unterstützung der unteren Klassen nicht verloren, trotz der Enttäuschungen und Frustrationen, die sie seit der Errichtung der Republik angehäuft haben.

Die Arbeiter haben nicht vergessen, daß die Löhne sich seit der Revolution verdoppelt haben. Die Bauern erhalten großzügige Subventionen – durchschnittlich 50% höher als die,

die sie unter dem Schah erhielten, – und diejenigen, die kein Land besitzen, haben die Hoffnung aus späteren Agrarreformen Vorteile zu ziehen noch nicht aufgegeben. Weil die Regenfälle im letzten Winter und Frühjahr sehr reichlich waren, rechnet man mit 20-30% höheren Ernteerträgen in diesem Jahr. Vor allem aber haben die Mostazefin das Gefühl in „ihrer“ Republik zu leben und vom Imam Khomeini verteidigt zu werden. (...)

Der Imam Khomeini will zweifellos von keiner nichtislamischen Kraft abhängig sein, schon gar nicht von einer marxistisch orientierten. Sein Verhalten seit den Anfängen seines politischen Kampfes zeigt, daß er das Herrschaftsmonopol nur „authentischen Moslems“ vorbehalten will. Es bleibt zu fragen, ob er fähig ist dieses Ziel zu erreichen.

Die Islamische Republikanische Partei, auf die er sich anscheinend stützen will, ist keine strukturierte Massenpartei, sondern eher eine Sammlungsbewegung von geistlichen wie weltlichen Persönlichkeiten, von unterschiedlichen, wenn nicht sogar gegensätzlichen Gruppen und Strömungen. Die Bewegung des Ayatollah Beheshti (die IRP; d. Red.) hat es infolgedessen nicht vermocht, sich ein politisches, wirtschaftliches und soziales Programm zu geben, was für eine Regierungspartei unabdingbar ist. Vor allem kann sie nicht auf die Unterstützung einer ausreichenden Zahl von Kadern zählen um den Staat zu verwalten.

Die iranische Intelligenz, die dem islamischen Regime von Anfang an skeptisch oder feindlich gesonnen war, ist gespalten in eine liberale Rechte und eine marxistische oder nicht-marxistische Linke.

Sieht man von einer spektakulären Wende ab, so wird der Imam keine dieser Tendenzen an der Macht beteiligen. Der Weg, den er gewählt hat, wird zweifellos sehr lang und schwer zu bewältigen sein. (...)

Schluß

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 319/ Oktober 1980, S. 1-5)

Ein regelmäßiger Informationsdienst über politische, gewerkschaftliche und soziale Entwicklungen in der Türkei ; **BULLETIN**

erscheint monatlich in Türkischer, deutscher, englischer, französischer und flämischer Sprache

INFO-TÜRK AGENTUR

Postfach 10 06 30

D- 422 Dinslaken

Hiermit bestelle(n) ich/wir das Info-Türk Bulletin für ein Jahr zum Preis von 45,-DM

Deutsch 0 Englisch 0
Französisch 0 Türkisch 0

Name

Adresse

Das Abo verlängert sich, wenn es nicht vor Ablauf des Jahres gekündigt wird.

Konrad Ege

CIA-„Rebellen“ als Heroinlieferanten



Afghanische „Rebellen“ (l.) und vom CIA angeheuerte laotische Meo-Trupps (r.) – beiderseits dick im Opiumgeschäft

Ein afghanisches Sprichwort lautet: „Man kann ein Kamel nicht unter einem Morgenmantel verstecken.“ Genausowenig kann eine noch so klangvoll aufgemachte Medienkampagne zu Afghanistan die Wahrheit verbergen. Am 24. August 1980 war die Washington Post genötigt zuzugeben, daß eine ganze Reihe von Berichten über Afghanistan – darunter einige in der Post selbst – reine Machwerke seien.

Stuart Auerbach, Reporter der Washington Post, schrieb: „Berichte über Kämpfe in Afghanistan selbst aus den besten Quellen führten zu Irrtümern. In der pakistanischen Hauptstadt Islamabad erzählte im Januar (1980; d. Red.) ein verlässlicher westeuropäischer Diplomat einem wißbegierigen Reporter, daß die Botschaft seines Landes in Kabul von schweren Gefechten rings um die Flughäfen berichte, wobei beobachtet worden sei, wie sowjetische MIG-Jäger rings um die Stadt in die Kämpfe eingegriffen hätten.“

Im weiteren Verlauf desselben Tages bestätigte und erweiterte der pakistanische Präsident Mohammed Zia ul-Haq in einem offiziellen Interview diesen Bericht aufgrund von Informationen, die er erhalten haben wollte. Unter Berufung auf zwei verschiedene Gewährsleute, von denen einer die Erlaubnis gab, daß sein Name dem Bericht hinzugefügt wurde, brachte die Washington Post eine Titelblattgeschichte über die Kämpfe.

Das einzige Problem dabei ist, daß sie niemals stattfinden.¹ (...)

Unter anderem ist bei einer wahrheitsgemäßen Untersuchung der Lage in Afghanistan die Tatsache zu berücksichtigen, daß die US-Regierung nach den Worten eines Beamten im Außenministerium den „Rebellen“ zu helfen bestrebt ist „in jeder uns möglichen Weise... Nicht alle Methoden, derer wir uns bedienen, sind von solcher Art, daß ich sie erörtern könnte“.

Im selben Zusammenhang erzählte der Beamte ausgesuchten Reportern auch, daß „die Rote Armee... nicht imstande ist, die ländlichen Gebiete zu befrieden oder die Städte zu kontrollieren, weil die Rebellen die nötigen Hilfsmittel und den Willen zum Widerstand finden“.²

Counter Spy hat detailliert über die umfangreiche Hilfe, die die „Rebellen“ aus den USA, China, Pakistan und Ägypten

erhalten, berichtet (siehe AIB 7–8/1980, S. 6ff.; d. Red.). Wie es allgemein heißt, dauert diese Hilfe an. Das wurde erst kürzlich im August 1980 demonstriert, als die iranische Regierung, sonst eine treue Verteidigerin der „Rebellen“, sich gezwungen sah eine der „Rebellen“-Gruppen, die Jamiat-Islami (Islamischer Bund) wegen ihrer ausgedehnten Bindungen an den CIA und den Heroinschmuggel zu verbieten. Antikommunistisch, von den USA unterstützte „Rebellen“... Heroin... der CIA: all das klingt bekannt. Es erinnert einen an die Hmong-Stämme in Laos, die vom CIA (im US-Indochinakrieg der 60er/70er Jahre; die Red.) für Söldnerarmeen rekrutiert wurden. Im Gegenzug lieferte ihnen der CIA Flugzeuge und Hubschrauber zum Transport ihres Opiums. (...)

1970 berichtete das US-Amt für Betäubungsmittel und gefährliche Drogen (BNDD), Vorgänger der Drogenverhinderungsbehörde (DEA), daß „70% der Heroinflut, die damals Europa und Amerika überspülte, aus der von Burma, Thailand und Laos gebildeten Dreiecksregion stammten, die von den im CIA-Sold stehenden Opiumarmeen beherrscht wurde“.³

Zu jener Zeit erreichte die Heroinsucht in den USA epidemische Ausmaße. Nach Darstellung der Regierung Nixon hatte die Situation „das Ausmaß eines nationalen Notstands“.⁴ Präsident Richard Nixon förderte im Inland ein Programm, das angeblich der Linderung der gewaltigen Heroinprobleme dienen sollte, und der Kongreß schuf die DEA (im Jahre 1973; sie ist dem Washingtoner Justizministerium unterstellt und arbeitet weltweit), gleichzeitig aber unterhielt Nixon weiterhin das CIA-Transportnetz für Hmong-Opium zum „Kampf gegen den Kommunismus“.

Nach der militärischen Niederlage der USA in Indochina (1975; d. Red.) ließ der Heroinstrom in die USA rapide nach, nicht wegen irgendwelcher Erfolge seitens der DEA, sondern aufgrund des Abzugs von CIA-Beamten und Agenten, die so große Hilfe dabei geleistet hatten, das Opium auf die erste Etappe seiner Reise in die USA zu schicken. Allmählich versiegte der Heroinnachschub aus dem Goldenen Dreieck mit Ausnahme von Opium aus Thailand, wo der

CIA und US-Streitkräfte blieben (siehe AIB 10/1980, S. 18-20; d. Red.).

Nach dem Rückzug der USA aus Indochina nahm der Heroinkonsum in den USA ab, und Präsident Carter konnte am 21. Januar 1980 prahlerisch verkünden: „Zu Beginn meiner Amtsperiode gab es in den USA über eine halbe Million Heroinsüchtige. Unsere fortgesetzten nachdrücklichen Anstrengungen zur Drosselung des Heroinnachschubs wie auch die Behandlungs- und Rehabilitationsmaßnahmen für seine Opfer haben die Zahl der Süchtigen auf 380.000 reduziert“,⁵ die niedrigste Ziffer in 25 Jahren. Angeblich war der in den USA erhältliche Heroinvorrat auf ein Zehnjahrestief von 4 (metrischen) Tonnen (t) abgesackt.⁶

Inzwischen ist die ermutigende Statistik vom Januar 1980 Schnee von vorgestern. Der Heroinbestand ist im Ansteigen begriffen und sein Verbrauch dramatisch emporgeschneit. Wir sind nach den Worten eines hochgestellten Exekutivbeamten „auf dem Weg in eine neue Heroinhölle“.

Nunmehr kommt das Opium aus dem Goldenen Halbmond Südwestasiens. Das Newarker Büro der DEA beispielsweise berichtet, daß „die bekanntgewordenen Mengen an Heroin aus dem Goldenen Halbmond auf den Straßen plötzlich um 600% emporgeschneit sind“.⁷ (...)

CIA-Mittäterschaft wie einst in Laos

Bestimmte Teile Afghanistans sind schon seit Jahrzehnten Opiumgegenden. In einem 1972 erschienenen Buch schrieben Catherine Lamour und Michael Lamberti: „Der Mohn wird entlang der gesamten Grenze zu Pakistan von Jalalabad im Norden bis zu der bedeutenden Stadt Kandahar im Süden angebaut; auch in den Hügeln von Nuristan und in der Provinz Badachschan an der Grenze zu Rußland.“ 1972 war Afghanistan noch kein nennenswerter Opiumexporteur für den Westen. Zwar wurde eine gewisse Menge nach Iran und Ägypten geschmuggelt, doch waren Afghanistan und das nordwestliche Pakistan eine „so gut wie noch gar nicht angezapfte Opiumquelle“.⁸

Das ist acht Jahre her. Jetzt hat man diese Quelle angezapft, und aus afghanischem Opium hergestelltes Heroin fließt reichlich nach Westeuropa und in die USA. Es überrascht nicht, daß die Entfesselung dieses Stromes mit der Ankunft des CIA an der afghanisch-pakistanischen Grenze (verstärkt seit der Jahreswende 1979/80; d. Red.) – zur Unterstützung und Bewaffnung der opiumproduzierenden Stämme – zusammenfiel, alles im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus.

Hoag Levins vom Philadelphia-Magazin fragte einen „hochgestellten Exekutivbeamten in Washington“ in einem inoffiziellen Interview nach der Reaktion der US-Regierung auf den Zustrom von Heroin aus dem Goldenen Halbmond. Er antwortete: „Da schleicht die Regierung drum herum, als wär's eine Landmine. Das Thema Opium und Heroin in Afghanistan ist explosiv. In seinem Bericht zur Lage der Nation erwähnte der Präsident wohl den Drogenmißbrauch, vermied es aber peinlichst, Afghanistan zu erwähnen, ob schon gerade in Afghanistan eben jetzt tatsächlich etwas im Gang ist. Er äußerte sich etwa dahingehend, daß er sich Sorgen über 'Drogen aus dem Iran und Asien' mache, vermied es aber ausdrücklich, dabei etwas über Afghanistan verlauten zu lassen, weil das Weiße Haus besorgt ist, daß dies die Medien zu einer naheliegenden Frage veranlassen wird: '...Warum nehmen wir nicht eine kritischere Haltung zu den Waffen ein, die wir derzeit an Banden von Drogenschmugglern verschiffen, die sie offensichtlich dazu verwenden wollen, ihre Drogenschmuggeltätigkeit noch wirksamer zu gestalten?'“⁹

David G. Canaday, Sonderbevollmächtigter und Leiter des

Washingtoner DEA-Büros, hat verlauten lassen, daß die DEA nichts gegen den Zustrom von Heroin aus dem Goldenen Halbmond unternehmen kann, weil „wir praktisch keine diplomatischen Verbindungen zu jenem Teil der Welt haben“.¹⁰ Seine Aussage ist bestenfalls eine schwache Aussage, berücksichtigt man die diplomatischen Verbindungen zwischen den USA und Pakistan.

Der wahre Grund für das Unvermögen der DEA dem Drogenfluß aus dem Goldenen Halbmond zu begegnen, liegt darin, daß die opiumanbauenden Stämme aufgrund ihrer Gegnerschaft zur afghanischen Regierung nicht verärgert werden sollen. Deshalb beschloß die DEA alle ihre Agenten aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet abzuziehen.¹¹ Gleichzeitig ist der CIA, der eben diese Stämme unterstützt, die für US-amerikanisches Heroin den Mohn anbauen, dabei, seine Operationen auszuweiten. (Im Juli 1980 schloß die DEA auch ihr Pariser Büro, das die DEA-Operationen in Europa und Südwestasien koordinierte.)

Der Goldene Halbmond mit seiner sich ausweitenden CIA-Präsenz produzierte 1979 schätzungsweise 1.000 (metrische) t Opium: 300 t in Afghanistan und ca. 700 in Pakistan, den größten Teil im Grenzgebiet. (Zum Vergleich: Mexikos Produktion betrug 10 t). Die 300 in Afghanistan produzierten t Opium ergeben rund 30 t nahezu reinen Heroins. Etwa 60 t reinen Heroins aus dem Goldenen Halbmond kommen derzeit in den USA in den Handel. Und zum ersten Mal wird das afghanische Opium in großen Mengen in die USA exportiert, dank jener Stämme, die die afghanische Regierung bekämpfen und sich der Unterstützung des CIA erfreuen.

Der Krieg der afghanischen „Freiheitskämpfer“ ist ein seltsamer „heiliger Krieg“. (...)

(Quelle: Counter Spy, Washington, Nr. 1/ Nov. 1980 – Jan. 1981, S. 14-17)

Anmerkungen:

- 1) Washington Post, Washington, 24.8.1980
- 2) AP-Bericht aus Washington, zit. nach: The Japan Times, 1.6.1980
- 3) H. Levins, The Kabul Connection, in: Philadelphia Magazine, August 1980, S. 196
- 4) Ebenda
- 5) Ebenda, S. 114
- 6) Newsweek, New York, 10.3.1980
- 7) Vgl. supra, Nr. 11, S. 202 und 203
- 8) C. Lamour/ M. Lamberti, The International Connection, New York, S. 191 und 177
- 9) Vgl. supra, Nr. 11, S. 202
- 10) Vgl. supra, Nr. 18
- 11) Vgl. supra, Nr. 11, S. 202

rote-blätter-Abonnenten...



- erhalten Analysen und Reportagen über die internationale antiimperialistische Bewegung.
- werden stets brandaktuell über die Aktionen und Forderungen der Studentebewegung informiert.

Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen. Bestellungen an
rote blätter, Weltkreis-Verlags-GmbH,
Postfach 789, 4600 Dortmund



Nuri Abdul Razzak

Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (1. Teil)

Am 6./7. Dezember 1980 fand in Zypern eine Präsidiums- tagung der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) statt. Das Treffen diente der Vorbereitung der 13. AAPSO-Ratstagung, die im März 1981 in Aden veran- staltet wird.

Der Bericht, den das Ständige Sekretariat der AAPSO in Nikosia vorlegte, spiegelt eine interessante Diskussion über die strategische Orientierung der Organisation für die 80er Jahre wider. Kernpunkte dieser Diskussion sind die Fragen nach den strategischen Neuorientierungen, die sich aus der weltpolitischen Zuspitzung 1979/80 und aus dem de-facto- Abschluß der antikolonialen Phase des Befreiungskampfes der afroasiatischen Völker ergeben. Die von uns dokumen- tierten Ausschnitte aus dem AAPSO-Bericht, vorgetragen von ihrem amtierenden Generalsekretär Nuri Abdul Razzak (Irak), befassen sich im 1. Teil mit den Konsequenzen, die aus der gegenwärtig erhöhten westlichen Interventions- und Kriegstendenzen für die Dritte Welt ergeben.

(...) Eine ganze historische Epoche kommt heute offensicht- lich zu ihrem Abschluß: die Epoche der nationalen Befrei- ung ist zu einem erfolgreichen Ende gebracht worden; die AAPSO hat gemeinsam mit den nationalen und fortschritt- lichen Kräften dabei einen wichtigen Beitrag geleistet.

Eine Menge neuer Nationen haben ihre Unabhängigkeit ge- wonnen und wurden zu Staaten; Befreiungsbewegungen haben die Souveränität über ihr Heimatland errungen, Kolo- nialreiche wankten und sind zusammengebrochen; die kolo- niale Unterjochung wurde für immer abgeschüttelt, das alte kolonialistische Weltsystem ist unwiderruflich zerstört, der Weltimperialismus, die reaktionären Kräfte haben schwere, vernichtende Niederlagen erlitten; eine große Anzahl poli- tischer, wirtschaftlich und sozialer Veränderungen haben stattgefunden und das internationale Kräfteverhältnis hat sich endgültig zugunsten der nationalen Befreiungsbewegun- gen und der Entwicklungsländer verändert. Der Sozialismus ist heute ein entscheidender Faktor der weltweiten sozialen und politischen Entwicklung.

Aufwertung der ökonomisch-sozialen Frage

Einige wenige letzte Überbleibsel des Kolonialsystems exi- stieren jedoch immer noch.

Das rassistische Apartheidsystem in Südafrika unterdrückt noch immer das heldenhafte südafrikanische Volk; Namibia muß seine Unabhängigkeit noch gewinnen; der zionistische Staat Israel vertritt noch immer die alten Konzepte und Praktiken der Diskriminierung und Kolonisation. Die letzten Hochburgen kolonialer Herrschaft werden von den reaktio- nären Kräften noch verzweifelt gehalten, aber es ist nicht weniger offensichtlich, daß diese Zufluchtstätten des alten

Kolonialsystems jetzt voll in das imperialistische Weltsystem integriert werden müssen, da sie nicht länger eigenständige Bastionen des Kolonialismus, sondern nur noch imperia- listische Außenposten darstellen.

Die nachkoloniale Ära hat begonnen. Dies ist eine Ära, die unserer Bewegung, unserer Organisation und unseren Völ- kern eine ganze Reihe neuer Probleme stellt und die eine Herausforderung ist; sie macht eine neue Strategie, neue Taktiken und Aktionsprogramme notwendig.



Die historische Konfrontation zwischen dem kapitalisti- schen Weltsystem und dem Sozialismus ist die Wurzel der veränderten Perspektiven der Welt. Aber da diese Konfron- tation neue Dimensionen annimmt, müssen die afroasiati- schen Völker notwendigerweise die neue Situation in Rechnung stellen. Heute, zu einer Zeit, da sich dank der Ausrottung des alten Kolonialsystems, die ganze politische Szenerie in Afrika und Asien vollkommen gewandelt hat, zu einer Zeit, da tiefgreifende sozialökonomische Veränderun- gen in den alten Kolonialreichen stattfinden, ist das alte Konzept eines eindeutig nationalen Befreiungskampfes ge- gen die Kolonialreiche von der neuen historischen Realität überholt.

Die Probleme der Entwicklung der befreiten Länder, die Fragen des sozialen Neuaufbaues, der Klassenallianzen, so- zialistischen Orientierung, der Kampf gegen multinationale Konzerne, die Schaffung von neuen internationalen Wirt- schaftsbeziehungen, die den neuen sozialen Bedingungen entsprechen und – untrennbar damit verbunden – die Schaffung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung, all dies sind Probleme, die nun Priorität haben; Priorität sowohl hinsichtlich einer dringend nötigen Klarheit der Analyse als auch hinsichtlich dringender Aktionen. (...) Wir haben einen Zeitpunkt erreicht, da das grundlegende Interesse der Menschheit, die Erhaltung des Friedens, zur Bedingung für das Überleben unseres Planeten wird. Abrü-

stung und die Beendigung des Wettrüstens sind entscheidende Fragen für die Entwicklungsländer, da sie ohne Abrüstung ihre Wirtschaften nicht wiederaufbauen und damit nicht imstande sein können, das Wohlergehen ihrer Völker zu sichern.

Die Hauptgefahr in der aktuellen Etappe ist das alarmierende Anwachsen der Nuklearrüstung und der zunehmende Trend zur nuklearen Militarisierung, die heute systematisch durch den US-Imperialismus betrieben wird – einen Imperialismus, der sich durch ausgesprochene Kriegslüsternheit, durch die unverhüllte Schaffung aggressiver Allianzen, durch offene Drohungen gegen die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten auszeichnet: dieses politische Konzept wird von den verschiedenen US-Administrationen, unter dem Vorwand, „US-Interessen zu schützen“, verfolgt und führt jetzt auch zu einem Blockieren der Verhandlungen über Atomwaffen.

Ungeachtet der Tatsache, daß die derzeitige Phase in den internationalen Beziehungen durch eine wachsende Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz charakterisiert ist, und ungeachtet dessen, daß die Politik der Entspannung fruchtbare Erfolge erzielte (wobei sie zu jenem Prozeß, der in der Schlußakte der Helsinki-Konferenz (des Jahres 1975; d. Red.) vorgezeichnet wurde, u.a. zu größerer Sicherheit, Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technologie, des Umweltschutzes und der kulturellen Entwicklung beitrug) müssen wir so kategorisch wie möglich unterstreichen, daß die Gefahr einer schwerwiegenden Verschlechterung der internationalen Situation droht.

Zu einem Zeitpunkt, als die Früchte der Entspannung überall spürbar wurden und die Vereinten Nationen sogar noch eine Sondersitzung über Abrüstung abhielten, entschieden die USA und ihre NATO-Verbündeten in Washington über ein Langzeitprogramm zur Erhöhung ihrer Militärausgaben und zum weiteren Ausbau ihrer Waffensysteme. Obwohl die Verhandlungen zur Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) weitergingen und erfolgreich abgeschlossen und unterzeichnet wurden, startete die westliche Seite – anstatt die Vereinbarung zu ratifizieren – eine große Propagandaoffensive, mit der sie für die Erringung militärischer Überlegenheit warb.

Die absurde Idee „begrenzter“ Atomkriege

Bald darauf gab es ein Programm zur Dislozierung einer ganzen Reihe hochentwickelter atomarer Raketen in Europa, die, wenn sie nicht rechtzeitig verhindert wird, der Beginn einer neuen Runde im Wettrüsten wäre und die Welt in die Tage des Kalten Krieges und der Konfrontation zurückwerfen wird. Anstatt den Frieden zu stärken und zu einer wechselseitig ausbalancierten Reduzierung der Kräfte zu gelangen, erklärte die westliche Seite offen ihre Absicht, die militärische Überlegenheit und die sog. Erstschlagskapazität zu erlangen. (...)

Eine andere ernsthafte Bedrohung für den Frieden ist die Entwicklung der sog. taktischen Nuklearwaffen. Einige Jahre lang wirkte die Furcht vor Nuklearwaffen als eine Art Abschreckung, da die konventionellen Waffen – selbst die raffiniertesten und gefährlichsten – klar von den nuklearen Waffen unterschieden wurden. Die Einführung taktischer Nuklearwaffen wird den Unterschied zu konventionellen Waffen verkleinern, im Endeffekt aufheben und dazu führen, daß sie als Gefechtsfeldwaffen die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges gewaltig steigern.

De facto wird die Einführung dieser Waffen die Legalisierung und Normalisierung des Einsatzes nuklearer Waffen bedeuten. Dies führt zu der völlig absurden Idee, daß lokale

und begrenzte Atomkriege möglich sind. Wenn Atomwaffen jedoch einmal an einer Stelle eingesetzt werden, würde ihr Einsatz nicht lokal oder begrenzt bleiben.

Die Gefahr für die Welt jedoch besteht nicht nur darin, daß kolossale Summen von Geld, von materiellen und menschlichen Ressourcen für Waffen vergeudet werden und daß die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Krieges größer wird. Die gegenwärtige Entwicklung weg von der Entspannung und hin zur Konfrontation berührt die Entwicklungsländer vielmehr auch direkt und unmittelbar, denn ein beträchtlicher Teil dieser militärischen Eskalation wird die Form neuer Militärstützpunkte auf den Territorien der jüngst unabhängig gewordenen Staaten annehmen, wird zur Intensivierung der Kanonenbootpolitik führen und die Völker bedrohen und einschüchtern; sie wird zu Versuchen führen, die Kontrolle über deren Rohstoffe und natürlichen Ressourcen zu gewinnen.

Die Einführung nuklearer Waffen im Gebiet des Mittelmeeres, die Entwicklung in der Golfregion und im gesamten Indischen Ozean sind ein eklatantes Beispiel für diesen Prozeß (siehe AIB 1/1981, S. 16-30; d. Red.). Mit den Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung der Völker dieser Regionen, insbesondere nach dem Sieg der Volksrevolution im Iran (vom Februar 1979; d. Red.) hat der US-Imperialismus seinen militärischen Aufmarsch in der Region verstärkt, seine Flotte konzentriert, die Militarisierung in Israel und im Mittleren Osten verstärkt, neue Stützpunkte in Bahrein, Oman, Somalia, Ägypten und Kenia erworben und nahezu 200.000 Mann seiner sog. „Eingreiftruppe“ disloziert, ganz abgesehen vom Ausbau der Nuklearbasis Diego Garcia und der Konzentration von Langstreckenbomben dort.

US-Zielstellung nuklearer Erstschlag

Nur in diesem Kontext können wir die Gefahr ganz verstehen, die von dieser neuen militärischen Bedrohung durch die USA ausgeht, von dem Abenteuerum, von der Hinwendung zur militärischen Konfrontation und zum Kalten Krieg. Nur so lassen sich die neuen Waffenentwicklungen, die NATO-Entscheidung, neue Raketen in Westdeutschland, Italien und Großbritannien zu stationieren, die Entsendung einer riesigen Kriegsflotte in den Indischen Ozean, die Suche nach neuen Militärstützpunkten richtig einordnen; und nur so auch die Schaffung der „Eingreiftruppe“, die militärische Vereinbarung mit China (einschließlich der jüngsten Vereinbarung, China militärisch auszurüsten), die Nichtratifizierung von SALT II und das ins riesenhafte anwachsende Militärbudget.

Diese und andere Ereignisse sind zu ernststen Gefährdungen des Weltfriedens geworden; sie alle gehen in die Richtung einer militärischen Konfrontation.

Dieser Prozeß hat beim Monopolkapital der USA zu neuen Versuchen geführt, die militärische Überlegenheit als Grundlage für eine Politik der Beherrschung der Welt zu erlangen. Das Pentagon (das Washingtoner Verteidigungsministerium; d. Red.) und einige Sektoren des Monopolkapitals haben niemals den Gedanken eines militärischen Gleichgewichts mit der Sowjetunion akzeptiert. Selbst während der Verhandlung für SALT II, die ja gerade auf diesem Konzept beruhen, hörte das Pentagon nie auf, sich die Grundlagen sowohl für eine atomare Überlegenheit als auch für die Fähigkeit zum nuklearen Erstschlag zu schaffen.

Die Cruise Missiles, Trident-Unterseeboote und die Neutronenbombe waren schon entworfen und in Produktion lange vor den Ereignissen im Iran und Afghanistan. In Wirklichkeit sind sie zu sehen im Kontext der Pläne der USA, die Sowjetunion nuklear einzukreisen.

Wird fortgesetzt

AIB-Seminar **Verhältnis Frieden und Befreiungskampf (2)**

Neben der bereits skizzierten Diskussion zur gegenwärtigen weltpolitischen Zuspitzung und zur US-Globalstrategie (siehe AIB 1/1981, S. 43) stand beim AIB-Seminar vom 29. November 1980 zum Verhältnis Frieden und Befreiungskampf ein weiterer Problemkreis im Mittelpunkt, der **Zusammenhang von Rüstung/Rüstungstransfers und Unterentwicklung**. Triebkräfte und Konsequenzen des neokolonialen Rüstungstransfers in die sog. Dritte Welt arbeitete Rainer Falk in dem nachstehenden Thesenpapier heraus:

1. Da Wettrüsten und Militarisierung der Dritten Welt finanzielle Ressourcen binden, erscheinen konkrete Abrüstungsmaßnahmen als eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) und die Überwindung der Unterentwicklung. Der Zusammenhang von Rüstung und Unterentwicklung kann jedoch nicht auf das Problem der finanziellen Ressourcenknappheit reduziert werden.

2. Historisch betrachtet war der Einsatz militärischer Gewalt ein konstitutives Moment bei der Einbeziehung der Entwicklungsländer in das weltweite kapitalistische System der Ungleichheit, Abhängigkeit und Ausbeutung. Nach dem Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems ging diese Funktion von den Kolonialarmeen an deren einheimische Söldner und Hilfstruppen über, aus denen die Armeen der nunmehr politisch unabhängigen Staaten entstanden. Anders verlief die Entwicklung lediglich dort, wo die nationale Unabhängigkeit im Ergebnis eines Befreiungskriegs errungen wurde.

3. **Rüstungstransfers** sowie Militärhilfe und militärische Ausbildungshilfe stellen – bei Bedarf in Kombination mit direktem Interventionismus – die dem Neokolonialismus adäquaten militärischen Instrumente zur Aufrechterhaltung imperialistischer Vorherrschaft gegenüber der Dritten Welt dar.

4. Das militärische System des Neokolonialismus zielt – unter politisch-ideologischen Gesichtspunkten (Doktrin der „nationalen Sicherheit“) – auf die Reproduktion einer Schicht militärischer Kader und eines Militärapparates, die ihre Hauptaufgabe in der Niederhaltung innerer sozialer Aufstands- und Befreiungsbewegungen sehen und zu diesem Zweck immer mehr Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens nach ihren Interessen ausrichten, auch unterhalb der Schwelle des Militärputsches.

5. Der neokoloniale Rüstungstransfer trägt zur Vertiefung der ökonomischen und technologischen Abhängigkeit und zur weiteren Deformierung sozialökonomischer Strukturen bei. Er belastet die Zahlungsbilanzen, verschärft das Verschuldungsproblem, lenkt einen großen Anteil des Staatshaushalts bzw. privaten Kapitals in unproduktive Investitionen, entzieht der zivilen Wirtschaft Fachkräfte, verzerrt und verteuert die Infrastruktur, heizt die Inflation an und führt zu einer einseitigen und deformierten Industriestruktur. Die Ergänzung der Waffenimporte durch die Teilverlagerung von Rüstungsproduktionskapazitäten verschärft diese Probleme. (...)

6. Nach 1945 sahen sich die Entwicklungsländer im wesentlichen mit zwei „Schüben“ neokolonialen Rüstungstransfers konfrontiert. Eine erste Welle setzt mit dem Übergang zum „Roll back“ und „Containment“ (Eindämmung) ein; sie erfaßt geographisch vor allem die an das sozialistische Lager grenzenden Entwicklungsländer (CENTO, SEATO), nach der kubanischen Revolution verstärkt auch Lateinamerika (Counter-insurgency).

Im Zeichen der Nixon-Doktrin kommt es dann in den 70er Jahren vor allem zur **Aufrüstung subimperialistischer Verbündeter** (Brasilien, Iran usw.), wodurch sich der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Rüstungsausgaben nahezu verdreifacht. Verstärkt wird jetzt auch hochmodernes, neuestes militärisches Gerät an die Entwicklungsländer geliefert. Eine Reihe von Entwicklungsländern wird selbst zu Waffenexporteuren.

7. Wird nach den **Triebkräften** des neokolonialen Rüstungstransfers gefragt, so spielt neben Überlegungen im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie vor allem die Profitabilität der Rüstungsexporte eine entscheidende Rolle. Profite in der Rüstungsproduktion sind bis zu dreimal höher als in der zivilen Produktion.

Die Hauptnutznießer dieser Profite sind die transnationale, jedoch von einer nationalstaatlichen Basis aus operierenden **Rüstungsmonopole**. Erreicht der Rüstungsexport volkswirtschaftlich bedeutende Größenordnungen, so sind über die unmittelbaren Profitinteressen der

Rüstungsindustrie hinaus gewichtige ökonomische Interessen der gesamten **Monopolbourgeoisie** im Spiel. Besonders relevant ist dies bei den USA, Frankreich und Großbritannien, weniger bei der BRD. 8. Die exorbitanten Steigerungsraten beim Rüstungsexport in den 70er Jahren sind somit auch auf die angesichts der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise verengten inneren Verwertungsspielräume zurückzuführen. Diese führten zu einer bemerkenswerten **Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz** auf dem Gebiet des Waffenexports.

9. Die Rüstungstransfers der internationalen Monopole sind zu einem bedeutenden und **eigenständigen Faktor der Verschärfung der internationalen Spannungen** geworden und gefährden den Weltfrieden. Sie führen zur Aufzürmung eines gefährlichen Konfliktpotentials in der Entwicklungswelt und zwingen auch sozialistischen sozialistisch orientierten Regimes militärische Anstrengungen auf. Dies läßt den nationalen wirtschaftlichen Aufbau und beeinträchtigt die Beispielwirkung sozialrevolutionärer Länder.

10. Das **Konzept der NIWO** enthält in seinen zentralen Bestandteilen einige Elemente, die geeignet sind, fortschrittliche Entwicklungswege in der Dritten Welt völkerrechtlich abzusichern. Insgesamt kann es als Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen verstanden werden. Das NIWO-Konzept enthält jedoch keine ausformulierte Strategie zur Abrüstung und zur Rüstungskonversion. (...)

Berührungspunkte von Abrüstung, Hungerbewältigung

11. Zur Steigerung der internationalen Entwicklungshilfe unterbreitete die **Brandt-Kommission** den Vorschlag, eine internationale Abgabe oder Steuer auf Militärausgaben und den internationalen Waffenhandel zu erheben. Dieser Vorschlag ist problematisch, da die Gefahr besteht, daß eine solche Maßnahme lediglich zur Verteuerung von Rüstungsgütern führt. Wenn die Rüstungsproduzenten derartige Abgaben auf die Endverbraucherpreise umlegen, bleibt der Effekt für die Entwicklungsländer gleich Null.

12. Der entscheidende Ansatzpunkt zur Steigerung des internationalen finanziellen Ressourcentransfers liegt demgegenüber in direkten Eingriffen in die Struktur der nationalen Staatshaushalte in den entwickelten Ländern, d.h. in der **Abrüstung**.

Bei der Diskussion dieser Thesen wurde einmal auf die Bedeutung auch des **humanitären Aspekts** der Abrüstungsforderungen verwiesen, d.h. die auf diesem Wege mögliche Freimachung enormer Finanzmittel ist als wichtiger Hebel bei der internationalen Bekämpfung des **Hungers in der Dritten Welt** zu sehen (siehe ausführlich AIB 4/1980, S. 34-36). Desweiteren wurden bei den Konsequenzen der **Verlagerung von Rüstungsproduktionseinheiten** in die Dritte Welt zusätzliche Folgeerscheinungen als politisch hochbedeutend hervorgehoben: Sie ermöglicht den Westmächten u.a. die verdeckte Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete. Und sie vermehrt auf eklatante Weise das **Bedrohungspotential** für progressive Regimes und Befreiungsbewegungen, insbesondere in der Gestalt der nuklearen Aufrüstung solcher Stellvertreterregimes wie Südafrika oder Israel.

Schließlich wurde in der Diskussion angemerkt, daß das Ringen um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (**NIWO**) nicht zu stark mit der Abrüstungspolitik verwoben werden sollte, da diese selbst eine hochkomplizierte, zumal derzeit durch die NATO-Mächte in Frage gestellte Angelegenheit sei. Es gehe also darum, die Schritte hin zu einer NIWO als eine relativ eigenständige Zielstellung zu verfolgen, sie nicht zu sehr vom Abrüstungsfortgang abhängig zu machen bzw. dadurch über Gebühr zu belasten. R. Falk merkte hierzu an, daß es – ungeachtet der zurecht betonten Eigenständigkeit beider Problemkomplexe – seiner Meinung nach darauf ankomme, den begrenzten Charakter der Forderung nach einer NIWO in Rechnung zu stellen und die Forderung nach konkreten Abrüstungsmaßnahmen stärker in den Kampf für eine demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen einzubringen. U.a. hierdurch könne der von imperialistischen Kreisen angestrebten Reduzierung der internationalen NIWO-Debatte auf rein ökonomische Fragen entgegengewirkt werden.

Camilo Torres – Priester und Guerillero



„Das Wichtigste am Katholizismus ist die Nächstenliebe... Soll die Liebe wahrhaftig sein, muß sie wirksame Wege suchen, wenn Spenden und Almosen...“, wenn also das, was wir christliche Wohltätigkeit nennen, nicht erreicht, daß die Hungrigen satt, die Nackten bekleidet, die Unwissenden wissend werden, dann müssen wir wirksamere Mittel suchen, um das Wohl der Mehrheit zu suchen... Darum ist die Revolution nicht nur erlaubt, sie ist verpflichtend für Christen, die in ihr die einzige und angemessene Möglichkeit sehen, die Nächstenliebe zu allen zu verwirklichen.“

Diese Aussagen bestimmten Denken und Handeln des kolumbianischen Priesters und Guerillakämpfers Camilo Torres, der vor 15 Jahren im bewaffneten Kampf den Tod fand.

Camilo Torres Restrepo wurde am 3. Februar 1929 als Sohn einer angesehenen Arzt- und Diplomatenfamilie in Bogota geboren. Nach Beendigung seiner Schulzeit begann er an der kolumbianischen Nationaluniversität Jura zu studieren. Schon ein Semester später hegte er den Wunsch dem Dominikanerorden beizutreten, konnte aber von seiner Familie zum Eintritt ins Priesterseminar bewogen werden. 1954 wurde der junge Torres zum Priester geweiht, seine erste Messe galt in Bogota als gesellschaftliches Ereignis.

Wenig später schickte der Erzbischof den begabten Priester zu einem Soziologiestudium an die Katholische Universität nach Löwen/Belgien. Camilo Torres sollte für seinen zukünftigen Einsatz in der Sozialarbeit des Bistums ausgebildet werden. In Löwen gründete der junge Wissenschaftler, der auch die Soziologie als ein Mittel zur Verwirklichung der Nächstenliebe verstand, eine kolumbianische Studentengruppe, das „Kolumbianische Team für sozioökonomische Forschung“. Es sollte Methoden ausarbeiten, die zu einer realen Verbesserung der kolumbianischen Sozialstruktur beitragen konnten.

Die später zu einer „Vereinigung für das Studium und den Fortschritt“ umbenannte Arbeitsgruppe schloß sich nach C. Torres Rückkehr in die Heimat 1958 mit Gruppen der Nationaluniversität zu einer „Universitäts- und Akademikerbewegung zur Organisierung der Gemeinde“ zusammen. Ziel dieser Vereinigung war es, den Landgemeinden und Elendsvierteln beim sozialen Aufbau zu helfen. Gleichzeitig wurde Camilo Torres zum Studentenpfarrer berufen und erhielt außerdem einen Lehrstuhl an der von ihm mitbegründeten Soziologischen Fakultät.

In seinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigte er sich vor allem mit Fragen der Stadtreform, der Sozialstruktur des Landes, der *Violencia* (bürgerkriegsartige Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien der Oligarchie in den 40er/50er Jahren, siehe AIB 10/1980, S. 27-30; d. Red.) und der Agrarreform. Zahlreiche Kongreßbesuche und öffentliche Auftritte ließen ihn mit den verschiedensten Bevölkerungsschichten zusammentreffen. Die Aktivitäten Camilo Torres, im Rahmen eines „tätigen Christentums“ blieben zu jener Zeit noch weitgehend im Einklang der Kirche, in deren Dienst er stand. Noch war er dem Gedanken, „der Christ müsse vor den sozialen Problemen mäßige Klugheit aufbringen und dürfe sich nicht zu gewaltsamen Lösungen hinreißen lassen“, verhaftet.

Für echte soziale Veränderungen einsetzen!

Zum Konflikt zwischen der Kirche und dem jungen Priester kam es 1962, als C. Torres zusammen mit anderen Professoren gegen die Reglementierung von 10 Studenten öffentlich protestierte. Der Erzbischof befahl ihm daraufhin sein Universitätsamt niederzuliegen. C. Torres beugte sich gehorsam dem Willen seines Vorgesetzten. Im Auftrag der Kirche wurde er nun zum Direktor der „Hochschule für Verwaltung“ ernannt. Hier leitete er die Ausbildung von Kadern für die Sozialarbeit, organisierte Informationsveranstaltungen zur Agrarreform und baute in den Arbeitervierteln Bogotas mehrere Genossenschaften auf. Zur gleichen Zeit delegierte ihn der Erzbischof in das Direktorium des kolumbianischen Instituts für gesellschaftliche Agrarreform (INCORA).

Die bei dieser Tätigkeit gesammelten Erfahrungen und Kontakte mit der armen Landbevölkerung radikalisierten Camilo Torres' Ideen. Er erkannte, daß technische Hilfe, Reformen und die kirchliche Wohltätigkeit zu keiner echten Verbesserung der Lebensbedingungen des

kolumbianischen Volkes beitragen. Vielmehr gelangte er zu der Überzeugung, daß die unterdrückten und ausgebeuteten Schichten gemeinsam gegen die herrschende Oligarchie angehen müßten.

Wie weit sich Camilo Torres damals schon von den Fesseln der traditionellen Kirche gelöst hatte, wird in seiner Erklärung deutlich: „... (es) sollte eigentlich klar sein, daß der Christ in den armen Ländern für den wirklichen Wandel der Strukturen sich nicht nur engagieren kann, sondern sich ganz entschieden dafür einsetzen muß. Nur so wird es möglich sein, zu einer effizienten Planung zu kommen, die der Mehrheit dient. Wenn die Marxisten der Planung den Weg bereiten, müssen die Christen mit ihnen zusammenarbeiten, und zwar in dem Maße, wie es ihnen ihre moralischen Prinzipien erlauben.“ C. Torres klagte die Kirchenhierarchie an, bisher nur auf Seiten der Herrschenden gestanden zu haben.

1964 begann Camilo Torres' Versuch eine politische Lösung anzustreben. Er gründete eine Sammlungsbewegung aller fortschrittlichen Kräfte mit einem gemeinsamen, breiten Minimalprogramm. Das von C. Torres und der Universitäts- und Akademikerbewegung ausgearbeitete Programm gelangte im März 1965 an die Öffentlichkeit. Auf dieser Grundlage entstand wenig später die Plattform der Einheitsfront des kolumbianischen Volkes (*Frente Unido*). Diesem Programm zu Ausführungen zur Stadtreform, Agrarreform, Nationalisierung u.a. schlossen sich die wichtigsten fortschrittlichen Organisationen an, so die Christlich-Revolutionäre Partei, die Liberale Revolutionäre Bewegung, die Revolutionäre Nationalistische Avantgarde, die Arbeiter-, Bauern- und Studentenbewegung des 7. Januar, die Kommunistische Partei sowie zahlreiche andere Gruppen. Die Einheitsfront gründete eine gleichnamige Zeitschrift und veranstaltete zahlreiche Kundgebungen. Camilo Torres sprach vor Gewerkschaften, Frauenverbänden, Universitätsgruppen, Bauernverbänden und politischen Parteien.

Durch seine politische Aktivität geriet der Priester erneut in Schwierigkeiten mit der katholischen Kirche, da sie Punkte der Plattform mit der kirchlichen Lehre für unvereinbar hielt. C. Torres antwortete: „Als ich die kolumbianische Gesellschaft studierte, wurde mir bewußt, daß es einer Revolution bedarf, um die Hungernden zu speisen, den Dürstenden zu trinken zu geben, die Nackten zu kleiden und das Gemeinwohl der großen Mehrheit unseres Volkes zu verwirklichen... Ich meine, daß der revolutionäre Kampf ein christlicher und priesterlicher Kampf ist.“ Camilo Torres' Wunsch nach Rückversetzung in den Laienstand wurde im März 1965 stattgegeben.

Interne Rivalitäten, mangelnde Kader und die zunehmende Repression seitens der Herrschenden trugen allerdings zu einer raschen Zersetzung der *Frente Unido* bei. Camilo Torres zog daraus die Konsequenz sich dem Guerillakrieg anzuschließen und trat dem Nationalen Befreiungsheer (ELN) bei. Am 7. Januar 1966 veröffentlichte die Zeitung *Frente Unido* einen letzten Aufruf Camilo Torres', in dem er verkündete, daß er die Politik der Einheitsfront im Guerillakampf fortsetze: „Jeder aufrichtige Revolutionär muß anerkennen, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg ist, der uns bleibt.“

Am 15. Februar 1966 wurde Camilo Torres in einem Gefecht zwischen der ELN und regulären Truppen erschossen. Auf die Nachricht über seinen Tod hin kam es vielerorts zu Aufständen und eine Messe in Bogota endete in einer großen Protestdemonstration.

Camilo Torres' konsequenter Einsatz für den Nächsten mündete in der Erkenntnis, daß das christliche Gebot der Nächstenliebe auch zum bewaffneten Widerstandskampf ja sagen muß. Sein Kampf – von der demokratischen Erneuerung bis zur bewaffneten Revolution – appelliert an die Kirche Lateinamerikas, gemeinsam mit anderen Kräften an der endgültigen Befreiung des Volkes mitzuwirken. Nikaragua und El Salvador sind aktuelle Beispiele für die positive Resonanz, die seiner Botschaft zuteil wurde.

H. Denk

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!

Zeugnisse des afrikanischen Befreiungskampfes



Ein Buch von über 500 Seiten, davon etwa 450 ausschließlich bedruckt mit Dokumenten – Programme von Befreiungsbewegungen und staatlichen Organisationen, Redeauszüge usw. – zum Erwerb und zur Benutzung anzuempfehlen, erscheint auf Anhieb als ein starkes Stück. Genau dies sei jedoch hiermit getan. Der Ausdruck „Benutzung“ ist dabei bewußt gewählt, denn zum schlichten „Herunterlesen“ von vorn bis zum Schluß eignet sich die zuweilen durchaus trockene Materie gewiß nicht. So ist denn auch der Band von

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.), *Befreiungsbewegungen in Afrika. Politische Programme, Grundsätze und Ziele von 1945 bis zur Gegenwart*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 1980, 532 Seiten, 14,80 DM in erster Linie zur systematischen Aneignung der im Titel umrissenen Problematik gedacht.

Der angesichts des Umfangs sehr preiswerte Band enthält neben einer Einleitung („Politische Entwicklungstendenzen und soziale Grundlagen der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika“) insgesamt 68 Dokumente verschiedener Art, gruppiert in drei Abschnitte, die ihrerseits jeweils mit kurzen Erläuterungen eingeleitet werden. Das Spektrum umfaßt programmatische Aussagen aus etwa der Hälfte der Länder Afrikas nach 1945, von Unabhängigkeitsbewegungen etwa im französischen Westafrika bis zu revolutionären Befreiungsbewegungen wie dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) Südafrikas, dazu Texte der panafrikanischen Bewegung und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Allein durch die Repräsentativität ist diese Quellsammlung konkurrenzlos im deutschen Sprachraum; auch im englischen und französischen Bereich existiert kein Pendant; mit Einschränkungen ist allenfalls etwa Langleys „Ideologies of Liberation in Black Africa 1856-1970“ zu nennen.

Die Herausgeber erheben ausdrücklich keinen Anspruch auf enzyklopädische Vollständigkeit, können aber zu Recht den Anspruch erheben, „daß alle wesentlichen Strömungen, die den Prozeß der nationalen Befreiung Afrikas nach 1945 vorangebracht haben, berücksichtigt wurden“ (S. 11). Allenfalls kann gesagt werden, daß einige weitere Länder zusätzlich hätten berücksichtigt werden können, so die revolutionären Entwicklungen in Somalia nach 1969 und Benin nach 1972, Mali, das in den 60er Jahren eine progressive Rolle spielte, schließlich die Unabhängigkeitsbewegung Marokkos (Istiqlal-Partei). Eine sinnvolle Ergänzung zum Abdruck der Deklaration des V. Panafrikanischen Kongresses 1945 in Manchester hätte sicherlich die Berücksichtigung des IV. Kongresses 1974 in Dar es Salaam dargestellt.

Wirkliche Einwände beziehen sich auf kleinere Schwächen des Textes. Ärgerlich, weil unnötig, sind Schwächen einiger Übersetzungen, sowohl was ihre Exaktheit als auch was ihren Stil („Deutsch“) betrifft. Dies fällt besonders auf bei der Wiedergabe des Dokumentes Strategie und Taktik des ANC (S. 484ff.). Der Abdruck folgt einer an anderer Stelle vorgelegten Übersetzung, deren stilistische Mängel zumal üppig sind. Dokumente von Befreiungsbewegung sind Resultate ernsthafter kollektiver Bemühungen, bei denen die Wortwahl nicht der Beliebigkeit folgt. Allzu umgangssprachliche deutsche Formulierungen wie „Knochenarbeit“ und derlei mehr fallen demgegenüber unseriös auf, zu schweigen von einer Anzahl Schludrigkeiten wie „in“ (statt „auf“) unserem Kontinent für das englische „on“ (S. 484). Eine gründlichere Überarbeitung hätte hier notgetan. Identische Vokabeln im Original gehören identisch übersetzt, freie literarische Schöpfung ist hier fehl am Platze (z.B. im ideologischen Konzept der zimbabweschen Befreiungsbewegung ZAPU, S. 462).

Kleinere Ungenauigkeiten schlichen sich auch in die Kurzeinführungen ein. So wird die Chronologie der Ermordung Patrice Lumumbas 1961 falsch wiedergegeben (S. 56).

Zum besseren Verständnis ist diesen eine Einleitung vorangestellt, in welcher Grundzüge der politischen und Sozialstrukturentwicklung Afrikas behandelt werden. Vergleichbare Versuche sind in der deutschsprachigen Afrikanistik-Literatur bislang Mangelware. Neben einer Auseinandersetzung mit Konzeptionen der sog. „Dekolonisierung“ enthält diese Einleitung: einen Abriss der Herausbildung der modernen afrikanischen Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen und ihrer Charakteristika; eine Skizzierung des Prozesses der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit in Afrika sowie der anschließenden, auf der kolonialen sozialökonomischen Struktur aufbauenden Entwicklung der Klassenverhältnisse und der sich daraus ergebenden Probleme (so z.B. die Rolle der sog. bürokratischen Bourgeoisie oder die Spezifika der Entwicklung der jungen Arbeiterklasse); schließlich eine Betrachtung des Stellenwertes programmatischer Aussagen in ihrem Verhältnis zu den gegebenen sozialen und politischen Grundlagen.

Im Mittelpunkt steht eine Etappisierung der Kämpfe um die nationale Unabhängigkeit und vollständige Befreiung. Danach folgt der Erlangung der staatlichen Selbständigkeit eine Phase des Kampfes um die „Festigung und Vertiefung“ derselben, „vor allem aber der Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die soziale Befreiung“ (S. 19), mithin eine Phase verstärkter sozialer und politischer Auseinandersetzungen.

Für das Verständnis der Entwicklungen in Afrika ist dies die maßgebliche Ausgangsthese. Allerdings wird sie nicht ganz entsprechend dieser ihr zukommenden Bedeutung herausgestellt. Dies auch insofern, als im gleichen Zusammenhang die Entwicklung der Unabhängigkeitskämpfe in zwei „Wellen“ eingeteilt wird, deren erste um das Jahr 1960 herum und deren zweite in der Mitte der 70er Jahre anzusiedeln sei. Dabei erhält diese zweite „Welle“ (Angola, Mocambique usw.) einen relativ zu großen Stellenwert, während sie letztlich „nur“ die Fast-Vollendung, eine Fortführung des Prozesses darstellt, der um 1960 seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Zu kurz kommen auch zwei weitere für die Erklärung der ideologischen Positionen wichtige Faktoren: zum einen die Bedeutung des internationalen Kontextes, zum anderen der Einfluß „äußerer“ politischer Vorstellungen auf die Herausbildung der Befreiungsideologien. Zu letzterem Aspekt zählt auch die Unterschiedlichkeit der Kolonialverwaltung und kulturell-ideologischen Beeinflussung im französischen und englischen Kolonialbereich; bemerkenswerterweise „häufen“ sich die radikalen und sozialistischen Konzeptionen und Regimes in den ehemals französischen sowie portugiesischen Kolonien.

Ein anderes Problem wird eher am Rande aufgeworfen und etwas zu kurz und pauschal abgehandelt. Unter Bezug auf den Mau-Mau-Aufstand in Kenia als Negativ-Beispiel wird argumentiert (S. 24), es sei „völlig verfehlt, von einem Automatismus bewaffneter Kampf – gesellschaftspolitische Radikalisierung auszugehen“. Nun ist bei ernstzunehmenden Diskussionsteilnehmern von einem Automatismus keine Rede, wohl aber von einem engen Zusammenhang, der sich nun wieder aus der Definition des bewaffneten Kampfes innerhalb der Theorie des nationalen Befreiungskampfes ergibt. In dem erwähnten Dokument des ANC von Morogoro 1969 z.B. werden präzise die allerdings politisch weitreichenden Voraussetzungen für die Eröffnung des bewaffneten Kampfes beschrieben. Demgegenüber handelt es sich beim Mau-Mau-Aufstand eben nicht um einen solchen strategisch angelegten und organisierten Kampf, sondern eben um eine relativ spontane Aufstandsbewegung. Durch die Abgrenzung von der nicht näher begründeten „Automatismus“-These entsteht unbeabsichtigt der Eindruck einer Distanzierung der Autoren von dem an anderer Stelle zutreffend erläuterten Zusammenhang zwischen Kampfform und politischer Radikalisierung.

Die Ausführlichkeit, mit der hier auf einige Aspekte der Präsentation des im vorliegenden Band versammelten Materials eingegangen wurde, soll keinen falschen Eindruck erzeugen. Es handelt sich vor allem um Diskussionsgegenstände.

Unstreitig ist dagegen der hohe Wert der Textsammlung für das im Vorwort benannte Ziel, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über die politischen Prozesse in Afrika unter Rückgriff auf die authentischen Aussagen der politischen Kräfte leisten zu wollen. Wer sich systematisch mit den damit zusammenhängenden Fragen auseinandersetzen will, findet in diesem Band eine derzeit unersetzliche Grundlage.

J. Ostrowsky

Türkei-Initiative

Betriebsrat Peter Heinrich, Pfarrer Michael Höhn, Prof. Dr. Klaus Liebe-Harkot, Betriebsratsvorsitzender Karl-Heinz Stommel und SPD-Bundestagsabgeordneter Klaus Thüsing haben sich im November 1980 in einer Initiative "Solidarität mit den Demokraten der Türkei!" zusammengeschlossen. Die mittlerweile von über 1.000 Personen unterstützte Initiative will über die Situation in der Türkei informieren, praktische Solidarität mit den türkischen Kollegen in der BRD üben und gemeinsame Aktionen durchführen für folgende – im Initiativauftrag formulierte – Forderungen:

- „Wir fordern die Achtung der Menschenrechte in der Türkei und die Herstellung demokratischer Freiheiten! Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung des Kriegsrechts!
- Wir fordern von der Bundesregierung die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe an die Putschisten!
- Wir fordern das Verbot der faschistischen türkischen Terrororganisation der 'Grauen Wölfe' in der Bundesrepublik!
- Wir fordern die Bundesregierung auf, den politischen Flüchtlingen aus der Türkei großzügig Asyl zu gewähren; die eingeschränkte Handhabung des politischen Asylrechts zurückzunehmen!“

Der Initiativauftrag, Unterschriftenlisten, ein zweiwöchentlich erscheinender Informationsdienst (Jahresabo: 15,- DM) und weitere Informationen sind zu erhalten über: Türkei-Initiative, c/o Karl-Heinz Stommel, Postfach 100 682, 4100 Duisburg.

Türkei-Solidaritätskonferenz in Bonn

Die Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei!“ veranstaltete am 10.1.1981 in Bonn eine Solidaritätskonferenz, auf der in mehreren Beiträgen (u.a. des SPD-Bundestagsabgeordneten K. Thüsing) und eindrucksvollen Zeugenaussagen die Brutalität der Militärdiktatur in der Türkei nachgewiesen und von der Bundesregierung der Stopp jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe an die türkische Junta gefordert wurde.



Die Konferenzteilnehmer bekundeten ferner ihre Solidarität mit den in zahlreichen Städten der BRD und des Auslandes im Hungerstreik stehenden Türken. Sie forderten konkrete Angaben zum Schicksal von Inhaftierten in der Türkei, eine Kommission der Bundesregierung zur Untersuchung der Folterungen, die Aufhebung der Todesurteile sowie Taten des Europaparlamentes und der UN-Menschenrechtskommission.

AAB-Unterschriftenaktion zu Namibia

Zu einer Unterschriftenkampagne gegen das Windhoeker Todesurteil gegen den namibischen Farmarbeiter Markus Kateka vom Oktober 1980 hat die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) aufgerufen. M. Kateka wird laut Urteil beschuldigt, zusammen mit Hendrik Kariseb (10 Jahre Gefängnis) Guerilleros der Südwestafrikanischen Volksunion (SWAPO) bei einem Angriff auf eine Farm in Nordnamibia am 17.2.1980 beherbergt und gepflegt zu haben. Da der rassistischen Anklage keine Beweisführung gelang, mußten Verdächtigungen, vage Zeugenaussagen und die von Kateka geäußerte Sympathie für die SWAPO für das erste politisch fundierte Todesurteil in Namibia herhalten.

Unterschriftenlisten gegen die Vollstreckung sind anzufordern bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Stop den Todesurteilen in Südafrika!

Wie wir an anderer Stelle berichteten (siehe AIB 1/1981, S. 46) hat die Apartheidjustiz Südafrikas am 26. November 1980 in Pretoria erneut Todesurteile gegen Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), gegen N.J. Lubisi, P.T. Mashigo und N. Manana, verhängt. Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) riefen zu Protestaktionen gegen die Mordvorhaben auf.

Die AAB (Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1) sammelt Unterschriften für die Forderung an die Bundesregierung, „sich dafür einzusetzen, daß die Vollstreckung der Todesurteile verhindert wird, politische Gefangene gemäß der Genfer Konvention als Kriegsgefangene behandelt und alle politischen Gefangenen in Südafrika freigelassen werden.“ Das ASK (Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt) ruft dazu auf, Protestschreiben gegen die drei Todesurteile direkt zu richten an die Bundesregierung in Bonn oder das südafrikanische Rassenregime: Primeminister Botha, Union-Buildings, Pretoria, Südafrika.

Markierungspunkte des 4. BUKO

Im November 1980 fand in Hamburg der 4. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) statt. Rund 180 Teilnehmer aus über 100 bundesdeutschen Dritte-Welt-Initiativen bzw. -Gruppen und unterschiedlicher politisch-ideologischer Strömungen nahmen daran teil. Der BUKO, der zu 90% aus Zuschüssen des BMZ (60%) und der Evangelischen Kirche (30%) finanziert wird, war 1977 von entwicklungspolitisch Engagierten – von kirchlichen Arbeitskreisen, Solidaritätsgruppen, ehemaligen Entwicklungshelfern usw. – gegründet worden.

Wesentliche Ergebnisse dieses 4. BUKO von Hamburg waren die Verbesserung der Zusammenarbeit der einzelnen Dritte-Welt-Gruppen durch eine themenkonzentrierte Arbeit. Die Vorschläge, u.a. zu Themen wie Entwicklungspolitik der BRD, Frauen in der Dritten Welt, Ausländer in der BRD und Asylrecht, wurden vom neuen Koordinationsausschuß aufgegriffen. Schwerpunktthema des Jahres 1981 soll die Auseinandersetzung und Informationsarbeit über die Politik der Pharma-Konzerne in der Dritten Welt sein. Desweiteren wurde beschlossen, daß das FORUM, der monatlich erscheinende Rundbrief des BUKO, sich künftig mehr der Berichterstattung über die Arbeit der Gruppen zuwenden und weniger zur Veröffentlichung allgemeiner Informationen beitragen solle.

Interessenten können das FORUM bestellen beim Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1; Einzelheft 3,- DM, Abo 36,- DM.

Ausländerwoche der Freundschaft

Die Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der BRD (FIDEF) rief zu einer „Woche der Freundschaft – gegen die Ausländerfeindlichkeit“ vom 27.12.1980 - 3.1.1981 auf. Ziel dieser einwöchigen Aktivitäten war es, der in jüngster Zeit von rechtsextremen Kreisen geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken und die Integration der ausländischen Mitbürger weiter auszubauen. Neben gemeinsamen politischen Aktionen sollte das gemeinsame Handeln von bundesdeutschen und ausländischen Kollegen auch auf den sozialen und kulturellen Bereich ausgedehnt werden. „Wir möchten unsere deutschen Kollegen mit unseren Traditionen, mit unserer Kunst und Kultur näher bekannt machen; wir möchten die fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes näher kennenlernen“, hieß es in einem Flugblatt der FIDEF.

Mit ihren insgesamt 156 Informations- und Kulturveranstaltungen, an denen sich Zehntausende beteiligten, kann die Freundschaftswoche sicherlich als ein gelungener Auftakt gewertet werden.

Freundschaftsgesellschaft Westsahara-BRD

Im Oktober letzten Jahres konstituierte sich in der Bundesrepublik eine „Gesellschaft der Freunde des sahrauischen Volkes“. Wer die Frente POLISARIO unterstützen möchte, kann Mitglied dieser Freundschaftsgesellschaft werden.

Weitere Informationen sowie Plattform, Satzung und Beitrittserklärung sind erhältlich bei: Doris Lenkeit, Bleicherstr. 24, 2800 Bremen 1. Dort kann auch das seit November 1980 erscheinende Informationsblatt der Freundschaftsgesellschaft, das Sahara-Info, bezogen werden.

Südafrika

Dank „überzeugender Assistenz“ von Polizei und südafrikanischen Wahlhelfern entschieden sich am 4.12.1980 98,7% der Wähler, also nicht mehr als 15% der zukünftigen „Staatsangehörigen“ der Ciskei, dafür, daß diese nun als 4. Bantustan die innere Autonomie bekomme. In südafrikanischer Verfügungsgewalt verbleiben u.a. Außenpolitik, Armee und sogar der Staatshaushalt, der nur zu 25% von der Ciskei abgedeckt werden kann.

Wegen fehlender Industrie und schlechtesten Böden ist die Ciskei – bei nominell 8% der südafrikanischen Bevölkerung auf weniger als 1% (voraussichtlich 9.000 qkm) des Gesamtterritoriums der RSA – völlig überbevölkert. Die Arbeitslosigkeit in dem Bantustan beträgt 25-30%, obwohl schon 2/3 seiner ca. 2 Mio „Bürger“ einer Arbeit in der RSA nachgehen, wo sie 95% der jährlichen Lohnneinkommen der Ciskei verdienen. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf liegt bei etwa 650 DM. Nicht einmal der Internationale Währungsfond hält die Ciskei für ökonomisch lebensfähig.

Angola

Vor dem Hintergrund fortgesetzter und verstärkter südafrikanischer Aggressionsakte gegen das Territorium der Volksrepublik Angola hielt deren Avantgarde-Partei, die MPLA-Partei der Arbeit, vom 17.-23. Dezember 1980 ihren 1. außerordentlichen Parteitag ab. Im Mittelpunkt der Beratungen stand eine Bilanzierung auf zwei Gebieten, zum einen des politisch-ideologischen Aufbaus der Partei seit dem ersten ordentlichen Parteitag 1977, zum anderen auf wirtschaftlichem Gebiet, also der Entwicklung der materiellen Basis für den sozialistischen Aufbau.

Trotz enormer Schwierigkeiten, einer Anzahl von Schwächen und Fehlern verzeichneten die Berichte beträchtliche Erfolge. So stieg z.B. das Produktionsvolumen in einigen Industriebereichen rasch an, beim Diamantenbergbau sogar um 400% in den vergangenen drei Jahren, in der verarbeitenden Industrie immerhin um 60%; die Landwirtschaft konnte ihre Mechanisierung vorantreiben, wirtschaftliche Gesamtplanung und Rechnungsführung machten Fortschritte. Die Partei zählte zum Parteitag 31.098 Mitglieder, darunter über 40% aus den Reihen der Arbeiterklasse.

Namibia-UNO

An der hartnäckigen Weigerung Südafrikas, unverzüglich in Verhandlungen mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO) über einen Waffenstillstand entsprechend der UN-Sicherheitsratsresolutionen 435 und 439 aus dem Jahre 1978 einzutreten, scheiterte die Namibia-Konferenz, die unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vom 7.-14. Januar d.J. in Genf stattfand.

Die ursprünglich nach Maputo/Mocambique eingetragene Konferenz sollte einen letzten Anlauf unternehmen, um konkrete Schritte zur Verwirklichung des zwischen den fünf Westmächten (USA, Großbritannien, Frankreich, BRD und Kanada), der SWAPO und Südafrika prinzipiell ausgehandelten Lösungsvorschlages festzulegen, der neben einem Waffenstillstand u.a. eine entmilitarisierte Zone entlang der Grenze Namibias zu Angola und Sambia, die Aufstellung einer UN-Truppe mit Polizeiaufgaben während der Übergangsperiode und den sukzessiven Rückzug der südafrikanischen Besatzungstruppen vorsieht (siehe AIB 6/1980, S. 12-14).

Die SWAPO hatte zuvor klar gemacht, daß für sie eine Anerkennung des Marionettenregimes der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) als eigenständige Konferenzdelegation nicht in Frage komme, da „der aktuelle Konflikt in Namibia zwischen der Besatzungsarmee des rassistischen Südafrika und den Freiheitskämpfern der SWAPO ausgetragen“ wird. Die DTA nahm dann nur widerwillig im Rahmen einer vom südafrikanischen Generaladministrator in Namibia geleiteten Delegation an der Konferenz teil.

Die südafrikanische Verzögerungstaktik, mit der zur Verwirklichung der sog. internen Lösung Zeit gewonnen werden soll, setzt offensichtlich auf ein wieder offeneres Einschwenken der USA auf einen Kurs der rigorosen Unterstützung des Apartheidregimes nach der Amtübernahme Ronald Reagans am 20. Januar 1980. Wie die Washington Post während der Genfer Konferenz kundtat, benötigte R. Reagan zur Verwirklichung seiner politischen Vorstellungen im Südlichen Afrika geradezu ein Scheitern der Konferenz. Die SWAPO und die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hatten ihrerseits für diesen Fall darauf orientiert, in der am 15.1.1980 begon-

nenen Namibia-Debatte der UN-Vollversammlung auf verbindliche Empfehlungen zur Anwendung umfassender ökonomischer Sanktionen gegen Südafrika gemäß Kapitel VII der UN-Charta hinzuwirken.

Uganda

Aus den Wahlen Mittel Dezember 1980 ist erwartungsgemäß der Volkskongreß Ugandas (UPC) unter Milton Obote mit einer Mehrheit von insgesamt 66 Sitzen im neuen Parlament hervorgegangen. Auf die strikt westlich orientierte Demokratische Partei (DP) unter Paul Semogerere entfielen 44 Sitze, während die Patriotische Bewegung (PM) einen Sitz erhielt. Bericht über gewisse Unregelmäßigkeiten während des Wahlgangs konnten bislang weder be- noch widerlegt werden.

Die Rückkehr M. Obotes an die Macht – er ist inzwischen als Präsident vereidigt worden – wurde möglich, nachdem im Mai 1980 ein Militärkommandorat unter Paulo Muwanga vorübergehend die Macht übernommen hatte. Welche Orientierung das Land zur Überwindung der tiefen Krise, die nach dem Sturz Idi Amins (siehe AIB 5/1979, S. 27-29) eingetreten war, einschlagen wird, ist heute ebensowenig erkennbar wie die Antwort auf die Frage, ob Obote das von ihm Anfang der 60er Jahre unterbreitete Nationalisierungsprogramm, welches damals zu seinem Sturz geführt hatte, wieder aufgreifen oder die Verwirklichung anderer Zielsetzungen seiner damaligen „Charta des einfachen Mannes“ – etwa eine gerechtere Einkommensverteilung – in Angriff nehmen wird.



Tschad-Libyen

Die bewaffneten Auseinandersetzungen im Tschad, die seit März 1980 andauerten und ca. 9.000 Tote forderten, fanden am 14. Dezember 1980 mit der Einnahme der Hauptstadt N'Djamena durch die Streitkräfte der Übergangsregierung unter Goukouni Oueddei und die Flucht des ehemaligen Verteidigungsministers Hissene Habre nach Kamerun ihren Abschluß. Der schnelle Erfolg der Regierungstruppen nach monatelangem Stellungskrieg hängt offensichtlich mit dem verstärkten Eingreifen Libyens in den Konflikt zusammen. Der einzige Journalist, der sich während der Kämpfe in N'Djamena befand, konnte jedoch die in westlichen Medien behauptete massive Truppenpräsenz (das Pentagon sprach gar von 7.000 Mann, – rund 1/4 der libyschen Armee) nicht bestätigen. Die Übergangsregierung des Tschad stellte sich auf den Standpunkt, lediglich militärische und humanitäre Hilfe sowie Militärberater aufgrund eines Beistandsabkommens vom 15.6.1980 von Libyen erhalten zu haben. Am 6. Januar erklärten sich der Tschad und Libyen bereit, auf eine Vereinigung beider Staaten hinzuwirken.

Frankreich, das früher mehrmals im Tschad interveniert hatte, protestierte ebenfalls und verstärkte seine Truppen in der benachbarten Zentralafrikanischen Republik. Bemerkenswert war, daß Frankreich seinem Schützling H. Habre nicht zu Hilfe geeilt war. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, daß es in den letzten Monaten zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Libyen gekommen war. Am 4. Dezember 1980 wurde zwischen der staatlichen französischen Ölgesellschaft ELF-Aquitaine und Libyen ein Abkommen über Ölbohrungen abgeschlossen. Die libysche Seite unterzeichnete es allerdings erst Ende Dezember 1980, nachdem H. Habre geschlagen und es zu keiner französischen Intervention gekommen war.

Ein anderer Grund, der gegen eine französische Intervention sprach, lag darin, daß keine legale Regierung im Tschad vorhanden war, die um Hilfe ersuchen wollte. Die geplante Vereinigung beider Staaten stieß allerdings auch innerhalb der tschadischen Regierung auf Widerspruch, woraufhin G. Oueddei erklärte, daß mit Libyen noch keine formelle Vereinbarung darüber bestehe.

Israel

Mitte Januar d.J. büßte die Likud-Rechtskoalition unter Ministerpräsident M. Begin durch den Rücktritt des Finanzministers Y. Hurewitz und das Ausscheiden seiner Rafi-Partei (3 Abgeordnete) aus dem Regierungslager endgültig die Parlamentsmehrheit ein. Y. Hurewitz ist das 8. Kabinettsmitglied, das seit Beginns Amtsantritt vom Mai 1977 ausstieg. Die galoppierende Inflation (135% im Jahr 1980) und die Unmöglichkeit einer Bewältigung der chronischen Wirtschaftskrise ohne Reduzierung des Militäretats sind die wohl wesentlichsten Ursachen für den Zerfall des Likud-Blocks. M. Begin erklärte nun selbst, daß vorgezogene Parlamentswahlen vor dem vorgesehenen November-Termin 1981 nicht mehr zu vermeiden sind. Sie werden für spätestens Juli d.J. erwartet.

Nach Meinungsumfragen gilt die sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Vorsitz des ehemaligen Verteidigungsminister Shimon Peres als klarer Favorit dieser Neuwahlen. S. Peres hatte sich auf dem letzten Parteitag der Arbeiterpartei vom Dezember 1980 mit 70% Stimmenanteil klar gegen Y. Rabin, den ehemaligen Ministerpräsidenten, durchsetzen können. Er gilt als Verfechter eines territorialen Kompromisses mit dem jordanischen König Hussein – ebenso wie M. Begin unter Ausschaltung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) versteht sich.

Iran-Irak

Trotz verschiedener Vermittlungsbemühungen von seiten des früheren schwedischen Ministerpräsidenten Palme, der Mitte Januar d.J. im Auftrag des Generalsekretärs der Vereinten Nationen in den Iran und Irak reiste, und trotz dem Vorschlag Saudi Arabiens, das Problem auf die Tagesordnung der Gipfelkonferenz islamischer Länder am 24. Januar d.J. in Mekka zu setzen, wird der Krieg zwischen Iran und Irak mit unverminderter Härte fortgeführt. Nach der versuchten Gegenoffensive des Iran Anfang Januar d.J. hat der Abnutzungskrieg eine Neubelebung erfahren.

Auch der algerische Vorschlag, den 1975 unterzeichneten Grenzvertrag zwischen beiden Staaten als ersten Schritt auf dem Wege zu einem Waffenstillstand wieder zu aktivieren (siehe AIB 1/1981, S. 16ff.), fand kein Gehör. Im Gegenteil: Iraks Präsident Saddam Hussein bekräftigte sogar, „die irakischen Truppen würden sich vom Boden des Nachbarlandes erst zurückziehen, wenn Teheran sämtliche Forderungen Bagdads anerkannt habe“. Ausdrücklich erwähnte er „die vollständige irakische Oberhoheit über den Schatt al-Arab sowie Änderungen entlang der Nordgrenze beider Länder“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.1.1981)

Persischer Golf

Mit Hilfe seiner lokalen Statthalter versuchte die USA seit Jahren vergeblich die Länder des Welterdölzentrums am Persischen Golf in Paktsystemen zusammenzuschließen. Kein Erfolg war auch den Vorschlägen der vergangenen zwei Jahre seitens des Oman (Sicherheits-system für die Schifffahrt im Golf und in der Straße von Hormuz) und des Irak (Gründung einer Arabischen Sicherheitsstreitmacht am Golf mit gemeinsamen militärischem Oberkommando) beschieden. Der Ausgang der neuesten Initiative, diesmal aus Saudi Arabien, ist noch offen. Mit der Hauptstoßrichtung gegen die iranische Revolution sowie gegen jegliche demokratische Oppositionsbewegung der Region wird nun unter den Regimes in Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Pakistan sowie den Scheichthümern am Golf ein saudiarabischer „Sicherheitsplan“ – vom Iran und Irak bereits abgelehnt – diskutiert: „Um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten empfiehlt Saudi Arabien umfassende Zusammenarbeit auf der Ebene der Polizei- und innerer Sicherheitskräfte unter den betroffenen Ländern anstatt eines integrierten Militärpaktes.“ Während man die Betroffenen zu stärkeren militärischen Hochrüstungsanstrengungen auffordert, werden „Militärbündnisse und Verteidigungsabkommen der Länder der Region mit fremden Mächten“ abgelehnt. Angesichts des Volksaufstandes zum Jahreswechsel 1979/80 in Saudi Arabien (siehe AIB 7–8/1980) sichert das saudische Regime seine Bereitschaft zur gemeinsamen „Verbrecherbekämpfung“ zu, wobei es insbesondere um die Abwehr der „Bedrohung durch lokale oder importierte Sabotage“ gehe. (The Middle East, London, Januar 1981, S. 16-17) Wie ein Sicherheitssystem im Interesse der Völker der Golfregion

aussehen könnte, zeigt der Vorstoß Leonid Breschnews während seines Indien-Besuches vom 8.-11.12.1980: „Wir schlagen den USA, den anderen westlichen Mächten, China, Japan, allen Staaten, die daran interessiert sind, vor“, so der sowjetische Vorschlag, „sich über folgende gegenseitige Verpflichtungen zu einigen:

- Keine ausländischen Militärstützpunkte in der Golfregion und auf anliegenden Inseln zu errichten; dort keine Kernwaffen oder irgendwelche anderen Massenvernichtungsmittel zu stationieren;
- keine Gewalt gegen Länder der Golfregion anzuwenden oder anzu-drohen, sich nicht in ihre innere Angelegenheiten einzumischen;
- den von den Staaten der Golfregion gewählten Status der Nicht-paktgebundenheit zu respektieren; sie nicht in Militärgruppierungen unter Beteiligung kernwaffenbesitzender Mächte einzubeziehen;
- das souveräne Recht der Staaten dieser Region auf ihre Natur-reichtümer zu achten;
- keinerlei Hindernisse oder Gefahren für den normalen Handel und die Nutzung der Seewege zu schaffen, die die Staaten dieser Region mit anderen Ländern der Welt verbinden.

Wir sind der Ansicht, daß eine derartige Vereinbarung, an der sich natürlich auch die Staaten dieser Region selbst vollberechtigt beteiligen würden, ihren ureigensten Interessen entspreche.“ (Sowjetunion heute, Köln, Nr. 1/1981, S. 11)

China

Seit dem 11.11.1980 läuft in Peking der Prozeß gegen die sog. „Vier-erbande“ um die Mao-Witwe Tschiang Tsching. Die Anklage wirft ihr konterrevolutionäre Verbrechen und politische Fehler, Verschwörung gegen Regierung und Partei vor und geißelt die unter Mao eingeleitete Kulturrevolution als vollkommen negative Periode. Dem hielt Tschiang Tsching entgegen, daß die derzeitige Parteiführung versuche „China auf einen revisionistischen und kapitalistischen Weg führen zu wollen“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.12.1980)

Im Zusammenhang mit dem Prozeß wird die gleitende Entmachtung des Vorsitzenden der KP Chinas Hua Guofeng betrieben, der schon am 10.9.1980 sein Amt als Ministerpräsident verlor. Offenbar bestehen Berührungspunkte zwischen Tschiang Tsching und Hua Guofeng u.a. hinsichtlich des Sperrens gegen eine zu weitgehende Öffnung gegenüber dem Auslandskapital und der Belebung des privatwirtschaftlichen Sektors. Diese Linie, ausgeführt im Beschluß über die Mordernisierungen in China von 1978 (vgl. AIB 1/1980, S. 11-13), geht auf den derzeit dominierenden KPCh-Flügel um Deng Xiaoping zurück, der sich von dem „Viererbande“-Prozeß eine Stärkung seiner Position verspricht.

Guayana

Die Parlamentswahlen in Guyana, die bereits 1978 fällig waren, führten am 15.12.1980 zu einem Erfolg der Regierungspartei. Sie, die Nationale Kongreßpartei (PNC) erreichte 77,6% der Stimmen und 41 der 53 Sitze. Die marxistische Fortschrittliche Volkspartei (PPP) unter Cheddi Jagan erreichte 19,5% und 10 Sitze, d.h. 4 Sitze weniger als bei den Wahlen 1973. Die rechte Vereinigte Kraft (UF) erreichte 2,9% und 2 Sitze.

Der seitens der PPP erhobene Vorwurf der massiven Wahlfälschung, wie sie bereits seit dem Machtantritt der PNC-Regierung im Jahre 1964 betrieben wurde, wurde auch von einer Beobachtergruppe aus Großbritannien und den USA bestätigt.

Die kleinbürgerlich-reformistische Regierung Burham, die jahrelang eine antiimperialistische Politik verfolgt hatte, sieht sich seit 1976 wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten gegenüber. Dies führte dazu, daß die Regierung sich mehr und mehr in die Abhängigkeit des Auslandskapitals begab, zwei Anleihen beim Internationalen Währungsfonds aufnahm und die Krisenlasten auf die Werktätigen abwälzte. Um die dadurch entstehenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen einzudämmen, griff die Regierung immer mehr zu autoritären Maßnahmen. Sie verschärfte außerdem die Rassenprobleme zwischen der Bevölkerung afrikanischer Abstammung, auf die sie sich stützt, und indischer Abstammung, die hinter der PPP stehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Ermordung Walter Rodneys im Juni 1980 zu sehen. Er war der Führer der linken Allianz des Werktätigen Volkes (WPA), der es gelungen war Einfluß unter schwarzen Arbeitern zu erlangen (siehe AIB 4/1979, 7–8/1980).

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Waffenexportboom Bonns in die Dritte Welt

Seit im Dezember 1980 ruchbar wurde, daß die Bundesregierung der Kieler Howaldswerft die Genehmigung zum Bau zweier U-Boote für die Marine der chilenischen Militärjunta erteilt hatte, hagelte es Porteste. Als dann der Spiegel in seiner Nr. 1-2/1981 enthüllte, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits entscheidungsreife Abmachungen mit Saudi Arabien über die Lieferung von 300 Leopard-II-Kampfpanzern getroffen habe, wurde klar, daß es bei der bundesdeutschen Waffenexportpraxis um wesentlich mehr geht als um moralisch verwerfliche Einzelgeschäfte an das eine oder andere Regime, das die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Bei der gegenwärtig voll entbrannten Debatte handelt es sich um nicht mehr und nicht weniger als um einen großangelegten Versuch der Bonner Führungskreise, die im Kriegswaffenkontrollgesetz und im Außenwirtschaftsgesetz festgeschriebenen restriktiven Grundsätze für den Waffenexport, an denen bisher noch verbal festgehalten worden war, nunmehr endgültig über Bord zu werfen. Hatte bisher die Bestimmung Gesetzeskraft, wonach Waffen nicht in Spannungsgebiete geliefert werden dürfen, so wollen der Kanzler, SPD-Vize Wischniewski, Oppositionsführer H. Kohl, Außenminister H.D. Genscher und andere Vertreter der etablierten Parteien jetzt am liebsten nur noch das jeweils nach ihrem Gutdünken definierte „nationale Interesse“ gelten lassen.

Die Fürsprecher des Rüstungskapitals trommeln schon lange für eine liberalere Handhabung der Waffenexportpraxis. Bereits am 3. November 1980 brachte die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung das eigenartige Argument, es gelte, „innerhalb der derzeit noch (!) herrschenden gesetzlichen Regelungen zum Waffenexport jene Passagen auszumerzen, die in der Praxis ganz nach Bedarf gummibandartig eng oder weit ausgelegt werden. Das betrifft vor allem den häufig strapazierten Begriff des 'Spannungsgebietes.'“ Als ob fortgesetzter Gesetzesbruch ein Grund wäre, das

SIPRI: Bonn im „Rang eines Großwaffenexportlandes“

bislang Verbotene zu legalisieren.

Der in der Debatte um das anvisierte Geschäft mit den Saudis zum Vorschein gekommene Exportwaffen-Eisberg enthüllt die ganze taktische Vordergründigkeit, die im Spiel ist, wenn die Bundesregierung seit einiger Zeit kaum eine Gelegenheit verstreichen läßt, in der internationalen Szene die wachsende Militarisierung der Dritten Welt anzuprangern, selbst aber kräftig an der Rüstungsspirale mit-zudrehen. Noch vor der UN-Sondervollversammlung im letzten September forderte H.D. Genscher lauthals ein internationales Register, „damit die Weltöffentlichkeit sehen kann, wer Waffen liefert und wer Werke des Friedens in der Dritten Welt leistet“.

Bereits in seinem Jahrbuch 1979 hat das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI der Bundesrepublik bescheinigt, zunehmend den „Rang eines Großwaffenexportlandes“ einzunehmen. In den Jahren zwischen 1975 und 1979 exportierte die Bundesrepublik Kriegsmaterial im Werte von fast 6 Mrd DM, wie Staatssekretär von Würzen vom Auswärtigen Amt jetzt zugegeben hat. Im internationalen Vergleich wies der Waffenexport der BRD die höchsten Steigerungsraten auf. Auf diese Weise katapultierte sie sich von einem relativ niedrigen Ausgangsniveau auf eine Größenordnung, die bereits 1977 an den Umfang der britischen Rüstungsexporte heranreichte. Sie ist eingangs der 80er Jahre auf Platz 4 der westlichen Waffenexporteure hinter den USA, Frankreich und Großbritannien vorgeückt.

Der von offizieller Seite gerne erzeugte Eindruck, die BRD expor-

tiere Waffen überwiegend in NATO-Partner-Länder, trägt, 70% aller von den westdeutschen Konzernen mit oder ohne Rückendeckung der Regierung ins Ausland geschafften Kriegsmaterialien gehen in Länder der Dritten Welt. Die größten Anteile hiervon entfielen in den Jahren 1976/78 auf den Iran, Argentinien, Saudi Arabien, Israel und Nigeria. Besondere Exportschlager in der zweiten Hälfte der 70er Jahre waren neben Kriegsschiffen (U-Boote, Schnellboote, Fregatten u.a. nach Ekuador, Kolumbien, Peru, Venezuela, Argentinien, Ghana, Malawi, Nigeria und Malaysia) Hubschrauber, Flugabwehrsysteme und Panzerabwehrwaffen (u.a. in diverse Länder des Nahen und Mittleren Osten, darüber hinaus auch nach Brasilien, Chile, Indonesien, Nigeria und Sudan). Sollte das jetzt diskutierte Panzergeschäft mit Saudi Arabien über die Bühne gehen, bekäme der gesamte Waffenhandel eine ganz neue Dimension.

Daß die herrschenden Kreise gerade in der gegenwärtigen Situation einen Anlauf machen, mit dem die letzten Reste restriktiver Exportbestimmungen liquidiert werden sollen, muß auf folgendem Hintergrund gesehen werden. In einer Phase des Übergangs der westlichen Führungsmacht USA zur Konfrontation glaubt auch Bonn, einen Beitrag zur Systemsicherung in den wichtigsten Krisenregionen übernehmen zu müssen. Getreu der Maxime westlicher „Arbeitsteilung“ ließ das Auswärtige Amt verlauten, ein Waffenexportgeschäft wie das mit Saudi Arabien müsse unter dem Aspekt der „westlichen Globalstrategie zur Eindämmung der sowjetischen Expansionspolitik“ in diesem „sensiblen Gebiet“ gesehen werden. Es versteht sich fast von selbst, daß damit auch eigenständige Expansionsansprüche verbunden sind.

Zupaß kommt den Befürwortern eines neuen Waffenexportbooms auch die gegenwärtig ökonomische Krisenlage, die sich u.a. damit ankündigte, daß die bundesdeutsche Zahlungsbilanz ab 1979 erstmalig seit Beginn der 50er Jahre ins Defizit gerutscht ist und im August 1980 auch die Handelsbilanz erstmalig negativ abschloß, was die Exportstrategen mit Alarmrufen auf den Plan rief. Freilich ist das „Argument“, mit Waffenexporten langfristig Arbeitsplätze sichern zu können, hinten und vorne alles andere als hieb- und stichfest. Kurz vor seinem Sturz hatte das iranische Schah-Regime mit Bonn noch ein Abkommen über die Lieferung von U-Booten des Typs 209 (der jetzt an Chile geliefert werden soll) im Gesamtwert von 1 Mrd DM geschlossen. Was bringt es für die Sicherheit von Arbeitsplätzen, heute Geschäfte mit Unterdrückeregimes zu schließen, die morgen schon annulliert werden können, weil die Vertragspartner von einer Volksbewegung hinweggefegt werden? Zu Recht weist die IG Metall deshalb im Falle der U-Boot-Lieferungen an Chile darauf hin, daß – bei allem Verständnis für die Arbeitsplatzsorgen der Werftarbeiter – wirtschaftliche Probleme nicht gelöst werden können auf Kosten eines Volkes, das einen schwierigen und opferreichen Kampf gegen eine faschistische Diktatur führt. Alfons Frach, Vertrauenskörpervorsitzender bei der Kieler Großwerft von HDW fragte: „Wenn wir heute ja sagen zu U-Booten für die Faschisten in Chile, wann werden wir dann ja sagen zum Bau neuer Gaskammern in unserem Land?“

Die zitierten Stimmen zeugen davon, daß in den Gewerkschaften ein Bewußtsein wächst für die ganze Fragwürdigkeit der herrschenden Plädoyers für die Rüstungsexporte. Es könnte – zusammen mit der breiten Ablehnung, auf die die U-Boot- und Panzerlieferungen in großen Teilen der Sozialdemokratie, der Kirche und in anderen gesellschaftlichen Organisationen gestoßen sind – die Grundlage dafür abgeben, auf der die antiimperialistische Solidaritätsbewegung dieses Landes jene Kräfte entfalten kann, die gebraucht wird, um den Herrschenden das Geschäft mit dem Tode zu versalzen.